

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Wahlprogramm des SSW

zur Bundestagswahl

am 23. Februar 2025

**Deine Stimme für den
Norden - SSW**

Beschlossen auf der SSW-Hauptausschuss-Sitzung am 03.12.2024 und dem SSW-Landesparteitag am 11.01.2025 in Schleswig

42 **Inhalt**

43
44

45 **Einleitung:**

- 46 - **Schleswig-Holstein braucht eine verlässliche Stimme in Berlin**
- 47 - **Wer SSW wählt, wählt Schleswig-Holstein**
- 48 - **Das Land auf Kurs bringen: Regionale Antworten auf die Krisen unserer Zeit**

49

50 ***Das wollen wir im Bundestag erreichen:***

51

- 52 - **Gute Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik**
- 53 - **Kein Sozialabbau, sondern Daseinsvorsorge für alle**
- 54 - **Klimapolitik muss sozial und gerecht für zukünftige Generationen sein**
- 55 - **Schleswig-Holstein kommt zu kurz bei den Investitionen der Verkehrsinfra-**
- 56 **struktur**
- 57 - **Der Küstenschutz in Schleswig-Holstein muss Priorität haben**
- 58 - **Umweltpolitik muss Mensch und Natur konsequent schützen**
- 59 - **Wirtschaftskrise meistern: Starke Unternehmen und gute Arbeit in allen Regio-**
- 60 **nen des Landes**
- 61 - **Regional und Nachhaltig: Wir brauchen eine andere Landwirtschaftspolitik**
- 62 - **Finanzpolitik nicht auf dem Rücken der Schwächsten**
- 63 - **Eine europäische Union, die nationale Minderheiten schützt und fördert**
- 64 - **Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte müssen die**
- 65 **Säulen der deutschen Außenpolitik sein**
- 66 - **Sachlich und bürgerorientierte Innen- und Rechtspolitik**
- 67 - **Humane und realistische Asyl- und Integrationspolitik: Kommunen dürfen nicht**
- 68 **alleine gelassen werden**
- 69 - **Nordisches Demokratieverständnis: Demokratie lebt vom Mitmachen.**
- 70 - **Gleichstellungspolitik nach skandinavischem Vorbild**
- 71 - **Bildungs- und Ausbildungspolitik muss gleiche Chancen für alle schaffen**
- 72 - **Kulturpolitik ist kein Luxus**
- 73 - **Der Bund muss Jugendpolitik stärker in Fokus nehmen**

74

75

76

77 **Schleswig-Holstein braucht eine verlässliche Stimme in** 78 **Berlin!**

79 Nach dem unerträglichen Hickhack, das die Regierung in Berlin den Wählerinnen und Wäh-
80 lern monatelang zugemutet hat, ist es gut und richtig, dass jetzt Neuwahlen kommen. Was
81 wir brauchen, ist eine Bundesregierung, die das Land gut durch die aktuellen internationalen
82 Krisen sowie die sozialen Herausforderungen in Deutschland steuert! Ehekrach auf großer
83 Bühne brauchen wir nicht! Unsere Demokratie ist von innen und außen bedroht wie selten
84 zuvor. Darauf brauchen wir politische Antworten! Deshalb brauchen wir jetzt eine neue Politik
85 in Berlin. Eine neue Politik heißt für uns: eine Politik mit Blick in die Zukunft, mit Antworten
86 auf die Herausforderungen der Zukunft. Wir brauchen neue Impulse für unser Land, Impulse
87 für Zusammenhalt, für Wirtschaftswachstum, für Energiewende. Politik, die nach vorn blickt,
88 nicht nach hinten. Und hier bietet der SSW in Schleswig-Holstein einen demokratischen und
89 sozialen Gegenentwurf für viele Wählerinnen und Wähler.

90
91 Der Ukraine-Krieg, die Inflation und die Pandemie haben nicht nur den Osten der Republik,
92 sondern auch den strukturschwachen Norden besonders hart getroffen. Die steigenden Le-
93 benshaltungskosten haben dazu geführt, dass viele Menschen finanziell mit dem Rücken zur
94 Wand stehen. Die Ampel-Regierung hat hier leider keine passenden Antworten gefunden,
95 sondern sich in internen Streitigkeiten verloren. Und den Menschen mehr Angst gemacht als
96 genommen. Profitiert haben davon nur die politischen Ränder. Insofern ist es nur konse-
97 quent, dass die Ampel jetzt die Reißleine zieht und den Weg für Neuwahlen frei macht. Darin
98 liegt aber auch eine große Aufgabe, weil wir die politischen Ränder wieder dahin zurückdrän-
99 gen müssen, wo sie herkommen: an den Rand. Da stehen alle demokratischen Parteien in
100 der Pflicht!

101 Die Menschen im Norden verdienen eine politische Vertretung, die ihre Interessen fest im
102 Blick hat und sie mit ihren Sorgen und Ängsten nicht allein lässt. Wir kämpfen dafür, dass
103 das Leben für alle Menschen im Norden bezahlbar bleibt. Denn wer nicht weiß, wie er seine
104 Rechnungen bezahlen soll, hat auch keine Ressourcen, aktiv zur Bewältigung eigener und
105 gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen. Die Klimaneutralität etwa kann nur
106 gelingen, wenn alle in der Lage sind mitzumachen. Eine gerechtere Gesellschaft, umfasst
107 einen nachhaltigen Naturschutz und ist deshalb nicht nur sozial notwendig, - sie ist auch eine
108 demokratische und ökologische Pflicht.

109
110 Schleswig-Holstein verdient eine starke, verlässliche Stimme in Berlin, die nicht nur reagiert,
111 sondern sich aktiv für die Menschen und ihre Bedürfnisse einsetzt. Als Partei zweier Minder-
112 heiten ist der SSW es gewohnt, sich für jene einzusetzen, die im Alltag oft übersehen wer-
113 den. Der SSW wird sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass Schleswig-Holstein in
114 Berlin Gehör findet. Wir sind deine Stimme für den Norden. Dafür werden wir bis zum 23.
115 Februar mit aller Kraft gemeinsam kämpfen.

116

117 **Christian Dirschauer**

118 **SSW-Landesvorsitzender**

119

120

121

122

123 **Wer SSW wählt, wählt Schleswig-Holstein!**

124 Als wir uns vor drei Jahren dazu entschieden hatten nach vielen Jahren erneut bei einer
125 Bundestagswahl anzutreten, mussten wir uns vielen Fragen stellen: Warum der SSW? Wa-
126 rum sollten wir als Minderheiten- und Regionalpartei uns der Herausforderung stellen, in Ber-
127 lin Politik zu machen? Warum sollten wir Kräfte mit den großen Parteien messen?

128
129 Die Antwort ist klar: Weil wir gebraucht werden! Weil unsere Region, unser Norden, unsere
130 Minderheiten eine Stimme brauchen – eine Stimme, die sich nicht in Berliner Fraktionszwän-
131 gen verliert. Wir wussten, dass viele Entscheidungen in Berlin über unsere Köpfe hinweg ge-
132 troffen werden, dass wir zu oft vergessen werden. Deshalb haben wir gesagt: Wir bringen die
133 Anliegen unserer Heimat auf die große Bühne! Wir kämpfen für eine Politik, die den Norden
134 stark macht, die Minderheiten schützt, die dafür sorgt, dass unsere Region lebenswert bleibt.

135
136 Heute werde ich auch immer noch gefragt: “Warum sollte ich den SSW zur Bundestagswahl
137 wählen? Was könnt Ihr mit dem einen Mandat schon bewegen?” Ich sage dann immer: Eine
138 Stimme für den SSW ist mehr Wert als eine Stimme für jede andere Partei. Denn der SSW
139 ist die einzige Partei, die sich ausschließlich für Schleswig-Holstein stark macht. Wer SSW
140 wählt, wählt Schleswig-Holstein!

141
142 Wir erleben gerade eine schwierige Zeit. Die Preise für Lebensmittel und Strom steigen, die
143 Menschen haben Ebbe im Portemonnaie und wissen nicht, wie es weitergehen soll. Viele
144 sorgen sich um ihre Jobs, denn viele Industriestandorte stehen vor Entlassungen oder sogar
145 der Schließung.

146

147 Die Menschen wollen, dass ihre Probleme ernst genommen werden:

- 148 • Sie wollen, dass ein Arzt in ihrer Nähe ist.
- 149 • Sie wollen, dass soziale Gerechtigkeit nicht gegen innere Sicherheit ausge-
150 spielt wird.
- 151 • An unseren Küsten, an den Förden und an der Schlei erwarten Sie Sicherheit
152 und Maßnahmen vor der nächsten Sturmflut und starke Deiche. Darüber hin-
153 aus ist auch im Binnenland unsere einzigartige Natur, ihre Biodiversität zu er-
154 halten für unsere Kinder und Enkelkinder und für unsere Feriengäste
- 155 • Unsere Pendlerinnen und Pendler erwarten endlich verlässliche Züge und
156 bessere Infrastruktur – sei es an der Westküste bei der Marschbahn nach Sylt
157 oder die Anbindung in Flensburg.
- 158 • Und sie wollen, dass wir endlich pragmatisch handeln – ohne ausreichend Fi-
159 nanzierung und Investitionen mit Bundesmitteln geht das aber nicht.

160
161 Das sind Probleme, die wir nicht auf die lange Bank schieben können. Das müssen wir anpa-
162 cken. Dafür brauchen wir Lösungen, die der Lebensrealität der Menschen vor Ort entspre-
163 chen. Darum ist für uns klar: Wir sind bereit, für unseren Norden weiter in Berlin zu kämpfen.
164 Als regional verankerte Minderheitenpartei in Norddeutschland setzen wir uns darum mit den
165 Problemen ganz genau auseinander. Dabei sind wir uns darüber im Klaren, dass wir unsere
166 politischen Ziele immer noch im politischen Miteinander und mit Mehrheiten umsetzen kön-
167 nen. Aber genau dafür wollen wir uns weiter stark machen. Für die vielen Menschen, die täg-
168 lich das Land am Laufen halten. Für die vielen Organisationen, sozialen Träger und Ver-
169 bände - und auch die Gremien unserer nationalen Minderheiten - die täglich unerlässlich für
170 unsere starke Gemeinschaft einsetzen.

171

172 Und jetzt stehen wir vor Neuwahlen. Der SSW ist bereit! Das Hickhack der letzten Monate tat
173 niemandem gut. Wir brauchen jetzt klare Lösungen, keine neuen leeren Versprechen.

174
175 Unser Norden braucht eine starke Stimme. Eine Stimme, die sich für unsere Region, für un-
176 sere Minderheiten und für die Menschen an der Küste, im ländlichen Raum und in unseren
177 Städten einsetzt. Der SSW ist diese Stimme! Wir haben gezeigt, dass wir auch in schweren
178 Zeiten mit anpacken, zusammenarbeiten und dass wir mit Leidenschaft an unseren Themen
179 dran sind und dass wir nicht ruhen, bis wir gehört werden.
180

181 **Stefan Seidler**
182 **SSW-Spitzenkandidat zur Bundestagswahl**
183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204 **Das Land auf Kurs bringen: Regionale Antworten auf die** 205 **Krisen unserer Zeit**

206 Die Lage ist ernst. Für uns alle stehen in den nächsten Wochen und Monaten
207 richtungsweisende Entscheidungen für die Zukunft an. Für die Welt, für Europa, für
208 Deutschland, aber letztlich auch für Schleswig-Holstein und jeden von uns. **Deutschland**
209 **befindet sich in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise.** Dazu kommen die Risiken
210 einer erneuten Präsidentschaft von Trump. Die Wachstumserwartung des Internationalen
211 Währungsfonds für 2025 sind schlecht, während in 2024 von einem Negativ-Wachstum
212 ausgegangen wird. Diese Wachstumskrise trifft auch viele schleswig-holsteinische
213 Unternehmen, einige Branchen verzeichnen bis zu 40 % Umsatzrückgänge. Die Reaktion
214 darauf: Entlassungen oder Kurzarbeit.

215
216 Die öffentlichen Haushalte rechnen in den nächsten Jahren mit großen Defiziten und vielen
217 Ausgabenkürzungen zu Lasten der Menschen. Dies wird insbesondere Auswirkungen auf die
218 Schwächsten unserer Gesellschaft haben, wenn wir nicht aufpassen. Der Sparkurs der
219 öffentlichen Hand wird aber die Wirtschaftskrise und soziale Ungleichheiten noch verstärken.
220 Die Schwächsten in der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, ist für uns nicht
221 hinnehmbar. Über all diesen Krisen schwebt auch noch der Klimawandel, den wir unbedingt
222 jetzt angehen müssen bevor es zu spät ist. Weder die bisherigen Ampel-Regierung noch die
223 Opposition im Bundestag haben bisher überzeugende Antworten zu diesen
224 Herausforderungen geliefert.

225
226
227 Alle diese Krisen treffen auch Schleswig-Holstein und seine Bürgerinnen und Bürger massiv.
228 Der SSW steht für regionale Antworten auf die Krisen unserer Zeit. Wir im SSW machen
229 Politik für den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen mit unseren politischen Forderungen und
230 Impulsen dazu beitragen, dass unser Land auf Kurs gebracht wird.

231 232 **Deine ZWEITSTIMME für die Minderheiten und für die Region**

233 Der Einzug des SSW in den Bundestag in war ein großer Erfolg – zum ersten Mal seit 1953
234 bringen wir unsere Themen wieder direkt in die Bundespolitik ein. Als Partei der dänischen
235 Minderheit und friesischen Volksgruppe setzen wir uns im Bundestag für die Themen ein, die
236 für unseren Norden wichtig sind. Wir schauen auf das, was vor Ort zählt: sei es für die Re-
237 gion, für unsere Minderheiten oder für ganz praktische Probleme, die sonst oft in der Haupt-
238 stadt übersehen werden. Dabei lassen wir uns von den skandinavischen Ländern inspirieren.
239 Unser Wertekompass zeigt hier wie immer ganz klar in Richtung Norden: sozial, regional,
240 umweltbewusst und immer nah an den Menschen.

241 Der SSW hat mit seiner ganz eigenen Art dazu beitragen, dass die berechtigten Interessen
242 der Menschen in Schleswig-Holstein im Bundestag besser berücksichtigt werden. Wir haben
243 den Vorteil, dass wir nicht davon abhängig sind, was eine Bundespartei in Berlin will oder mit
244 wem sie gerade koalitiert. Der SSW kann sich voll und ganz darauf konzentrieren, was für die
245 Menschen in Schleswig-Holstein am besten ist – und genau das tun wir. Der SSW stellt tradi-
246 tionell nur im nördlichen Landesteil Wahlkreiskandidat*innen auf. Aber mit der Zweitstimme
247 können alle Bürger*innen in Schleswig-Holstein die Landesliste des SSW wählen und dazu
248 beitragen, dass der SSW wieder stark so stark wie möglich im Bundestag vertreten ist.

249

250 **Im Folgenden haben wir ganz konkrete Vorschlag dazu was wir im wir im Bun-**
251 **destag für Euch erreichen wollen.**

252

253 Gute Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik

254 Der brutale Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat gezeigt wie leicht Minderheiten von
255 Großmächten und extremen Nationalisten für ihre eigenen Zwecke missbraucht werden kön-
256 nen. Deshalb ist eine zukunftsfähige und progressive Minderheitenpolitik für die vielen euro-
257 päischen Minderheiten die Voraussetzung für eine Friedenspolitik in ganz Europa.

258 Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) wurde 1948 als Partei der dänischen Minder-
259 heit und der nationalen Fries:innen in Schleswig-Holstein gegründet. Der SSW ist als Minder-
260 heitenpartei fest im Landesteil Schleswig und den dort beheimateten Minderheiten – den
261 Dän:innen und Fries:innen – verankert.

262 Das Nebeneinander von dänischer, friesischer und deutscher Kultur sowie der Kultur der
263 Sinti und Roma ist ein Reichtum für das gesamte Bundesland. Die Angehörigen unserer Min-
264 derheiten leben hier seit Jahrhunderten, sind deutsche Staatsbürger:innen und haben diesel-
265 ben Pflichten und Rechte wie die Mehrheitsbevölkerung. Für uns als Partei der dänischen
266 Minderheit und der nationalen Fries:innen hat die Gleichbehandlung der Minderheiten in
267 Schleswig-Holstein einen unverändert hohen Stellenwert. Der SSW setzt sich daher für alle
268 Minderheiten in Deutschland ein und ist die starke Stimme der Minderheiten.

269 Ein friedliches und fruchtbares Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung
270 setzt voraus, dass alle in ihrer Heimat mit der jeweils eigenen Sprache und Kultur leben kön-
271 nen. Die Sprache ist eine Grundlage von Minderheitenidentität und Kulturträger Nummer
272 eins. Die Nutzung der eigenen Sprache ist ein Menschenrecht. Pauschale Abschiebungen
273 und ein völkisch-nationalistischer Staat basierend auf der Errichtung eines autochthonen
274 deutschen Volkes, wie es von extremistischen Kräften gefordert wird, gefährdet nicht nur
275 Menschen mit Migrationshintergrund sondern auch angehörige der nationalen Minderheiten
276 in Deutschland.
277

278 In Schleswig-Holstein und auch insgesamt in der Bundesrepublik hat es hier in den letzten
279 Jahren zwar nicht zuletzt auch durch den Einsatz unseres Bundesabgeordneten, der die
280 Minderheiten auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt hat, einige Fortschritte geben.

281 So gibt es jetzt in Namensrecht die Möglichkeit die traditionellen Formen der Minderheiten-
282 namen zu benutzen und auch die Förderungen der Minderheitsorganisationen ist verbessert
283 worden. Dennoch gibt es noch viele Defizite und die Situation der Minderheit der Sinti u.
284 Roma ist sogar durch den zunehmenden Rassismus und Antiziganismus verschlechtert wor-
285 den.

286 Wir erwarten daher von einer neuen Bundesregierung einen viel stärkeren Einsatz zur Ver-
287 besserung der Situation der Minderheiten in Deutschland und in Europa.

- 288 • Wir wollen uns in Berlin für die **Aufnahme** des Schutzes und der Förderung **der Min-**
289 **derheiten ins Grundgesetz** einsetzen. Dies wäre ein Signal der Toleranz und Aner-
290 kennung von Minderheiten.
- 291 • Wir wollen, dass die Organisationen der Minderheiten eine **angemessene institutio-**
292 **nelle Förderung** vom Bund bekommen, anstatt die bisherige Projektförderung. Dies
293 gilt insbesondere für die friesische Volksgruppe, die große finanzielle Herausforde-
294 rungen bei ihrer kulturellen Arbeit hat.
- 295 • Wir wollen, dass dänisch und friesisch endlich als **Gerichtssprache** im Siedlungsge-
296 biet genau wie bei den Sorben anerkannt werden. Dazu muss Paragraph 184 des

- 297 Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend geändert werden. Das spart z.B. Über-
 298 setzungskosten bei Gerichtsverfahren, wo dänische Dokumente eine Rolle spielen.
 299 Dazu muss fordern wir, dass es im Siedlungsgebiet der Minderheiten genau wie bei
 300 den Landesbehörden möglich wird sich mit den Minderheitensprachen Dänisch und
 301 Friesisch an die Bundesbehörden zu wenden.
- 302 • Wir wollen, dass die **Minderheitensprachen** bei der anstehenden Novellierung des
 303 Online-Zugangsgesetz berücksichtigt werden.
- 304 • Wir wollen, dass **politische Stiftungen der nationalen Minderheiten** und ihre Auf-
 305 klärungsarbeit gleichberechtigt zu anderen politischen Stiftungen mit Bundesmitteln
 306 gefördert werden.
- 307 • Wir wollen, dass das Amt des **Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziga-**
 308 **nismus** und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland weiterhin sowohl fi-
 309 nanziell als auch strukturell so umfassend ausgestattet ist, dass dieser die Aufgaben,
 310 welche sich aus dem 2023 beschlossenen überfraktionellen Entschließungsantrag
 311 des Bundestags zum Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus erfüllen
 312 kann. Zudem soll sich der Bund weiterhin in der 2024 eingesetzten Bund-Länder-
 313 Kommission Antiziganismus engagieren und die Melde- und Informationsstelle Anti-
 314 ziganismus (MIA) finanziell fördern.
- 315 • Wir wollen, dass der Bund darauf hinwirkt, dass die Länder die Vorgaben der Europä-
 316 ischen Sprachcharta erfüllen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die **Prä-**
 317 **sens der dänischen und friesischen Sprache in den Medien** zu erhöhen. Dem öf-
 318 fentlich-rechtlichen NDR kommt dabei in Radio und Fernsehen eine besondere Ver-
 319 antwortung. Weder die dänische noch die friesische Sprache kommen im öffentlichen
 320 Rundfunk wirklich vor.
- 321 • Wir wollen eine Bundesratsinitiative einbringen mit dem Ziel, ein **Verbandsklage-**
 322 **recht für nationale Minderheiten und Volksgruppen** auf Bundesebene einzufüh-
 323 ren. Dadurch können nationale Minderheiten oder Volksgruppen vor Gericht im Na-
 324 men der Allgemeinheit klagen, ohne in den eigenen Rechten verletzt worden zu sein,
 325 um kollektive öffentliche Rechtsgüter zu schützen.
- 326 • Wir wollen die **Vermittlung von Wissen über Dän:innen, Fries:innen, Sinti und**
 327 **Roma** im regulären Schulunterricht ausweiten. Der Bund muss auf die Kultursminis-
 328 terkonferenz hinwirken den vorliegenden Vorschlag einer Arbeitsgruppe zur Wissen-
 329 vermittlung der Minderheiten im Schulunterricht umzusetzen.
- 330 • Wir wollen, dass Bund die Forderungen der **Minority-SafePack-Initiative** der euro-
 331 päischen Minderheitenorganisationen in der EU umsetzt. Einzelne bereits auf Bun-
 332 desebene umsetzbare Punkte soll der Bund schnellstmöglich übernehmen und um-
 333 setzen.
- 334 • Wir wollen keinen **Ausverkauf unserer Sprachen**. Der Bund muss sich sowohl in
 335 der eigenen Gesetzgebung als auch auf EU-Ebene dafür einsetzen, die Regelungen
 336 im Markenrecht dahingehend zu verschärfen, dass in den jeweiligen Regional- und
 337 Minderheitensprachen gebräuchliche Begriffe ausgeschlossen werden und kein kom-
 338 merzieller Markenschutz erlangt werden kann.
- 339 • Wir wollen, dass Deutschland und Dänemark die **Werte von Verständnis und ei-**
 340 **nem tiefen Sinn für ein gemeinsames Miteinander** – im Sinne der Bonn-Kopenha-
 341 gener Erklärungen von 1955 – sowohl im Europarat, in der OSZE als auch in den In-
 342 stitutionen der EU **als gemeinsame Grundsätze vertreten**. Druck und Gewalt lösen
 343 keine Minderheitenkonflikte.

- 344 • Wir wollen, dass Organisationen und Gremien unserer nationalen Minderheiten bei
345 Anhörungen zur **Gesetzesvorlagen**, welche ihre Belange berühren, stärker einge-
346 bunden sind.
- 347 • Wir wollen, dass Gesetzgebung bereits frühzeitig darauf überprüft wird, ob die Anlie-
348 gen der nationalen Minderheiten berührt sind, um eine Stärkung und Gleichberechtigt-
349 ung von **minderheitenrelevanten Belange** in der Ausgestaltung der Bundesgesetz-
350 gebung zu sichern.
- 351 • Wir wollen, dass die **Beteiligungsmöglichkeiten Abgeordneter** nationaler Minder-
352 heiten im Bundestag gestärkt wird.

353

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365

366

367

368

369

370

371

372

373

374

375

376

377

378

379

380

381 **Kein Sozialabbau, sondern Daseinsvorsorge für alle**

382 Der SSW steht für einen solidarischen Wohlfahrtsstaat nach skandinavischem Vorbild. Die
383 starken Schultern sollen größere Lasten tragen, die stärksten Schultern mehr als bisher. Alle
384 Bürger*innen sollen über Steuern in die Sozial- und Krankenversicherung einzahlen. Leis-
385 tungsstarke Gruppen dürfen davon nicht mehr ausgenommen werden. Es ist Aufgabe des
386 Staates, nicht jene zu vergessen, die keine starke Lobby haben und besonderer Hilfe bedür-
387 fen.

388
389 Trotz der vergleichsweise guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland in den letzten
390 Jahren stehen viele Menschen am Rand der Gesellschaft. Dies betrifft besonders alleinerzie-
391 hende Eltern. Alleinerziehende, Kinderreiche, aber auch Rentner*innen haben nach wie vor
392 ein erhöhtes Armutsrisiko. Auch die Zahlen von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und
393 Langzeitarbeitslosen sind weiterhin hoch. Die aktuelle wirtschaftliche Krise darf nicht als Vor-
394 wand für einen Sozialabbau dienen, sondern muss im Gegenteil dazu führen, dass wir end-
395 lich eine Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger bekommen.

396
397 Die Einführung des Bürgergeldes war ein Schritt in die Richtung, der aber nicht ausreichend
398 ist. Im Folgenden werden wir mit konkreten Forderungen zur Bundestagswahl darlegen, wie
399 wir uns ein **neues Sozialstaatsmodell** vorstellen.

400
401

402 **Sozialversicherungen: Rentensystem sichern und reformieren**

403 Es ist bereits seit Jahrzehnten bekannt, dass das bisherige System der Solidarversicherung
404 durch den demografischen Wandel und die Veränderungen im Arbeitsmarkt nicht länger
405 tragfähig ist. Ein „weiter so“ führt zu einer Überlastung der Beitragszahler und/oder massiven
406 Einschnitten im Leistungsbereich. Wir sind gegen jede **Renten Kürzung**, sondern treten für
407 eine **zukunftsfähige Reform der Rente** ein.

408

409 • Wir wollen eine **sozial gerechte Ausgestaltung** der gesetzlichen Rentenversiche-
410 rung als tragende Säule der Altersvorsorge, um Altersarmut zu verhindern. Die Ein-
411 führung der Grundrente ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Unser langfristi-
412 ges Ziel ist ein solidarisches, umlagefinanziertes Versicherungssystem in Form einer
413 Erwerbstätigenversicherung, die alle Erwerbstätigen und Einkommensarten einbe-
414 zieht und geschlechtergerecht ausgestaltet ist. So werden die Lasten nicht nur auf
415 alle Schultern verteilt - die breitesten Schultern tragen auch den größten Anteil. Ne-
416 ben der Einführung einer Bürgerversicherung wollen wir das zukünftige Finanzei-
417 rungsproblem und das zu niedrige Rentenniveau angehen. Dazu muss geprüft wer-
418 den, ob es möglich ist, das **schwedische Rentenmodell** in Deutschland einzuführen.

419 • Wir wollen die **Sozialversicherungen** langfristig von einem Beitragssystem **zu ei-**
420 **nem steuerbasierten System** nach skandinavischem Vorbild **umstellen**. Sozialver-
421 sicherungsbeiträge sollen sukzessive sinken, bis sie vollständig entfallen. Wir wollen
422 eine solidarische Finanzierung aller Sozialversicherungszweige durch paritätische
423 Beiträge zur gesetzlichen Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.
424 Das bedeutet, dass ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen die gleichen Beiträge
425 zu den Sozialversicherungen zahlen.

426

427 • Wir wollen **keine Erhöhung** des Renteneintrittsalters.
428 • Wir wollen die **Beitragsbemessungsgrenze abschaffen**, damit alle Einkommen
429 gleich zur Finanzierung von **Arbeitslosigkeits-, Kranken- und Pflegeversicherun-**
430 **gen** herangezogen werden

431 • Wir wollen **ehrenamtliche Tätigkeiten mit Rentenpunkten belohnen**. Der große
432 Zeitaufwand fürs Ehrenamt, das unsere Gesellschaft zusammenhält, soll sich auch in
der Altersrente niederschlagen.

- 433 • Wir wollen die **Trennung in gesetzliche und private Krankenversicherungen abschaffen**. Von einer Bürger:innenvollversicherung sollen alle Standardleistungen abgedeckt werden; für zusätzliche Leistungen können nach Wunsch individuelle Versicherungslösungen abgeschlossen werden.
- 434
- 435
- 436
- 437

438

439 **Armut wirkungsvoll bekämpfen**

440 Über 50 Prozent der Erwerbslosen und deutlich über 40 Prozent der Alleinerziehenden in
441 Schleswig-Holstein sind von Armut bedroht. Dies betrifft vor allem Frauen. Über 20.000
442 Rentner*innen in Schleswig-Holstein sind auf Grundsicherung angewiesen. Über 60.000 Kin-
443 der in unserem Bundesland leben in Armut oder müssen es fürchten. Die Einkommen sind
444 durchschnittlich zu gering und die Sozialleistungen orientieren sich an diesem Niedrigniveau.
445 Der Mindestlohn muss vor Armut schützen, dies muss im Mindestlohngesetz als Ziel definiert
446 werden.

447

- 448 • Die bisherigen Erfahrungen mit der Einführung des Bürgergeldes **müssen evaluiert**
449 und danach Nachbesserungen umgesetzt werden.
- 450 • Wir wollen einen **Mindestlohn** in Höhe von mindestens **15 Euro** pro Stunde.
- 451 • Wir wollen, dass auch bei Langzeitarbeitslosen, Schüler:innen, Jugendlichen und
452 Menschen mit Behinderungen **keine Ausnahmen vom Mindestlohn** mehr gelten.
453 Die Arbeit dieser Gruppen ist nicht minderwertig und muss gleich entlohnt werden.
- 454 • Wir wollen, dass **Leiharbeit und Werkverträge** nur noch in Ausnahmefällen zugelas-
455 sen werden. Wir wollen eine konsequente gesetzliche Lösung, die Missbrauch vor-
456 beugt und diese Instrumente effektiv eindämmt. Dabei wollen wir insbesondere, dass
457 der Bund Mindeststandards für Lohn und Arbeitsbedingungen in der Fleischproduk-
458 tion einführt. Zudem müssen zur Verfügung gestellte Unterkünfte von Arbeitneh-
459 mer*innen menschenwürdigen Standards entsprechen und einen effektiven Infekti-
460 onsschutz gewährleisten.
- 461
- 462 • Wir wollen, dass **geringfügige Beschäftigung** überall dort **abgebaut** wird, wo Ar-
463 beits- und Lohnbedingungen nicht tragbar sind oder sie sozialversicherungspflichtige
464 Arbeitsplätze verdrängt oder verhindert.
- 465 • Wir wollen eine **sozial gerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversiche-**
466 **rung** als tragende Säule der Altersvorsorge, um Altersarmut zu verhindern. Die Ein-
467 führung der Grundrente ist ein erster Schritt in diese Richtung. Unser langfristiges Ziel
468 ist ein solidarisches, umlagefinanziertes Versicherungssystem in Form einer Erwerbs-
469 tätigenversicherung, welche alle Erwerbstätigen und Einkommensarten mit einbezieht
470 und geschlechtergerecht ausgestaltet ist. So werden die Lasten nicht nur auf alle
471 Schultern verteilt, sondern die breitesten Schultern tragen auch einen größeren An-
472 teil.
- 473 • Wir wollen zusätzlich zur Einführung einer Bürger:innenversicherung das zukünftige
474 Finanzierungsproblem und **zu niedrige Rentenniveau** anpacken. Hierfür muss ge-
475 prüft werden, ob es möglich wäre, das **schwedische Rentenmodell** in Deutschland
476 zu **implementieren**.
- 477 • Wir wollen eine **solidarische Finanzierung** aller Sozialversicherungszweige durch
478 **paritätische Beiträge** zur gesetzlichen Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflege-
479 versicherung. Das bedeutet, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer*innen die gleichen
480 Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlen.
- 481 • Wir wollen, dass alle **Leistungen und Fördermöglichkeiten**, die Armut und insbe-
482 sondere Kinderarmut entgegenwirken, **zusammengefasst** und **bürokratische Hür-**
483 **den abgebaut** werden, damit diese Leistungen auch digital beantragt werden kön-
484 nen. Für viele Familien sind staatliche Förderungen zu umständlich und kompliziert
485 zu beantragen.

- 486 • Wir wollen Kindern einen **kostenlosen Zugang zu Sport- und Kulturangeboten** er-
 487 möglichen. Mit einer entsprechenden Förderung haben auch Kinder aus geringver-
 488 dienenden Familien die Möglichkeit umfassender gesellschaftlicher Teilhabe.
- 489 • Wir wollen ein **Pilotprojekt** zur Einführung **eines bedingungslosen Grundeinkom-**
 490 **mens** (BGE) für alle starten, um diese mögliche Lösung für die großen sozial- und
 491 arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu untersuchen.

492

493

494 **Aktive Arbeitsmarktpolitik für Arbeitslose statt nur Kontrolle**

495 Die Politik muss mehr dafür tun, Menschen bei der Arbeitssuche zu unterstützen, statt zu
 496 viele Ressourcen für die Kontrolle von Erwerbssuchenden zu verbrauchen. Auch und gerade
 497 für Langzeitarbeitslose muss diese Unterstützung auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten
 498 sein. Dazu muss die Auswahl an Fördermöglichkeiten und die Vielfalt an Instrumenten er-
 499 höht werden, um Erwerbslose passgenauer unterstützen zu können. Arbeit stärkt das Selbst-
 500 bewusstsein und trägt dazu bei, dass wir einen Platz in der Gesellschaft haben. Sie sichert
 501 Teilnahme und Selbstbestimmung.

502

- 503 • Wir wollen, dass Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit ihren Schwerpunkt
 504 stärker auf die **aktive Arbeitsmarktpolitik** legen. Menschen ohne Arbeit sollen nicht
 505 bloß verwaltet, sondern individuell beraten und unterstützt werden.

- 506 • Wir wollen, dass **Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** passgenauer auf
 507 die Bedürfnisse von geringqualifizierten Arbeiternehmer:innen zugeschnitten und An-
 508 forderungen des technologischen Wandels berücksichtigt werden.

- 509 • Wir wollen eine **inklusive Arbeitswelt** schaffen, damit alle Menschen eine Chance
 510 auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

- 511 • Wir wollen, dass die Kommunen bei der **Arbeitsvermittlung vor Ort** noch besser als
 512 bisher eingebunden werden, weil sie die lokalen wirtschaftlichen und sozialen
 513 Verhältnisse kennen und den Arbeitslosen am besten helfen können.

- 514 • Wir wollen einen **erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt** – unter anderem für Al-
 515 leinerziehende – durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote und flexiblere Arbeits-
 516 zeitmodelle.

- 517 • Wir wollen die unverzichtbare Arbeit der **Jugendaufbauwerke** bei der Begleitung jun-
 518 ger Menschen während ihres Einstiegs in das Berufs- und Arbeitsleben langfristig si-
 519 chern.

- 520 • Wir wollen, dass der Bund eine **bundesweit einheitliche Vergütung** für schulische
 521 Ausbildungen, insbesondere im sozialen Bereich, einführt. Der Bund soll gesetzliche
 522 Rahmenbedingungen schaffen, die eine angemessene Mindestvergütung für alle
 523 schulischen Ausbildungsberufe verbindlich regeln. Berufe mit schulischer Ausbildung,
 524 wie beispielsweise sozialpädagogische AssistenInnen, sind systemrelevant. Der
 525 Bund muss Verantwortung übernehmen und eine Finanzierung aus Bundesmitteln
 526 sicherstellen, um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu gewährleisten.“

527

528

529 **Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen**

530 Es gibt ein Menschenrecht auf Wohnen. Dafür braucht es auch eine gerechte Sozialraumpla-
 531 nung. Wir wollen keine Ghettos, sondern vielfältige Wohnformen wie Mehrgenerationenhäu-
 532 ser, inklusives, barrierefreies Wohnen und einen bezahlbaren Wohnungsbau nach dem Prin-
 533 zip der Gemeinwohlökonomie ermöglichen.

534 Die Preise für Einfamilienhäuser und die Mieten für Wohnungen sind auch in Schleswig-Hol-
 535 stein stark angestiegen. Gerade in den Ballungsräumen des Landes fehlt es häufig an klei-
 536 neren bezahlbaren Wohnungen. Der Bund muss daher den Kommunen in Schleswig-Hol-
 537 stein dabei helfen, mehr öffentlichen, sozialen Wohnraum zu schaffen.
 538

- 539 • Wir wollen, dass das der Bund **mehr Investitionen** für öffentlichen Wohnraum zur
 540 Verfügung stellt und endlich seine Versprechungen von 400.000 neuen Wohnungen
 541 pro Jahr umsetzt.
- 542 • Wir wollen, dass der Bund die Kommunen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohn-
 543 raum unterstützt, indem er die finanziellen **Risiken durch Altlasten** bei der Erschlie-
 544 ßung von Flächen für den Wohnungsbau mit Fördermitteln absichert.
- 545 • Wir wollen, dass der Bund die **Förderung von Genossenschaftsmodellen und so-**
 546 **zialen Wohnprojekten** zum Beispiel durch Steuerbegünstigungen erleichtert.
- 547 • Wir wollen, dass der Bund die Gründung von **kommunalen Wohnungsgesellschaf-**
 548 **ten** fördert.
- 549 • Wir wollen, dass **soziale Wohnprojekte** gefördert werden, damit ein selbst gewähl-
 550 tes Wohnumfeld in der Mitte der Gesellschaft zur Normalität wird.
- 551 • Wir wollen eine **nationale Strategie zum Ende von Obdachlosigkeit**, angelehnt an
 552 die Zielsetzung des EU-Parlaments, Wohnungslosigkeit bis 2030 abzuschaffen.
- 553 • Wir wollen **mehr bezahlbaren Wohnraum** schaffen, insbesondere für Menschen mit
 554 Behinderungen, junge Menschen, Auszubildende und Studierende.
- 555 • Wir wollen Konzepte wie „**Housing First**“ aus Finnland umsetzen, um **Wohnungslo-**
 556 **sigkeit** gezielt zu **bekämpfen**.
- 557 • Wir wollen, dass der Bund eine **Spekulations-Strafgebühr** bei Leerstand von Ge-
 558 werbeimmobilien über einen längeren Zeitraum einführt.
- 559 • Wir wollen Entwicklung von **Wohnraum nach skandinavischem Vorbild**. Das be-
 560 deutet, neue Förderprogramme des Bundes zu schaffen, die Kommunen Anreize ge-
 561 ben, Wohnungsrenovierungen und -Neubauten ganzheitlich, energieeffizient und ge-
 562 nerationsgerecht zu planen.
- 563 • Wir wollen **alternative Wohnformen** wie Micro-Housing, Tiny Houses,
 564 Hofgemeinschaften oder Ökodörfer **fördern**.
- 565 • Wir wollen eine **aktive Bodenpolitik der öffentlichen Hand** nach Wiener Vorbild.
 566 Die Stadt Wien betreibt seit rund 100 Jahren ein aktives Boden- und Grundstücksma-
 567 nagement und verfügt dadurch über erhebliche bebaubare Flächen, auf denen Woh-
 568 nungsbauprogramme umgesetzt werden können. - So kann die Entwicklung von
 569 Wohnraum, ob in privater oder öffentlicher Regie, besser gesteuert werden.
- 570 • Wir wollen, dass der **Bund die Renovierung** bereits bestehender Studentenwohn-
 571 heime unterstützt sowie die Modernisierung dieser vorantreibt. Dazu müssen neue
 572 Studentenwohnheime gebaut werden.
- 573 • Wir wollen den Einstieg in ein **Angebot von Wohnheimen für Auszubildende**.

574

575

576 **Gesundheit darf keine Ware sein.**

577 Die Sicherung der Bürger im Bereich der Gesundheit und Pflege darf kein Produkt **des**
 578 **Marktes sein. Die vergangenen Jahre, nicht zuletzt während der** Coronapandemie, ha-
 579 ben gezeigt, dass u. a. Fallpauschalen nicht geeignet sind, um den wirtschaftlichen Betrieb
 580 von Krankenhäusern zu sichern. Gesundheit und Pflege dürfen nicht einem Streben nach
 581 Gewinnmaximierung untergeordnet werden. Diese elementaren Bereiche der Daseinsvor-
 582 sorge müssen durch staatliche Kontrolle sichergestellt werden.

583 Derzeit ist das deutsche Gesundheitssystem das teuerste, jedoch nicht das beste europa-
 584 weit. Wir sehen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, die Not-
 585 wendigkeit eines Systemwandels vom bisherigen beitragsgestützten System hin zu einem
 586 steuerbasierten System mit einer staatlich garantierten Grundversorgung.
 587
 588

- 589 • Wir wollen eine **Gesundheitspolitik**, in der das **Gemeinwohl** und **nicht der Profit** im
 590 Mittelpunkt steht.
 591
- 592 • Wir wollen, dass der Bund den Ländern und Kommunen ausreichende Mittel zur
 593 Verfügung stellt, damit die gesetzlich festgelegte Länderfinanzierung der
 594 **Krankenhausinvestitionen** zu 100 % erfüllt werden kann.
 595 • Wir wollen, dass **Krankenhäuser** langfristig wieder in die **kommunale** und
 596 **öffentliche Hand** zurückkehren.
 597 • Wir wollen eine **neue Struktur der Krankenhausfinanzierung**. Das geplante Kran-
 598 kenhausversorgungsverbesserungsgesetz enthält hierzu einige wichtige Ansätze, ist
 599 jedoch nicht ausgeglichen genug und benachteiligt den ländlichen Raum.
- 600 • Wir wollen eine **Sicherstellung der stationären Versorgung** in allen Regionen.
 601 Gleichzeitig ist eine Spezialisierung und Zentralisierung für planbare Eingriffe anzu-
 602 streben.
- 603 • Wir wollen Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren im **ländlichen**
 604 **Raum** stärken.
- 605 • Wir wollen eine **wohnnah, menschengerechte Gesundheitsversorgung** –
 606 auch in der Fläche und auf den Inseln z.B. auf **Helgoland**, wo viele Bürgerinnen und
 607 Bürger zum Festland müssen um medizinisch versorgt zu werden. In solchen Fällen
 608 sollte ein Solidarpakt zum tragen kommen, dass die Fahrtkosten von den
 609 Krankenkassen bezahlt.
 610
- 611 • Wir wollen, dass der Bund die **kommunalen Gesundheitsämter finanziell** besser
unterstützt.
- 612 • Wir wollen, dass die zunehmende Zahl alter Menschen auch **in Pflegeheimen men-**
 613 **schenswertig leben kann** und gut versorgt wird. Auch der Bund trägt eine Mitverant-
 614 wortung hierfür und muss Länder und Kommunen finanziell unterstützen. Eine soziale
 615 Isolation betagter Heimbewohner*innen wie in den ersten Monaten der Coronapande-
 616 mie darf es nicht mehr geben.
- 617 • Wir wollen den Ausbau und die Unterstützung von stationären und teilstationären
 618 **Hospizen und ambulanten Hospizdiensten** in Deutschland vorantreiben. Auch eine
 619 gute Weiterentwicklung der flächendeckenden spezialisierten ambulanten Palliativ-
 620 versorgung (SAPV) ist für uns von zentraler Bedeutung. Lebensbedrohlich Erkrankte,
 621 insbesondere Kinder und Jugendliche, haben das Recht auf Selbstbestimmung und
 622 gute palliative ärztliche und pflegerische Versorgung in städtischen wie in ländlichen
 623 Räumen.
- 624 • Wir wollen, dass der Bund einen staatlichen Haftungsfond nach dänischem Vorbild
 625 einführt, um die **Prämien der Berufshaftpflichtversicherung für Hebammen**
 626 erheblich zu **reduzieren**.
- 628 • Wir wollen eine Änderung der **Abrechnungspauschalen in der Geburtshilfe**.
 629 Individuelle und intensive Betreuung muss leistungsgerecht abgebildet werden und
 630 Anreize für physiologische Geburten bieten. Zudem müssen Anreize geschaffen
 631 werden, um mehr Hebammen im ländlichen Raum anzusiedeln.
 632
 633

634 **Ärztliche und zahnärztliche Versorgung verbessern**

- 635 • Wir wollen die **Sicherstellung der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung** auf
636 eine Einrichtung der öffentlichen Hand übertragen, welche anders als Berufsstands-
637 vereinigungen die Interessen aller im Blick hat und ärztliche oder zahnärztliche Nie-
638 derlassungen aufgrund der regionalen Gegebenheiten und Erforderlichkeiten steuert.
- 639 • Wir wollen allen Menschen eine **hausärztliche und zahnärztliche Grundversor-**
640 **gung garantieren.** Die jeweiligen Hausärzt:innen und Zahnärzt:innen sollen die ers-
641 ten Ansprechpartner im Gesundheitssystem sein und ihre Patient:innen an Fach-
642 ärzt:innen und weitere Akteure weiterüberweisen.
- 643 • Wir wollen eine durch die öffentliche Hand kontrollierte **Maximalwartezeit für**
644 **fachärztliche Behandlungen.**
- 645 • Wir wollen eine **größere Entscheidungsfreiheit** der weiteren Akteure (Physiothera-
646 peuten u.a.) im Gesundheitswesen. Die konkrete Beurteilung der erforderlichen und
647 zielführenden Behandlung soll durch die Therapeuten im vorhandenen Kostenrah-
648 men erfolgen, um eine bessere und effizientere Behandlung zu erreichen.
- 649 • Wir wollen eine **einfachere Anerkennung alternativer Behandlungsmethoden.**
650 Hierbei sind Erfahrungswerte aus anderen Ländern zu berücksichtigen.

651
652

653 **Long Covid und ME/CFS Betroffene endlich sichtbar machen**

654 Die Corona-Pandemie ist schon länger her, doch für Menschen mit Long Covid und Myalgi-
655 scher Enzephalomyelitis/Chronischem Fatigue-Syndrom (ME/CFS) ist sie noch immer prä-
656 sent. Diese oft unsichtbaren Erkrankungen beeinträchtigen das Leben der Betroffenen mas-
657 siv. Zudem leiden Betroffene nach wie vor unter Stigmatisierung und Fehlbehandlungen. Der
658 SSW setzt sich entschieden für diese Menschen ein. Wir streben eine umfassende Verbes-
659 serung ihrer Situation an - von der telemedizinischen Betreuung über den Ausbau von Kom-
660 petenzzentren bis hin zur intensivierten Forschung. Dabei ist uns die aktive Einbindung der
661 Betroffenen in alle Prozesse besonders wichtig. Sie sind es, die ihre eigene Erkrankung am
662 besten einschätzen können. Unser Ziel ist es, niedrigschwellige Angebote zu schaffen, die
663 Versorgungslage zu verbessern und gleichzeitig Stigmatisierung durch gezielte Aufklärung
664 zu bekämpfen. Wir wollen Long Covid und ME/CFS Betroffene aus dem Schatten holen und
665 ihnen die Unterstützung und Anerkennung zukommen lassen, die sie dringend benötigen.

666
667
668
669
670
671
672
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683

- 667 • Wir wollen eine bessere **telemedizinische Betreuung** für ME/CFS und Long Covid
668 Betroffene. Zudem muss es konkrete Konzepte für die Versorgung von hausgebun-
669 denen Betroffenen geben. Ein Arztbesuch ist für die erkrankten Menschen oft nicht
670 oder nur unter großer körperlicher, psychischer und logistischer Anstrengung mög-
671 lich.
- 672 • Wir wollen, dass Betroffene aktiv in die **Erstellung von Versorgungskonzepten** und
673 Planung von Studien eingebunden werden. Die an Long Covid und ME/CFS erkrank-
674 ten Menschen kennen die Lösungswege und Herausforderungen am besten. Ihre
675 ganz persönliche Expertise muss mit eingebunden werden.
- 676 • Wir wollen, dass die **Versorgungslage generell verbessert** wird. Dafür müssen
677 Kompetenzzentren und interdisziplinäre Ambulanzen finanziell und strukturell vom
678 Bund gefördert werden. Zudem muss die Forschung von Long Covid und ME/CFS
679 weiter ausgebaut und intensiviert werden.
- 680 • Wir wollen, dass **ME/CFS in den Katalog** von § 116 Abs. 1 Nr. 1 SGB V für das Ver-
681 sorgungsangebot der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung aufgenommen
682 wird. So wird der Zugang zu Gesundheits- und Sozialsystemen für Betroffene deut-
683 lich erleichtert

- 684 • Wir wollen, dass eine **Stigmatisierung und Fehlbehandlungen** durch Aufklärungs-
685 kampagnen in medizinischen Berufen, Schulen, Krankenkassen, Gerichten und wei-
686 teren Behörden verhindert wird. Die Betroffenen Menschen brauchen Teilhabe und
687 eine schnelle Diagnose, keine Verurteilung und Stigmatisierung.
688

689

690 **Pflege und Krankenversorgung bedarfsgerecht und zukunftsfest aufstellen**

691 Ziel unserer Gesundheitspolitik ist die bestmögliche medizinische und pflegerische Versor-
692 gung aller Menschen. Dabei muss das Gemeinwohl und nicht der Profit im Mittelpunkt ste-
693 hen. Langfristig müssen unsere Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand zurückkehren.
694 Um auch in Zukunft eine wohnortnahe medizinische Hilfe in hoher Qualität sicherzustellen,
695 braucht es konkrete Anreize und mehr personelle und finanzielle Ressourcen. Darum treten
696 wir für eine solidarische Krankenversicherung, eine angemessene Finanzierung der Kran-
697 kenhäuser und eine wirksame Personalbemessung ein.

- 698 • Wir wollen, dass nicht nur die zurzeit Sozialversicherungspflichtigen in unser **Ge-**
699 **sundheitssystem** einzahlen, sondern alle Menschen in Deutschland an einer ge-
700 rechten, solidarischen Finanzierung mitwirken. Wir wollen die **Bürger:innenversi-**
701 **cherung**.
- 702 • Wir wollen einen **Systemwechsel in der Pflegeversicherung** hin zu einer gerech-
703 ten, solidarischen und nachhaltigen **Bürger:innenvollversicherung**, die alle Kosten
704 der Pflegebedürftigkeit ohne Zuzahlung abdeckt, damit alle Menschen, die pflegebe-
705 dürftig werden, eine menschenwürdige und passgenaue Pflege erhalten können.
- 706 • Wir wollen, dass der Bund die Kommunen weiterhin tatkräftig bei der **Kliniksanie-**
707 **rung** und bei **Neubauten** unterstützt und setzen uns für eine deutliche Aufstockung
708 der Investitionsmittel für Krankenhäuser ein.
- 709 • Wir wollen Arbeitszeiten, die Rücksicht auf die **Bedürfnisse von Pflegekräften** neh-
710 men.
- 711 • Wir wollen die gegenseitige **Anerkennung von Pflegeausbildungen** innerhalb der
712 EU.
- 713 • Wir wollen eine **bedarfsgerechte medizinische Versorgung auf dem Land** sichern
714 – durch stärkere Anreize für die Ansiedlung von Ärzt:innen, die Schaffung durchlässi-
715 ger Versorgungsstrukturen zwischen ambulantem und stationärem Sektor, erweiterte
716 Kompetenzen für professionelle Pflegekräfte und den verstärkten Einsatz innovativer
717 Techniken wie der Telemedizin.
- 718 • Wir wollen die Umsetzung der „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterben-
719 der Menschen“ weiter fördern, damit sich die **Hospiz- und Palliativversorgung** wei-
720 ter verbessert. Zur palliativen und hospizlichen Versorgungsstruktur gehört der Auf-
721 bau einer Hospizkultur in der stationären Pflege wie auch in Einrichtungen der Ein-
722 gliederungshilfe und bei Palliative Care in Krankenhäusern.
- 723 • Wir wollen, dass **pflegende Angehörige** besser **unterstützt** werden. Wir wollen eine
724 bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, u.a. durch umfassendere Entlastungsan-
725 gebote, sowie ein „Vereinbarkeitsbudget“ als finanziell und zeitlich flexibel nutzbare
726 Entgeltersatzleistung wie beim Elterngeld.

- 727 • Wir wollen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen verstärkt durch **aufsuchende**
 728 **Hilfs- und Beratungsangebote** nach dem Modell der Gemeindepfleger:innen entlas-
 729 ten. Betroffene sollen zu Hause besucht und dort kostenlos und individuell beraten
 730 werden. Die Beratung soll präventiv ausgerichtet sein, beispielsweise zur sozialen Si-
 731 tuation, gesundheitlichen und hauswirtschaftlichen Versorgung, Wohnsituation, Mobi-
 732 lität, Hobbys oder Kontakten. Sie soll auch die Vermittlung von wohnortnahen und gut
 733 erreichbaren Teilhabeangeboten wie beispielsweise Seniorentreffen, Bewegungsan-
 734 geboten, Veranstaltungen oder Kursen beinhalten.

735
736

737 **Gute Pflege ist ein Menschenrecht – bessere Arbeitsbedingungen schaffen**

738 Der Personalmangel in der Alten- und Krankenpflege ist alarmierend. Es ist bezeichnend,
 739 dass große Krankenkassen die Situation in der Altenpflege als Pflegenotstand darstellen.
 740 Der Fachkräftemangel in der Alten- und Krankenpflege ist eine Tatsache, die sich bereits
 741 heute auf die Versorgung und Pflegequalität für die Betroffenen auswirkt. Bis zum Jahr 2030
 742 werden bei konservativen Annahmen über 180.000 Pflegekräfte fehlen, auch weil es dann
 743 mit insgesamt sechs Millionen Pflegebedürftigen über eine Million Betroffene mehr geben
 744 wird als bisher angenommen. Der akute Mangel an Plätzen in der Kurzzeitpflege ist bereits
 745 jetzt besorgniserregend. Er stellt für die Betroffenen, deren Angehörige und die Sozialdienste
 746 der Krankenhäuser ein großes Problem dar. Hier muss schnellstmöglich Entlastung geschaf-
 747 fen werden. Die Altenpflege in Deutschland steht vor einer tiefgreifenden Krise, die durch
 748 den Personalmangel, den demografischen Wandel, die Belastung der Pflegekräfte und die
 749 hohen Kosten für pflegebedürftige Menschen gekennzeichnet ist. Sowohl die ambulante als
 750 auch die stationäre Pflege geraten zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Diese Herausfor-
 751 derungen verlangen nach einer umfassenden politischen Reform, um die Pflege zukunftsfä-
 752 hrig, menschlich und bezahlbar zu gestalten.“
 753

- 754 • Wir wollen, dass die **Versorgung pflegebedürftiger Menschen** in der Altenpflege in
 755 die Verantwortung der **öffentlichen Hand** zurückgeführt und von ihr selbst oder
 756 durch Wohlfahrtsverbände, Kirchen oder Non-Profit-Unternehmen ausgeführt wird,
 757 um den Konkurrenzkampf über die Entgelte zwischen den Anbietern zu beenden.
- 758 • Wir wollen einen **Systemwechsel in der Pflegeversicherung** hin zu einer
 759 gerechten, solidarischen und nachhaltigen Bürger*innenvollversicherung, die alle
 760 Kosten der Pflegebedürftigkeit ohne Zuzahlung abdeckt, damit sich jeder Mensch,
 761 der pflegebedürftig wird, eine menschenwürdige und passgenaue Pflege leisten
 762 kann.
- 763 • Wir wollen, dass Pflegebedürftige in der stationären und ambulanten Altenpflege eine
 764 **individuelle, selbstbestimmte, passgenaue und aktivierende Pflege** erhalten. Wir
 765 sehen dies als einen Mindeststandard an. Eine ambulante Pflege im eigenen
 766 Wohnumfeld ist einer stationären Pflege nach Möglichkeit vorzuziehen.
- 767 • Wir wollen regionale Pflege-Netzwerke **konsequent weiter ausbauen**, um so die Zu-
 768 sammenarbeit zwischen ambulanten Diensten, Hausärzten und Sozialdiensten zu
 769 verstärken.
- 770 • Wir wollen den **Ausbau technischer Hilfsmittel, wie Smart-Home-Technologien**
 771 und **digitale Assistenzsysteme** fördern, so dass sie geeignet sind die ambulante
 772 Pflege zu entlasten und die Eigenständigkeit der Pflegebedürftigen zu fördern.“
- 773 • Wir wollen, dass ein **bundeseinheitliches** wirksames
 774 Personalbemessungsinstrument gesetzlich verankert wird, **das** den **Pflegebedarfen**
 775 der Menschen **gerecht wird** und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Alten-
 776 und Krankenpflege vollumfänglich Rechnung trägt, damit die Pflegequalität erhöht
 777 und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessert werden.

- 778 • Wir wollen einen **allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag** für die Altenpflege
 779 entsprechend dem Niveau des öffentlichen Dienstes (TVöD), um die Beschäftigten in
 780 der Altenpflege angemessen zu vergüten und die Attraktivität des Pflegeberufs zu
 781 erhöhen.
- 782 • Wir wollen eine **Reduzierung der Arbeitsbelastungen** in der Pflege. Nur so können
 783 z. B. die hygienischen Vorschriften konsequent eingehalten werden.
- 784 • Wir wollen Arbeitszeiten, die Rücksicht auf die **Bedürfnisse von Pflegekräften**
 785 nehmen.
- 786 • Wir wollen, dass Pflegekräfte mehr **Qualifizierung und Fortbildung** erhalten.
- 787 • Wir wollen eine **Stärkung des Pflegepersonals** im akademischen Bereich und eine
 788 verbesserte Ausbildung der Pflegeassistentenberufe. Eine Qualitätssteigerung in der
 789 Berufsausübung führt zu einer verbesserten Patientenversorgung und Pflegeplanung.
 790 Mehr akademisch ausgebildete Pflegefachkräfte führen zu einer Aufwertung des
 791 Pflegeberufs. Statt nur auf Anweisung des Arztes zu handeln, könnten Aufgaben
 792 teamorientiert und ganzheitlich gelöst werden. Weitere Spezialisierungen von
 793 Pflegefachkräften sollen gefördert werden.
- 794 • Wir wollen die **Arbeitsbedingungen** für die Altenpflege **verbessern**. Eine bessere
 795 Personalausstattung gemäß dem Personalbemessungsinstrument der Universität
 796 Bremen für die Altenpflege, ohne Abstriche, ist hier unabdingbar. Einerseits muss die
 797 Pflege für die Pflegebedürftigen menschenwürdig gestaltet und mit der angemesse-
 798 nen Zeit erbracht werden. Zum anderen müssen ausreichend Pflegekräfte mit den
 799 geeigneten Qualifikationen zur Verfügung stehen, damit z. B. ungeplante Überstun-
 800 den und das Einspringen aus dem Frei – und die damit einhergehenden zusätzlichen
 801 psychischen Belastungen und physischen Überforderungen – vermieden werden
 802 können.
- 803 • Wir wollen, dass die **Anzahl der Ausbildungsplätze** in der Altenpflege weiter **erhöht**
 804 wird. Dafür ist es notwendig, dass die Koordinierungsstelle Netzwerk Pflegeausbil-
 805 dung Schleswig-Holstein, die von Bund und Land gefördert wird, ihre erfolgreiche Ar-
 806 beit fortsetzen kann. Die neue generalisierte Pflegeausbildung erfordert ein hohes
 807 Ausmaß an Beratung und intensiver Vorarbeit bei den Pflegeanbietern in Schleswig-
 808 Holstein. Nur so kann die Anzahl der Ausbildungsplätze weiterhin gesteigert und da-
 809 mit dem Pflegenotstand entgegengewirkt werden.

810
 811

812 **Kontinuierliche Präventionsmaßnahmen**

813 Die Vorteile und Möglichkeiten **kontinuierlicher Präventionsmaßnahmen** für ältere noch
 814 nicht pflegebedürftige Menschen, analog zum dänischen Modells, bieten erhebliche Vorteile
 815 vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und haben aus unserer Sicht eine hohe
 816 Relevanz gerade für Deutschland, vor dem Hintergrund der sich weiter verschlechternden
 817 dramatischen Pflegesituation. **Prävention ist dabei die Schlüsselstrategie**, um die Selbst-
 818 ständigkeit und Lebensqualität älterer Menschen zu fördern, Pflegebedürftigkeit hinauszuzö-
 819 gern und das Gesundheits- und Pflegesystem zu entlasten.

820 Im dänischen Ansatz werden **regelmäßige Hausbesuche** durch Pflegekräfte oder Gesund-
 821 heitsberater durchgeführt, um frühzeitig gesundheitliche und soziale Bedürfnisse zu erken-
 822 nen. Unterstützungsmaßnahmen wie Bewegungsprogramme, Ernährungsberatung oder
 823 Sturzprophylaxe tragen dazu bei, die körperliche und geistige Gesundheit zu erhalten und
 824 das Risiko für Pflegebedürftigkeit zu reduzieren. Auch Anpassungen der Wohnumgebung,
 825 etwa barrierefreie Umbauten, **ermöglichen längeres selbstständiges Wohnen**.

826 Die Vorteile solcher Präventionsstrategien sind vielfältig: Sie stärken die Selbstständigkeit,
 827 fördern ein aktives soziales Leben, bekämpfen Einsamkeit und senken langfristig die Kosten
 828 im Pflege- und Gesundheitssystem. Besonders wichtig wird die Bedeutung sozialer Netz-
 829 werke und die Zusammenarbeit zwischen den Gesundheits- und Sozialdiensten.

- 830 • Wir wollen für Deutschland **kontinuierliche Präventionsstrategien**, analog zum vor-
831 bildhaften dänischen Modell umsetzen. Dazu müssen gesetzlich verankerte Hausbe-
832 suche, eine stärkere staatliche Förderung von Präventionsprogrammen, sowie die
833 bessere Vernetzung kommunaler Akteure implementiert werden, damit die Herausfor-
834 derungen des demografischen Wandels gemeistert werden können. Dabei ist die
835 Sensibilisierung und Aufklärung älterer Menschen über Präventionsmöglichkeiten
836 sind ebenfalls essenziell, um so eine breite Teilnahme sicherzustellen.

837
838

839 **Politik für und mit Menschen mit Behinderung machen**

840 Alle Menschen haben die gleichen Rechte. Von einer Gesellschaft, in der alle Menschen mit
841 ihren individuellen Stärken und Schwächen selbstverständliche Mitglieder sind, sind wir aber
842 noch weit entfernt. Menschen mit Behinderungen stoßen in Schule, Arbeitswelt und Freizeit
843 noch immer auf viel zu viele Barrieren. Alle staatlichen Ebenen müssen sich klar zu den Zie-
844 len der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen bekennen und in
845 allen Bereichen ihren Verpflichtungen nachkommen.

- 846 • Wir wollen die **Teilhabe aller Menschen** in unserer Gesellschaft. Hierzu bedarf es
847 einer konsequenten Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen
848 mit Behinderungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Inklusion muss
849 umgesetzt und gelebt werden.
- 850 • Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen frei und unabhängig zu ihrem Unter-
851 stützungsbedarf an Teilhabeleistungen beraten werden. Wir freuen uns, dass das An-
852 gebot der **Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB)** verstetigt wurde.
853 Ziel muss es aber weiterhin sein, dass alle Menschen mit Behinderungen, unabhän-
854 gig von ihrem Wohnort, Zugang zu dieser Beratung haben. Dazu bedarf es der Mög-
855 lichkeit von aufsuchender Tätigkeit durch die EUTB.
- 856 • Wir wollen, dass die Bundesregierung sich bei den Bundesländern dafür einsetzt,
857 dass die **Bauvorschriften zur Barrierefreiheit** nicht unter dem Druck einer erhöhten
858 Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum unterlaufen werden. Menschen mit Behin-
859 derung haben längst erhebliche Probleme, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum
860 zu finden.
- 861 • Wir wollen, dass insgesamt deutlich mehr **bezahlbarer Wohnraum für Menschen**
862 **mit Behinderungen** geschaffen wird. Die Mittel, die der Bund den Ländern als Aus-
863 gleich für den Wegfall früherer Finanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung zahlt,
864 müssen erhöht sowie die Länder verpflichtet werden, diese Mittel zweckgebunden für
865 den barrierefreien und -reduzierenden Um- und Neubau sowie neue Sozialbindungen
866 zu verwenden. Vertreter*innen von Menschen mit Behinderung sind rechtzeitig zu be-
867 teiligen.
- 868 • Wir wollen, dass die Bundesregierung die **Beschäftigungspflicht** endlich konse-
869 quent einfordert und durchsetzt. Wir fordern daher eine Erhöhung der Ausgleichsab-
870 gabe für die Betriebe, die ihrer Beschäftigungspflicht gar nicht oder nicht ausreichend
871 nachkommen.
- 872 Wir wollen, dass der Bund als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht und nicht nur
873 mehr Menschen mit schweren Behinderungen einstellt, sondern ihnen auch **flexib-**
874 **lere Rahmenbedingungen** bietet. Dazu gehören verschiedene Arbeitszeitmodelle
875 (Teilzeit, Sabbatical u. a.), besonderer Kündigungsschutz insbesondere für Men-
876 schen mit schweren Behinderungen und begleitende Hilfe im Arbeitsleben.
- 877 • Wir wollen eine Stärkung und verbindlichere Gestaltung des **Betrieblichen Einglie-**
878 **derungsmanagements (BEM)**. Wir fordern, dass für Beschäftigte ein individueller
879 Rechtsanspruch auf die Durchführung des BEM im SGB IX verankert wird.

- 880 • Wir wollen, dass **Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf nicht** wegen Art und
881 Schwere ihrer Behinderung(en) von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben **ausge-**
882 **schlossen** werden. Dieses Recht darf sich nicht auf Leistungen der Werkstätten für
883 Menschen mit Behinderungen beschränken und muss auch für die berufliche Bildung
884 gelten.
- 885 • Wir wollen, dass auch **Menschen mit Behinderungen ihre Ärzt:innen frei wählen**
886 können. Leider bestehen noch immer bauliche, kommunikationsbezogene oder ein-
887 stellungsbedingte Barrieren, welche die gesundheitliche Versorgung von Menschen
888 mit Behinderungen beeinträchtigen. Wir fordern, dass Ärzt:innenpraxen und andere
889 Einrichtungen im Gesundheitsbereich konsequent barrierefrei gestaltet werden. Dies
890 muss notfalls mit staatlicher Unterstützung sowie mit Sanktionsdruck im Falle der fort-
891 gesetzten Weigerung der Betreiber:innen geschehen.
- 892 • Wir wollen, dass das Thema Behinderung systematisch in die **Aus-, Fort- und Wei-**
893 **terbildung aller Gesundheitsberufe** integriert wird. Barrierefreiheit muss zur Zulas-
894 sungsvoraussetzung von Praxen werden. Außerdem müssen Patient:innen mit Be-
895 hinderungen umfassend über das Behandlungsgeschehen informiert und in die ärztli-
896 chen wie therapeutischen Entscheidungsprozesse aktiv eingebunden werden.
897
- 898 • Wir wollen die **Präventionsarbeit** zum Schutz von Menschen mit Behinderung **vor**
899 **sexualisierter und anderer Gewalt** in Einrichtungen der Behindertenhilfe dauerhaft
900 finanziell fördern.
- 901 • Wir wollen, dass Menschen mit hohen Unterstützungsbedarfen stärker in den Blick
902 genommen und die Möglichkeiten der **Unterstützten Kommunikation** intensiver ge-
903 nutzt werden. Methoden der Unterstützten Kommunikation sollen in die Ausbildungs-
904 gänge pädagogischer und medizinisch-therapeutischer Berufe aufgenommen wer-
905 den.
- 906 • Wir wollen eine **bessere Öffnung des ersten Arbeitsmarkts** für Menschen mit Be-
907 hinderungen und chronischen Erkrankungen.
- 908 • Wir wollen den **Mindestlohn** auch für Menschen, die in „**Behindertenwerkstätten**“
909 arbeiten, damit sie ein würdevolles und eigenständiges Leben führen können.

910

911 **Bessere Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen**

912 Bessere Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen

913 Die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen steigt stetig an – ein Problem, das
914 durch die Coronapandemie und ihre Nachwirkungen noch verstärkt wurde. Gleichzeitig
915 schaffen weltweite Krisen, Kriege, die wirtschaftliche Lage und die damit einhergehende Un-
916 sicherheit ein Klima von Zukunftsangst, das viele Menschen zusätzlich belastet. Trotz der im-
917 menschen Bedeutung von psychischer Gesundheit fehlt es in Deutschland weiterhin an ausrei-
918 chenden Hilfs- und Therapieangeboten. Viel zu oft sehen sich Betroffene gezwungen, mona-
919 telang auf einen dringend benötigten Therapieplatz zu warten. Das können wir nicht akzep-
920 tieren. Wir brauchen mehr Psychotherapieplätze und gezielte Präventionsprogramme, um
921 den wachsenden Herausforderungen endlich gerecht zu werden.

922 Wir wollen, dass die Bundesregierung ihre Verpflichtung erfüllt und umgehend eine nationale
923 Strategie zur Suizidprävention vorlegt, die durch einen konkreten Gesetzentwurf untermauert
924 wird. Hier sollen die Länder gesetzlich verpflichtet werden, ausreichende Kapazitäten in der
925 Suizidprävention und -beratung vorzuhalten, unterstützt durch klare Finanzierungszusagen
926 des Bundes.

927

- 928 • Wir wollen, dass die **psychische Gesundheit** denselben Stellenwert in der Gesund-
929 heitsvorsorge erhält wie die physische Gesundheit.
- 930 • Wir wollen, dass **Präventionsprogramme** in Kitas, Schulen und Betrieben ausge-
931 baut und gefördert werden.
- 932 • Wir wollen, dass die erhöhte Nachfrage nach **psychotherapeutischen Behandlun-**
933 **gen** in der Bedarfsplanung berücksichtigt wird und **mehr Behandlungsplätze** ge-
934 schaffen werden – auch und gerade für Kinder und Jugendliche.
- 935 • Wir wollen, dass deutlich mehr Therapieplätze geschaffen werden und Wartezeiten
936 drastisch reduziert sowie mit Beratungsangeboten überbrückt werden.
- 937 • Wir wollen, dass die erhöhte Nachfrage nach psychotherapeutischen Behandlungen
938 in der Bedarfsplanung berücksichtigt wird und mehr Behandlungsplätze geschaffen
939 werden.
- 940 • Wir fordern den Ausbau von telemedizinischen Angeboten, wie Online-Beratung und
941 -Therapie, um schnelle und barrierefreie Hilfe zu gewährleisten.

942

943

944 **Brücke zwischen Behandlung und Prävention verbessern**

945 Die Versorgung psychischer Erkrankungen zu verbessern ist entscheidend, doch alleine
946 reicht es nicht aus. Der Fokus muss stärker auf Prävention gelegt werden. Ein zentraler An-
947 satz ist die Förderung von Resilienz – der Fähigkeit, mit Stress und Herausforderungen ge-
948 stärkt umzugehen. Präventive Maßnahmen, die mentale Widerstandskraft fördern, helfen da-
949 bei, Erkrankungen vorzubeugen und Menschen frühzeitig zu unterstützen. Dieser präventive
950 Ansatz ist nicht nur für die Betroffenen von großem Nutzen, sondern entlastet auch nachhal-
951 tig das Gesundheitssystem.

- 952 • Wir wollen, dass Resilienz Förderung als festen Bestandteil in Bildung, Arbeitswelt
953 und Gesundheitsvorsorge verankert wird.
- 954 • Wir wollen, dass Präventionsprogramme in Kitas, Schulen und Betrieben ausgebaut
955 und gefördert werden.
- 956 • Wir wollen verpflichtende Unterstützungsangebote in Schulen, Universitäten und Un-
957 ternehmen, um frühzeitig psychische Belastungen abzufangen.
- 958 • Wir wollen, dass Bewusstsein für psychische Erkrankungen stärken sowie Vorurteile
959 abbauen durch bundesweite Kampagnen dadurch sollen Betroffene ermutigt werden,
960 sich frühzeitig Hilfe zu suchen.
- 961 • Wir wollen, dass bundesweit “Krisenbewältigung Zentren” eingerichtet werden, die
962 Menschen in akuten Lebenskrisen wie Scheidung, Jobverlust oder familiären Konflik-
963 ten eine unverbindliche Erstberatung und Orientierung bieten.
- 964 • Wir wollen den Ausbau und die stärkere Förderung von Selbsthilfegruppen als wichti-
965 gen Bestandteil der psychischen Gesundheitsversorg

966

967

968 **Nationale Demenzstrategie konsequent umsetzen**

969 Die nationale Demenzstrategie „Teamgeist für Menschen mit Demenz“ ist ein wichtiger
970 Schritt. Die Weiterentwicklung und konsequente Umsetzung der gesetzten Ziele ist ein abso-
971 lutes Muss für die Betroffenen und deren Angehörige. Demenz war viel zu lange ein
972 Tabuthema, und es gab nicht ausreichend Aufmerksamkeit für die immer höher werdende
973 Anzahl an Betroffenen. Demenzerkrankten muss so lange wie möglich ein selbstbestimmtes
974 Leben ermöglicht werden. Die Pflege im Alter setzt kompetente und spezialisierte Fachkräfte
975 voraus.

976

- 977 • Wir wollen eine ausreichende Bereitstellung von Mitteln für **Prävention und Aufklärung** über die Krankheit.
- 978
- 979 • Wir wollen den **Aufbau von lokalen Allianzen** vorantreiben.
- 980 • Wir wollen, dass Menschen mit Demenz und deren Angehörige in **Beteiligungsverfahren** berücksichtigt werden, z. B. bei der Entwicklung von Quartiersmanagement.
- 981
- 982 • Wir wollen **digitale Strukturen** schaffen, die eine aufsuchende Beratung fördern und Informationsplattformen bereitstellen.
- 983
- 984 • Wir wollen, dass mehr **Sensibilisierungsprogramme** mit den öffentlich-rechtlichen Medien entwickelt werden.
- 985
- 986 • Wir wollen **kulturelle Angebote für Demenzerkrankte** stärken, z. B. in einer besseren Vernetzung mit Bibliotheken.
- 987

988
989

Arbeitsmarkt der Zukunft

991 Leistungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit in allen Branchen sind elementare Kriterien für eine gute Arbeitswelt. Die Integration aller Bürger*innen in eine gute Arbeitswelt ist unser zentrales Ziel. Wir müssen plurale Erwerbsformen berücksichtigen und für einen selbstbestimmten beruflichen Lebenslauf werben. Den technologischen Wandel müssen wir nutzen, um eine bessere Gestaltung von Arbeit voranzubringen. Innovative und demokratische Unternehmen bieten individuelle Formen der Teilhabe von Beschäftigten in Betrieben an. Eine Kürzung der Mittel für die Qualifizierung und Weiterbildung bei der Arbeitsagentur lehnen wir ab.

- 999 • Wir wollen eine **Aufstockung der Eingliederungsmitteln** der Jobcenter, um Maßnahmen von soziale Trägern zur Beschäftigung- und Berufsqualifizierung von langzeitarbeitslosen stärker zu fördern.
- 1000
- 1001 • Wir wollen den Ansatz des lebenslangen Lernens in der Arbeitswelt verankern, daher müssen wir in die **Stärkung von Qualifikationen und bessere Aufstiegschancen** investieren.
- 1002
- 1003 • Wir wollen ein **Recht auf Weiterbildung**.
- 1004
- 1005 • Wir wollen eine ressortübergreifende **Innovations-, Forschungs- und Transferstrategie**.
- 1006
- 1007 • Wir wollen kleinere und mittlere Unternehmen mit verlässlichen digitalen Strukturen versorgen. **Dezentrale Beratungsangebote** sind wichtig, um Start-Ups und Co-Working-Modelle vor allem in ländlichen Räumen zu sichern.
- 1008
- 1009 • Wir wollen die **Finanzierung und Fördermöglichkeiten für Kultur- und Kreativschaffende** ausbauen.
- 1010
- 1011 • Wir wollen uns verstärkt für das besondere Potenzial der **Software- und Gaming-Industrie** stark machen.
- 1012
- 1013 • Wir wollen gute Strukturen für **internationale Vernetzung und den Kreativstandort Deutschland** herstellen. Hier gilt es insbesondere die grenzüberschreitende Entwicklung in den Fokus zu nehmen.
- 1014
- 1015 • Wir wollen das **Aufstiegs-BAföG** fortlaufend weiterentwickeln, um die Aufstiegsmöglichkeiten von Beschäftigten in allen Berufen zu fördern.
- 1016
- 1017 • Wir wollen **Eingliederungsprogramme für Langzeitarbeitslose** und ehemalige Strafgefangene weiterentwickeln und verbessern.
- 1018
- 1019 • Wir wollen **in neuen Berufsbildern** sowie in der Transformation von Berufen und in der IT-Branche das **Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit** verankern. Mädchen und Frauen müssen besonders gefördert werden, damit alle einen gleichberechtigten Zugang zu neuen Berufen erfahren.
- 1020
- 1021 • Wir wollen, dass neue **Arbeitszeit- und Arbeitsortformen in einen gesetzlichen Regelungsrahmen** überführt werden. Dieser Rahmen muss vor Überforderung und Entgrenzung schützen, aber auch genügend Freiraum für die individuelle Ausgestaltung der Arbeit lassen.
- 1022
- 1023
- 1024
- 1025
- 1026
- 1027
- 1028
- 1029

- 1030
1031
1032
1033
1034
1035
1036
1037
1038
1039
1040
1041
1042
1043
1044
1045
- Wir wollen eine **Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten von Mitarbeiter*innen**, wenn neue Technologien und Verfahren eingeführt werden. Die Möglichkeiten müssen praxisorientiert sein und Folgeabschätzungen mit bewerten.
 - Wir wollen eine **flächendeckende Tarifbindung** und **mehr Mitbestimmungsrechte** der Beschäftigten. Um diese Stärke auch in Zeiten des Wandels erhalten zu können, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen vom Gesetzgeber. Für Unternehmen und Beschäftigte sollen Anreize für einen Verbands- bzw. Gewerkschaftsbeitritt geschaffen werden.
 - Wir wollen die Aufnahme **neuer Mitbestimmungsrechte** zu Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung und KI sowie Internationalisierung in das Betriebsverfassungsgesetz.
 - Wir wollen eine **Erleichterung des Verfahrens** zur **Allgemeinverbindlichkeitserklärung** geltender Tarifverträge sowie die Erstreckung regional allgemeinverbindlicher Tarife auf Entsendefirmen.
 - Wir wollen, dass Gewerkschaftsmitglieder ihren **Gewerkschaftsbeitrag** zusätzlich zum Arbeitnehmer-Pauschbetrag **steuerlich geltend** machen können.

1046

1047

1048 **Kinderarmut bekämpfen**

1049 Ein Grund für Kinderarmut ist meist die Arbeitslosigkeit der Eltern. Alleinerziehende haben
1050 oft nicht genug Geld, um den Alltag zu bewältigen. Weil es kaum Betreuungsmöglichkeiten
1051 für das Kind gibt, müssen sie in Teilzeit arbeiten und fallen dann schnell unter die Armuts-
1052 grenze. Kita nur bis zwölf, Schulschluss um eins – was in Dänemark undenkbar wäre, ist bei
1053 uns für viele Menschen Alltag. Die Einführung der Kindergrundsicherung war zwar ein Schritt
1054 in die richtige Richtung. Sie ist aber viel zu bürokratisch ausgestaltet und mit einer zu gerin-
1055 geren Finanzierung ausgestattet.

1056

- 1057
1058
1059
1060
1061
1062
1063
1064
1065
1066
1067
1068
1069
1070
- Die Finanzierung der **Kindergrundsicherung muss verbessert** und die Verwaltung anders organisiert werden z.B. in dem die Arbeitsagentur dies übernimmt.
 - Wir wollen kostenlose **Betreuungsmöglichkeiten** für Kinder schaffen, damit Eltern das Familienleben besser planen können.
 - Wir wollen Kindern einen **kostenlosen Zugang zu Schwimmbädern und Theatern** ermöglichen. Mit einer entsprechenden Bundesförderung hätten auch Kinder aus einkommensschwachen Familien Zugang zu Sport, Spaß und Kultur, statt sich gesellschaftlich ausgegrenzt zu fühlen.
 - Wir wollen einen niedrigschwelligen **Zugang zu einer Ombudsstelle für alle Kinder**.
 - Wir wollen einen **kostenlosen Zugang zu Sport- und Kulturangeboten** für Kinder. Mit einer entsprechenden Förderung haben auch Kinder aus geringverdienenden Familien die Möglichkeit umfassender gesellschaftlicher Teilhabe.
 - Wir wollen, dass **jedes Kind einen Kitaplatz** bekommt und die Kosten der Kitabetreuung in Gänze vom Staat übernommen werden.

1071

1072

1073

1074

1075

1076

1077

1078

1079 **Klimaschutzpolitik muss sozial und gerecht für zukünftige** 1080 **Generationen sein**

1081 Nichts ist so teuer wie kein Klimaschutz. Die Kosten der Klimaschäden durch extreme Wette-
1082 rereignisse steigen unaufhörlich. Hitzeperioden, Jahrhundertfluten und Dürrekatastrophen
1083 sind bereits Realität und verdeutlichen, dass wir handeln müssen. Schleswig-Holstein, als
1084 Land zwischen den Meeren, ist besonders anfällig für die Folgen des Klimawandeln. Stei-
1085 gende Meeresspiegel, häufigere Sturmfluten und Küstenerosion stellen eine direkte Bedro-
1086 hung für unsere Küstenregionen und die dort lebenden Menschen dar. Um diese Herausfor-
1087 derungen zu meistern, bedarf es einer nationalen Kraftanstrengung.

1088
1089 Ohne umfassende Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen werden die finanziellen und
1090 menschlichen Kosten weiter ansteigen. Wir müssen jetzt konsequent handeln, um die Frei-
1091 heit und Lebensqualität zukünftiger Generationen zu sichern. Das Jahr 2023 markierte mit
1092 seinen extremen Temperaturen das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen, und auch
1093 das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens ist gefährdet. Jede Erwärmung um ein
1094 Zehntelgrad bringt uns näher an die Kippunkte unseres Klimasystems. Das Überschreiten
1095 dieser Kippunkte würde gravierende Konsequenzen für alle Lebensbereiche mit sich brin-
1096 gen. Eine Aufweichung von Klimaschutzgesetzen ist daher fahrlässig und gefährdet die Zu-
1097 kunft unserer Kinder und nachfolgender Generationen. Kinder, die heute geboren werden,
1098 werden im Laufe ihres Lebens deutlich mehr extreme Wetterereignisse erleben als frühere
1099 Generationen. Wir als SSW stehen für das globale Denken und regionale Handeln, um die
1100 Herausforderungen des Klimawandels meistern zu können.

1101
1102 Zudem zeigt sich, dass der Klimawandel ein zunehmend wichtiger Faktor für Migration wird,
1103 weil er Gebiete mit für Menschen bewohnbaren Durchschnittstemperaturen schrumpfen
1104 lässt. Dies erschwert die Besiedlung in manchen Regionen oder macht sie gar unmöglich.
1105 So leiden Bevölkerungsgruppen im globalen Süden, die am wenigsten zum Klimawandel bei-
1106 tragen, oft am stärksten unter seinen Folgen.

1107 In diesem Zusammenhang ist es auch unumstritten, dass der Klimawandel die Gesundheit
1108 belastet. Dabei gefährdet Hitze vor allem chronisch Kranke, Kleinkinder, alleinstehende und
1109 ältere Menschen.

1110
1111 Für uns steht fest: Unser Energiesystem muss auf erneuerbaren Energien wie Sonne und
1112 Wind basieren, anstatt auf fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl und Gas. Gleichzeitig müssen
1113 wir unsere Bau- und Sanierungspolitik grundlegend neu ausrichten, um die großen Ressour-
1114 cenverbräuche im Gebäudesektor zu reduzieren. Nachhaltiges Bauen und Sanieren bedeu-
1115 tet nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch, dass klimafreundliches Wohnen
1116 für alle zugänglich bleibt.

1117
1118 Dabei müssen die Kosten des Klimaschutzes gerecht verteilt werden. Die stärkeren Schul-
1119 tern müssen die schwerste Last tragen, während wir sicherstellen, dass Menschen mit gerin-
1120 gem Einkommen nicht überproportional belastet werden. Statistisch betrachtet verursachen
1121 insbesondere Menschen, die über Vermögen oder hohes Einkommen verfügen, mehr Treib-
1122 hausgasemissionen. **Soziale Klimaschutzpolitik ist ein zentraler Bestandteil und die Vo-
1123 raussetzung, dass unserer Klimaschutzpolitik umgesetzt werden kann.** Niemand darf
1124 zurückgelassen werden; jeder muss an der Transformation teilhaben können. Unsere Politik
1125 für den Klimaschutz stellt sicher, dass niemand zurückgelassen wird.

1126
1127

1128 **Klimaschutz endlich ernstnehmen - Global denken, regional Handeln**

- 1129 • Wir wollen, dass der Bund sich zum Pariser Klimaabkommen von 2015 bekennt und
1130 die notwendigen Maßnahmen umsetzt, um die Ziele des Abkommens einzuhalten.
1131 Das **1.5-Grad-Ziel** darf nicht überschritten werden!
- 1132 • Wir wollen, dass Deutschland bereits **deutlich vor 2045 klimaneutral** wird. Idealer-
1133 weise schon möglichst bis 2035, wenn technisch und sozialverträglich möglich ist.

- 1134 • Wir wollen, dass der Kohleausstieg sozialverträglich und schneller als bisher beab-
1135 sichtigt umgesetzt wird, idealerweise bis 2030.
- 1136 • Wir wollen, dass kein neues **Gasfeld vor Borkum erschlossen** wird. Dieses Vorha-
1137 ben gefährdet nicht nur das UNESCO-Welterbe Wattenmeer, sondern ebnet auch
1138 den Weg für weitere fossile Investitionen.
- 1139 • Wir wollen **nationale und flächendeckende Hitzeschutzpläne**, Schaffung von
1140 Grünflächen in Städten zur Reduzierung der Hitzebelastung und die Entwicklung hit-
1141 zeresistenter Infrastruktur fördern.
- 1142 • Wir wollen, dass das **deutsche Lieferkettengesetz** weiterhin so unbürokratisch wie
1143 möglich gestalten. Deutsche Unternehmen tragen auch in ihren Zulieferbetrieben im
1144 Ausland Verantwortung für die Einhaltung von Umweltstandards und Menschenrech-
1145 ten.
- 1146 • Wir wollen, dass die **Forschung und Innovation** in den Bereichen der Klimaneutrali-
1147 tät, Kreislaufwirtschaft und klimagerechtes Wirtschaften stärker gefördert werden.

1148 **Ein sozialverträglicher Klimaschutz ist möglich**

1149
1150 Das Spannungsfeld zwischen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit gewinnt zunehmend
1151 an Bedeutung. Oft werden sie gegeneinander ausgespielt. Teilhabe und die soziale Gestal-
1152 tung sind zentrale Bestandteile einer guten Klimaschutzpolitik. Sie sind unabdingbar für die
1153 Akzeptanz des notwendigen Transformationsprozesses und den Zusammenhalt der Gesell-
1154 schaft. Die Kosten des Klimaschutzes und die Folgen des Klimawandels dürfen Menschen
1155 mit geringem Einkommen nicht zusätzlich belasten. Für den SSW ist klar: ein sozialverträgli-
1156 cher Klimaschutz ist möglich und der einzige Weg hinzu einer sozialen und klimaneutralen
1157 Gesellschaft.
1158

- 1159
1160 • Wir wollen, dass die steigende CO₂-Steuer sozialverträglich ausgestaltet wird. Ein
1161 **Pro-Kopf-Klimageld** entlastet private Haushalte und belohnt umweltbewusstes Ver-
1162 halten. Dieses Modell sieht vor, dass die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung direkt
1163 an die Bürger zurückgegeben werden. Der Klimabonus nach österreichischem Vor-
1164 bild könnte hier als Lösungsansatz dienen.
- 1165 • Wir wollen eine gerechte Finanzierung des Klimaschutzes, die Unternehmen, die be-
1166 sonders hohe CO₂-Emissionen verursachen, stärker in die Verantwortung nimmt.
1167 Diese Einnahmen sollen gezielt in soziale und ökologische Maßnahmen investiert
1168 werden.
- 1169 • Wir wollen, dass überflüssige klimaschädliche Subventionen beendet werden. Die
1170 Subventionen setzen nicht nur die falschen Anreize, sie verstärken zusätzlich häufig
1171 die bereits bestehenden Einkommensunterschiede.
- 1172 • Wir wollen, dass Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften in die sozial-ökolo-
1173 gische Transformation unseres Wirtschaftssystems beteiligt werden. Sie wissen am
1174 besten, wie die Transformation gelingen kann.
- 1175 • Wir wollen stärkere Investitionen in Aus- und Weiterbildungsprogramme, um Beschäf-
1176 tigte für die Anforderungen einer klimaneutralen Wirtschaft zu qualifizieren.

1177 **Nachhaltig Bauen und Sanieren: Ressourcen schonen und Klimaneutralität er- 1178 reichen**

1179 Der Gebäudesektor ist einer der größten Ressourcenverbraucher und trägt erheblich zur
1180 Emission von Treibhausgasen bei. Daher müssen wir unsere Bau- und Sanierungspolitik
1181 grundlegend neu ausrichten, um den Klimazielen gerecht zu werden und die Umwelt zu
1182 schonen. Unsere Vision ist eine nachhaltige Baupolitik, die auf Effizienz, Langlebigkeit,
1183 Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität setzt.
1184 Dabei ist es uns wichtig, dass die Lasten der Transformation hin zu einer klimagerechten und
1185 ressourcenschonenden Bauweise nicht allein von den Bürgerinnen und Bürgern getragen
1186 werden. Eine gerechte Verteilung der Kosten und eine verlässliche staatliche Förderung sind
1187
1188

1189 notwendig, um sicherzustellen, dass der Übergang für alle gesellschaftlichen Gruppen trag-
 1190 bar ist. So gestalten wir eine Baupolitik, die nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtig-
 1191 keit vereint.

- 1192
 1193 • Wir wollen eine **massive Steigerung der energetischen Sanierungsrate** für Ge-
 1194 bäude. Dafür muss es eine bessere finanzielle Förderung und eine aktive Fachkräfte-
 1195 gewinnung geben.
 1196 • Wir wollen eine **optimale Verzahnung** von Fördermaßnahmen mit der entsprechen-
 1197 den Wärmenetzplanung. Hierbei wollen wir, dass die Fördermaßnahmen für grüne
 1198 Nah- und Fernwärmenetze Vorrang haben.

- 1199 • Wir wollen, dass der **Bund die notwendigen Fördermittel** bereitstellt, um Betreiber
 1200 von Wärmenetzen und deren Kunden Planungssicherheit zu geben.

- 1201 • Wir wollen, dass die **Sanierung von Gebäuden über Neubauten** steht. Langfristig
 1202 verursachen Neubauten durch ‚graue Emissionen‘ mehr Emissionen als Sanierun-
 1203 gen.
 1204 • Wir wollen gezielte Förderprogramme für energieeffiziente Gebäudesanierungen, die
 1205 insbesondere Mieterinnen und Mieter sowie Menschen mit geringem Einkommen un-
 1206 terstützen. So sorgen wir dafür, dass klimafreundliches Wohnen nicht zum Luxusgut
 1207 wird, sondern für alle zugänglich bleibt.
 1208 • Wir wollen das **Abfallaufkommen im Bausektor verringern**. Eine Kreislaufwirt-
 1209 schaft fördert die effiziente Nutzung von Ressourcen und kann die Emissionen lang-
 1210 fristig reduzieren.
 1211 • Wir wollen, dass die **Nutzung von nachhaltigeren Baustoffen** vermehrt erforscht
 1212 und gefördert wird.
 1213 • Wir wollen, dass bei der Beantragung von Fördermitteln für Neubau und Sanierung
 1214 als zusätzliches Kriterium für die Förderfähigkeit eine **Betrachtung des Lebenszyk-**
 1215 **lus** eines Bauwerkes mitgedacht wird.

1216

1217

1218 **Konsequente Umsetzung der Energiewende**

1219 Unser Ziel muss es sein, entstehende CO₂-Emissionen durch die Verbrennung von fossi-
 1220 len Energieträgern so konsequent wie möglich zu vermeiden. In Schleswig-Holstein sind wir
 1221 mit der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien schon weit gekommen. Leider finan-
 1222 zieren die Schleswig-Holsteiner dies alleine. Wir müssen aber auch im Blick behalten, dass
 1223 die Energiewende nicht nur eine Stromwende ist, sondern wir auch weitere CO₂-neutrale
 1224 Energieträger, wie Biomethan oder grünen Wasserstoff in ausreichender Menge benötigen.

1225

- 1226 • Wir wollen, dass die **noch übrigen Kohlekraftwerke** konsequent abgeschaltet wer-
 1227 den, wenn der Ausbau der Erneuerbaren Energiegewinnung voranschreitet.
 1228 • Wir wollen, nach **dänischem Vorbild**, viel stärker auf Biomethan als Erdgasersatz
 1229 setzen, um die CO₂-Emissionen zu senken. Hierfür brauchen wir leistungsfähige Bio-
 1230 gasanlagen und eine Flexibilisierung der Gesetzgebung, um den Einsatz nachwach-
 1231 sender Rohstoffe zu Gunsten von Abfallstoffen zu reduzieren. So wird Biogas noch
 1232 nachhaltiger und wirtschaftlicher.
 1233 • Wir wollen Planungssicherheit für die Biogasbauern im Land, wie es nach dem Aus-
 1234 laufen der EEG-Förderung für sie weitergehen kann. Dafür muss das Biogas als fle-
 1235 xible Energiequelle auch Berücksichtigung in Planungen des Bundes, wie dem Kraft-
 1236 werkssicherungsgesetz finden.

- 1237 • Wir wollen erneuerbare Energien da, wo sie Sinn machen. **Große Freiflächen-PV-**
 1238 **Anlagen** dürfen nicht in Konkurrenz treten zur landwirtschaftlichen Nutzung wertvol-
 1239 ler Flächen. Hier erwarten wir eine stärkere Regulierung, den Ausbau dürfen wir nicht
 1240 unkontrolliert dem Markt überlassen.
- 1241 • Wir wollen die **Produktion von grünem Wasserstoff** aus überschüssigem Strom vo-
 1242 ranbringen. Dafür muss der Strom bis mindestens 2028 netzentgeltfrei bleiben, um
 1243 den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu fördern. Nur mit ausreichend grünem
 1244 Wasserstoff kann es uns gelingen, Industrie und Verkehr zu dekarbonisieren.
 1245

1246

1247 **Schnelleren Netzausbau und Netzentgelte senken:**

- 1248 • Wir wollen eine **Aufteilung des Strommarktes** in verschiedene und die Einrichtung
 1249 von Strompreiszonen nach skandinavischem Vorbild. Das würde die Stromkosten der
 1250 Schleswig-Holsteiner massiv verringern.
- 1251 • Wir wollen, dass die Netzentgelte weiter vereinheitlicht werden, um auch den Süden
 1252 angemessen an den **Kosten der Energiewende** zu beteiligen. Es kann nicht sein,
 1253 dass die Stromkosten da am höchsten sind, wo der günstigste Strom produziert wird.
- 1254 • Wir wollen das **Stromleitungsnetz ausbauen**. Dies soll nicht nur dem Transport un-
 1255 serer erneuerbaren Energie in andere Regionen Deutschlands dienen, sondern ist
 1256 vor allem eine unabdingbare Voraussetzung dafür, Schleswig-Holstein attraktiv für
 1257 neue Industrieansiedlungen zu machen, die auf erneuerbare Energie angewiesen
 1258 sind. Dabei muss ein direkter Anschluss von Industriekunden wie beispielsweise
 1259 Northvolt] bedacht werden. Mit dem Ausbau wollen wir Abregelungen von Grünstrom-
 1260 anlagen verringern.
- 1261 • Wir wollen einen **konsequenten Einspeisevorrang** für Strom aus erneuerbaren
 1262 Energien.
- 1263 • Wir wollen die **Sektorenkopplung** weiter ausbauen. Die dafür benötigten Technolo-
 1264 gien müssen gefördert werden, Forschung und Entwicklung müssen vorangebracht
 1265 werden. Hier muss der Bund durch entsprechende Förderprogramme Anreize schaf-
 1266 fen.
- 1267 • Wir wollen **attraktive Rahmenbedingungen** schaffen für Aufstellung und Betrieb von
 1268 Batteriegroßspeichern, vor allem an Standorten mit vorhandener Strom-Infrastruktur.
- 1269 • Wir wollen, dass attraktive Rahmenbedingungen für **Bürger*innenenergieparks** ge-
 1270 schaffen werden, um die Akzeptanz der Energiewende vor Ort zu erhöhen.

1271

1272

1273 **Ladeinfrastruktur ausbauen**

1274 Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität muss als gesellschaftliche und staatliche
 1275 Aufgabe begriffen werden.

1276

- 1277 • Wir wollen einen **konsequenten weiteren Ausbau von E-Schnellladern** für PKW
 1278 und LKW. Den begonnenen Ausbau an den Autobahnen muss der Bund weiter voran-
 1279 treiben. Der Ausbau muss dabei schneller sein als die Bedarfe steigen, um Anreize
 1280 für die Elektromobilität zu schaffen.
- 1281 • Um einen schnellen **Umstieg auf die E-Mobilität** zu fördern, soll der Bund gewähr-
 1282 leisten, dass die Ladeinfrastruktur bis 2035 so weit ausgebaut ist, dass der Betrieb

1283 von E-Kraftfahrzeugen überall in Deutschland problemlos möglich ist. Dazu muss
 1284 sich der Bund auch als Auftraggeber für den Aufbau der Infrastruktur einbringen und
 1285 entsprechende Aufträge vergeben.

- 1286 • Der Bund muss ein Förderprogramm auflegen, um Anreize zu schaffen, damit der
 1287 Ausbau auch in den **Städten zügig vorangeht**.
- 1288 • Wir wollen, den **Bau von Ladesäulen an Mehrfamilienhäusern** steuerlich fördern.

1289
 1290

Bürgerinnen und Bürger bei der Wärmewende nicht alleine lassen.

1292 Um einen schnellen Umstieg auf das CO₂-freie Heizen von Wohnungen zu fördern, soll der
 1293 Bund gewährleisten, dass Wärmenetze dort (aus-)gebaut werden, wo sie ökologisch sinnvoll
 1294 sind. Dazu muss sich der Bund auch als Auftraggeber für den Auf- beziehungsweise Ausbau
 1295 der Wärmenetze einbringen und entsprechende Aufträge vergeben. Der Aufbau der dazu
 1296 notwendigen Strukturen und erste Baumaßnahmen sollen in der kommenden Wahlperiode
 1297 erfolgen. Es müssen Lösungen entwickelt werden, anstatt nur Daten vorzugeben, wann und
 1298 wie die Menschen ihre Wärmeversorgung auf klimaneutral umstellen müssen. Es ist wichtig,
 1299 dass wir die Bürgerinnen und Bürger bei der zukünftigen Wärmeversorgung nicht alleine las-
 1300 sen. Zudem muss auch dort, wo eine Fernwärmeversorgung sichergestellt werden kann, bei
 1301 den Preisen eine soziale Komponente eingeplant werden. Das Wohnen muss bezahlbar
 1302 sein; da gehört das Heizen mit dazu.

- 1303
- 1304 • Wir wollen, dass der **Ausbau der Wärmenetze** als gesellschaftliche und staatliche
 1305 Aufgabe betrachtet wird.
- 1306 • Wir wollen, dass alle **Neubauten des Bundes zwingend mit PV-Anlagen** ausgestat-
 1307 tet werden sollen. Bei Sanierungen im Immobilienbestand des Bundes ist der Einbau
 1308 von PV-Anlagen zwingend zu prüfen.

- 1309 • Wir wollen, dass der **Bund ein Kompetenzzentrum** aufbaut, welches Gemeinden
 1310 bei der Ausarbeitung von Wärmekonzepten berät.

- 1311 • Wir wollen, dass der Bund die **Preisentwicklung von Fernwärme stärker über-**
 1312 **wacht** als bisher.

- 1313 • Wir wollen, dass der **Bund/Staat mit gutem Beispiel vorangeht** und den Einsatz
 1314 von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) auf Dächern von öffentlichen Gebäuden for-
 1315 ciert.

1316
 1317
 1318
 1319
 1320
 1321
 1322
 1323
 1324
 1325
 1326
 1327
 1328
 1329
 1330
 1331
 1332

1333 **Schleswig-Holstein kommt zu kurz bei den Investitionen in** 1334 **der Verkehrsinfrastruktur**

1335 Schleswig-Holstein braucht eine moderne Infrastruktur, um die gesellschaftliche Transforma-
1336 tion zum klimaneutralen Industrieland zu bewältigen und die Klimaziele zu erreichen. Dafür
1337 sind erhebliche Investitionen des Bundes nötig. Eben diese Investitionen sind in den letzten
1338 Jahrzehnten in Schleswig-Holstein nicht erfolgt. Das Ergebnis ist eine marode Infrastruktur
1339 des Bundes im Norden. Sowohl bei der Straße, Schiene und Wasserstraße sind die ver-
1340 säumten Investitionen für die Menschen jeden Tag sichtbar.

1341 Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen zur
1342 Arbeit kommen, sich versorgen und soziale Kontakte pflegen können. Sie ist unerlässlich,
1343 wenn es darum geht, Unternehmen und Betriebe mit Arbeitsmitteln zu beliefern und deren
1344 Produkte zu den Märkten zu bringen. Sie ist ebenfalls eine Lebensader für den Tourismus
1345 im Land; gerade der öffentliche Verkehr spielt hier eine herausragende Rolle.

1346
1347 Klar ist auch, damit wir unsere Klimaziele erreichen, muss auch der CO₂-Ausstoß im Ver-
1348 kehrssektor konsequent gesenkt werden. Nur eine konsequente Verkehrswende kann erfolg-
1349 reich sein. Dies kann durch Verkehrsverlagerung und -vermeidung, Effizienzsteigerung bei
1350 allen Verkehrsträgern und stärkeren Einsatz von Elektromobilität erreicht werden. Dafür müs-
1351 sen wir die Modernisierung und Ausbau der Bahn weiter vorantreiben. Sicher ist: Die Bahn
1352 wird erst dann eine echte Alternative zum Individualverkehr werden, wenn sie funktioniert
1353 und attraktiv für die Menschen in der Stadt und auf dem Land ist. Besonders auf dem Land
1354 müssen wir jedoch weiterdenken. Nicht jedes Dorf hat einen Bahnanschluss und wird ihn
1355 auch nicht bekommen. Auch diese Menschen müssen wir im Blick behalten und ihnen Mobi-
1356 litätsangebote machen. Für uns steht fest: Mobilität ist ein öffentliches Gut. Sie muss zu-
1357 gänglich und bezahlbar für die Menschen sein. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein einen
1358 öffentlichen Verkehr bekommt, der diesem Anspruch gerecht wird. Unser Anspruch ist, dass
1359 der Bund seiner Rolle bei Verkehrswende erfüllt.

1360
1361

1362 **Mehr Investitionen des Bundes in den öffentlichen Verkehr**

1363 Der öffentliche Verkehr Teil der Daseinsvorsorge. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Men-
1364 schen im Land, denn sie ermöglicht die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben, an
1365 Kommunikation, Bildung und am Arbeitsleben. Mobilität ist für viele Menschen die Vorausset-
1366 zung für ihre Existenzsicherung. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der Schie-
1367 nenpersonennahverkehr (SPNV) müssen deshalb auch in Zukunft für alle bezahlbar sein,
1368 und es muss ein dichtes Netz von ÖPNV-Verbindungen geknüpft werden. Dabei muss die
1369 Bahn eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden, denn sie ist das
1370 umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Wir wollen dafür die Förderung von leistungsfähigen und
1371 nachhaltigen Lösungen im ÖPNV ausbauen, dazu gehören besonders schienengebundene
1372 und autonome Systeme.

1373
1374
1375
1376
1377
1378
1379
1380
1381
1382
1383
1384

- Wir wollen, dass der Bund deutlich **mehr Geld für Infrastruktur** bereitstellt. Das be-
trifft sowohl den Erhalt bei Straße, Schiene und Wasserstraße sowie den unumgäng-
lichen Aus- und Neubau bei der Schiene.
- Wir brauchen mehr **Verlässlichkeit bei der Finanzierung** unserer Infrastruktur. Wir
fordern deshalb die Einrichtung eines überjährigen Infrastrukturfonds für Sanierung
und den Aus- und Neubau.
- Wir fordern, dass die Ergebnisse der Verkehrsprognose 2040 für Schleswig-Holstein
in die Erstellung des kommenden **Bundesverkehrswegeplan** einfließen.
- Wir wollen, dass der Bund die Bundesmittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsge-
setz bedarfsgerecht auch über dem bisher geplanten Aufwuchs weiterentwickelt, um
die **Verkehrswende** zu unterstützen. Wir streben an, dass der Bund perspektivisch

- 1385 den Ausbau der Stadtbahn Kiel über die Brücken im Bereich Kiel-Holtenau in den
 1386 Kieler Norden und den Dänischen Wohld fördert.
- 1387 ● Wir stehen hinter dem **Deutschlandtakt** und fordern seine konsequente Umsetzung.
 1388 Dazu zählen für uns auch Neubaustrecken, wie zwischen Hamburg und Hannover.
 - 1389 ● Wir wollen, dass das **Bahnnetz in Schleswig-Holstein verlässlicher** und resilienter
 1390 wird. Deshalb fordern wir den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Stre-
 1391 cke Neumünster-Bad Oldesloe sowie den Bau einer nördlichen Verbindungskurve der
 1392 Strecke Husum-Jübek auf die Strecke Hamburg-Flensburg. Wir wollen, dass der
 1393 Bund Resilienz bei der Kosten-Nutzen-Analyse von Verkehrsprojekten berücksichtigt.
 - 1394 ● Angesichts der veränderten verkehrlichen Entwicklung beim Personen- und Güterver-
 1395 kehr fordern wir eine Überarbeitung der **Ausbaupläne für den Bahnknoten Ham-**
 1396 **burg**. Die Ausbaupläne müssen noch mehr die Bedürfnisse von Regionen außerhalb
 1397 der unmittelbaren Metropolregion widerspiegeln.
 - 1398 ● Wir wollen, dass bei der **Generalsanierung der Strecke Hamburg-Flensburg** die
 1399 Beseitigung von Bahnübergängen und die Geschwindigkeitserhöhung der Strecke
 1400 geprüft werden.
 - 1401 ● Wir wollen, dass die neue **Lindaunisbrücke** schnellstmöglich fertiggestellt wird. Wir
 1402 fordern, dass ein verbindlicher Zeitplan für die Baumaßnahmen vorgelegt wird und
 1403 die zusätzlichen Investitionskosten gesichert werden. Die Schleiregion ist abhängig
 1404 von der Querung, das tägliche Leben der Menschen vor Ort und die Wirtschaftsakte-
 1405 teure sind abhängig von einem funktionierenden Verkehr in der Region.
 - 1406 ● Wir wollen, dass die **Elektrifizierung der Marschbahn** schnellstmöglich erfolgt.
 - 1407 ● Wir wollen, dass das Deutschlandticket als **Sozialticket** zu einem reduzierten Preis
 1408 erhältlich ist. Wir fordern eine bundeseinheitliche Regelung, die zwischen dem Bund
 1409 und den Bundesländern abgestimmt wird.
 - 1410 ● Wir wollen, dass der Bund in der kommenden Wahlperiode des Bundestages eine
 1411 Machbarkeitsstudie für den Ersatzneubau der **Rendsburger Hochbrücke** in Auftrag
 1412 gibt.
 - 1413 ● Wir begrüßen die Machbarkeitsstudie von DB, BMDV und dem Land Schleswig-Hol-
 1414 stein zur **Eisenbahnhochbrücke Hochdonn** und wollen einen bedarfsgerechten
 1415 Ausbau der Marschbahn, der auch die veränderten Güterverkehrsbedürfnisse an der
 1416 Westküste Rechnung trägt. Klar ist für uns, dass der Ausbau für den Güterverkehr die
 1417 Qualität des SPNV auf der Marschbahn nicht beeinträchtigen darf.
 - 1418 ● Wir wollen, dass der **zweigleisige Ausbau der Marschbahn** zwischen Niebüll und
 1419 Westerland sicher in den Bau geht und der Bund die dafür nötigen Finanzmittel be-
 1420 reitstellt. Nach jahrzehntelangem Zögern und Verschieben muss der Bund diesen
 1421 überlasteten Schienenweg, die Lebensader der Insel Sylt, endlich ausbauen. Wir set-
 1422 zen uns deshalb dafür ein, dass die Strecke bei etwaigen Priorisierungen von Aus-
 1423 und Neubauprojekten des Bundes zu den priorisierten Projekten gehört.
 - 1424 ● Wir wollen, dass zwischen **Niebüll und Westerland** mehr SPNV verkehrt als heute.
 1425 Dabei wollen wir insbesondere mehr Kapazitäten für den Personennahverkehr schaf-
 1426 fen.
 - 1427 ● Wir wollen, dass die DB Fernverkehr AG auch in Zukunft **verlässlichen Verkehr** zu
 1428 touristischen Destinationen anbietet. Als Eigentümer der DB AG hat der Bund dafür
 1429 Sorge zu tragen, dass dies bei künftigen Beschaffungen von Zügen beachtet wird.
 1430 Wir wollen insbesondere, dass Dagebüll und damit die Fähren nach Föhr und Amrum
 1431 auch weiterhin an den Fernverkehr der Bahn angebunden sind.

- 1432 ● Wir wollen das **Deutschlandticket** verstetigen. Wir erwarten, dass der Bund sich in
- 1433 einem angemessenen Maße an der Finanzierung beteiligt, um Preissteigerungen
- 1434 möglichst zu vermeiden. Das Deutschlandticket muss bezahlbar bleiben.
- 1435 ● Wir wollen, dass das Deutschlandticket bundesweit um ein **Familienticket** er-
- 1436 gänzt wird. Ein solches Ticket soll Familien eine bezahlbare Möglichkeit bieten,
- 1437 gemeinsam zu reisen, und damit soziale Teilhabe fördern. Aktuell sind die Kosten
- 1438 für mehrere Personen oft eine Hürde, die spontane Mobilität und gemeinsame
- 1439 Unternehmungen erschwert. Ein Familienticket wäre ein wichtiger Schritt hin zu
- 1440 mehr Gerechtigkeit und Klimafreundlichkeit im öffentlichen Nahverkehr.
- 1441 ● Wir wollen, dass der Bund den **Zugang zum ÖPNV** für Berufspendler*innen, Studie-
- 1442 rende, Auszubildende und Menschen in besonderen Lebenslagen gezielt gemeinsam
- 1443 mit den Ländern fördert.
- 1444 ● Wir wollen die **Schiff-Schiene-Kombinationen** ausbauen. Dazu muss eine effizi-
- 1445 ente Entwicklung der Umschlagtechnologien mit guter Schienenanbindung unse-
- 1446 rer Häfen unterstützt werden.
- 1447 ● Wir wollen eine rasche **Sanierung und Modernisierung des Nord-Ostsee-Ka-**
- 1448 **nals**. Dies gilt für den Ausbau, die Schleusen, die Fähren sowie deren Anlege-
- 1449 stellen. Auch das Personal des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes muss auf-
- 1450 gestockt werden.

1451

1452

1453 **Grenzüberschreitenden Verkehr entwickeln**

- 1454 ● Wir wollen, dass die Bundesregierung sich in stärker in die **Gestaltung** des grenz-
- 1455 überschreitenden Verkehrs zwischen Deutschland und Dänemark einbringt. Wir for-
- 1456 dern eine Teilnahme eines Vertreters des BMDVs an allen Sitzungen der Deutsch-
- 1457 Dänischen Verkehrskommission.
- 1458 ● Wir wollen den sogenannten **Jütlandkorridor** in seiner Gänze durch politische Ver-
- 1459 einbarungen und infrastrukturelle Investitionen in Bahn und Straße stärken. Wir wol-
- 1460 len, dass die Bundesregierung die Entwicklung des Jütlandkorridors zusammen mit
- 1461 dem Land Schleswig-Holstein und Dänemark konstruktiv begleitet.
- 1462 ● Wir wollen, dass die Bundesregierung **die Strecke Flensburg-Maschen** bis 2030
- 1463 durchgängig mit dem Europäischen Zugsicherungssystem ERTMS ausstattet. Wir
- 1464 fordern, dass die Bundesregierung auf eine Doppelausrüstung der Strecke Hamburg-
- 1465 Flensburg verzichtet.
- 1466 ● Wir wollen, dass der Bund die Aufrüstung von **Bestandsfahrzeuge** mit ETCS-On-
- 1467 Board-Units fördert.
- 1468 ● Wir setzen uns für die Einrichtung eines neuen **deutsch-dänischen Grenzbahnhof**
- 1469 für den Personenverkehr in Flensburg-Weiche ein. Der Systemhalt an der deutsch-
- 1470 dänischen Grenze sollte möglichst vielen Passagieren zugutekommen.
- 1471 ● Wir wollen, dass der Bund sich aktiv für den **Ausbau des Nachtzugangebotes** in
- 1472 Europa einsetzt und eine Trassenpreisförderung für Nachtzüge insbesondere nach
- 1473 Skandinavien einführt.
- 1474 ● Wir wollen den **grenzüberschreitenden Ausbau des Marschbahnkorridors zwi-**
- 1475 **ischen Esbjerg und Hamburg** erwirken, um verlässliche Verbindungen für den Per-
- 1476 sonenfernverkehr und den Güterverkehr zu erreichen. Hierzu ist eine durchgehende
- 1477 Elektrifizierung der Strecke notwendig. Wir wollen, dass die Bundesregierung ver-
- 1478 bindliche Planungen zusammen mit dem Land Schleswig-Holstein und Dänemark
- 1479 eingeht.

- 1480 • Wir wollen den **Ausbau der B5 (Niebüll) und der Rute 11 (Tønder-Esbjerg)** erwir-
 1481 ken, um eine gute grenzüberschreitende Verkehrsanbindung zu sichern. Wir fordern
 1482 eine gemeinsame Straßeninfrastrukturplanung und die dazugehörigen infrastrukturel-
 1483 len Investitionen, wo die Bundesregierung zusammen mit Dänemark und dem Land
 1484 Schleswig-Holstein die entsprechenden Erweiterungen oder Sanierungen plant.
 1485
 1486

1487 **Straßen erhalten und zielgerichtet ausbauen**

1488 Die Verkehrsinfrastruktur ist eine der Voraussetzungen für eine gute wirtschaftliche Ent-
 1489 wicklung. Doch wir wissen, dass unsere Verkehrsinfrastruktur in großen Teilen saniert wer-
 1490 den muss. Dies muss dringend in den kommenden Jahren passieren, denn wir müssen
 1491 uns auf wachsende Verkehrsströme einstellen. Der Nord-Süd-Verkehr wird weiter wach-
 1492 sen. Wir wollen den „**Jütlandkorridor**“ von Hamburg bis Skagen durch politische Verein-
 1493 barungen und infrastrukturelle Investitionen in Bahn und Straße **stärken**.

- 1494 • Wir wollen, dass dem **Erhalt, Sanierung und Ausbau** bestehender Straßen all-
 1495 gemein **Vorrang** vor dem Bau neuer Strecken zu geben ist.
- 1496 • Wir wollen, dass die **A20** mit westlicher Elbquerung bei Glückstadt konsequent
 1497 **weitergebaut** wird. Damit entlasten wir das Nadelöhr Hamburg und stärken die
 1498 Westküste.
- 1499 • Wir wollen den **Ausbau der Westküstenmagistrale** – A23 und B5 – weiter vo-
 1500 ranbringen. Dieser Verbindung muss mehr Bedeutung zugemessen werden,
 1501 denn sie dient sowohl der wirtschaftlichen Erschließung der Westküste als auch
 1502 der mittel- und langfristigen Entlastung der A7.
- 1503 • Wir wollen ein **Überholverbot für LKW** zwischen dem Bordesholmer Dreieck
 1504 und der dänischen Grenze ein.
- 1505 • Wir wollen die **Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung** samt der
 1506 **Fehmarnsundquerung** zügig und **umweltverträglich** umsetzen. Hierbei muss
 1507 der Schall- und Erschütterungsschutz gewährleistet sein.
- 1508 • Wir wollen die **Verkehrssicherheit** in den Städten **verbessern**, indem die Nach-
 1509 rüstung mit **Abbiegeassistenten** für LKW und Busse vorgeschrieben wird.
- 1510 • Wir lehnen Lang-LKW ab und setzen uns für ein Ende der Ausnahme-Verordnung
 1511 des BMDV ein. Wir fordern bessere Absprachen mit Dänemark und eine effektive
 1512 Verzahnung der jeweiligen nationalen Güterverkehrskonzepte.

1513 **Planung beschleunigen und Kapazitäten ausbauen**

1514 *Um den Ausbau von Straßen- und Schieneninfrastruktur schneller voranbringen zu können,
 1515 bedarf es eines schlankeren Planungsrechts. Die Planungszeiträume müssen kürzer und
 1516 effektiver sein. Gleichzeitig darf das Beteiligungs- und Klagerecht nicht eingeschränkt wer-
 1517 den.*

1518 *Der Umweltschutz und die individuellen Rechte Betroffener müssen gewährt bleiben. Viel
 1519 mehr sollen digitale Hilfsmittel besser genutzt werden und beteiligte Behörden enger zu-
 1520 sammenarbeiten. Außerdem brauchen die zuständigen Planungsbehörden ausreichend
 1521 Personal.*

- 1522 • Wir wollen, dass **Infrastrukturprojekte** schneller und effizienter geplant und umge-
 1523 setzt werden können. Planungsverfahren müssen dafür digitaler werden.
- 1524 • Wir wollen, dass **Bürger:innen früh in Planungen** für Infrastrukturprojekte eingebun-
 1525 den werden. Das stärkt die Akzeptanz in der Bevölkerung.

- 1529 ● Wir wollen eine **Ausweitung der Maßnahmengesetzgebung** nach dänischem Vorbild,
 1530 bei welcher der Bundestag die Planung durch Gesetz beschließt. Auch hierbei muss wei-
 1531 terhin eine Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben sein. **Die Verkehrswende muss kommen**
 1532 Damit der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor gesenkt werden kann, brauchen wir eine kon-
 1533 sequente Verkehrswende. Dies kann durch Verkehrsverlagerung und -vermeidung, Effi-
 1534 zienzsteigerung bei allen Verkehrsträgern und stärkeren Einsatz von Elektromobilität er-
 1535 reicht werden. Ziel muss es sein, die Modernisierung der Bahn (inklusive des Rollmateri-
 1536 als) voranzutreiben. Es gibt einen Bedarf für einen verlässlichen Deutschlandtakt (positi-
 1537 ves Beispiel ist die Schweiz), damit das Reisen mit der Bahn komfortabler und attraktiver
 1538 wird. Dazu gehört der Ausbau von Verbindungen ebenso wie preiswerte Tickets. Nur
 1539 durch eine Kombination beider Ansätze werden die Passagierzahlen kontinuierlich stei-
 1540 gen.
- 1541 ● Wir wollen **ausreichende Investitionen** in den Ausbau der **Schieneinfrastruktur**.
 1542 Vor allem Güterverkehre müssen konsequent auf die Schiene verlagert werden.
 1543 Insbesondere Multimodal-Transport bietet hier enorme Potenziale und sollte vom
 1544 Bund aktiv gefördert werden. Nur so können wir den Verkehrssektor dekarbonisie-
 1545 ren.
 - 1546 ● Wir wollen, dass **Sanierung und Ausbau von Schienenstrecken** im Nahverkehr
 1547 weiter vorangetrieben werden. Bei der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken
 1548 muss differenziert vorgegangen werden.
 - 1549 ● Wir wollen, dass der Bund das Trassenpreissystem für die Schiene zügig reformiert,
 1550 um Fehlanreize und Verkehrsverlagerungen bei Fern- und Nah- und Güterverkehr zu
 1551 vermeiden.
 - 1552 ● Wir wollen, dass der Bund die Attraktivität von Bahnhöfen und Haltestellen fördert.
 - 1553 ● Wir wollen, dass Bund und Länder die gesetzliche Grundlage für die Regionalisie-
 1554 rungsmittel neu regeln. Ein guter öffentlicher Verkehr braucht eine verlässliche Finan-
 1555 zierungsgrundlage. Das betrifft sowohl den ÖPNV als auch den SPNV. Die alljährli-
 1556 chen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sind dabei nicht zielführend. Be-
 1557 sondern Flächenländer wie Schleswig-Holstein stehen beim Ausbau von ÖPNV und
 1558 SPNV vor besonderen Herausforderungen, die bisher nicht genügend bei der Mittel-
 1559 verteilung berücksichtigt werden.
 - 1560 ● Wir wollen die Innenstädte vom Autoverkehr entlasten. Dafür brauchen wir eine bes-
 1561 sere Verzahnung unterschiedlicher Mobilitätsformen, bei der die Verknüpfung von
 1562 Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr durch Mobilitätsstationen gestärkt wird.
 - 1563 ● Wir wollen, dass der Bund die Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern
 1564 durch entsprechende Förderprogramme zielgerichtet vorantreibt. Wir setzen uns für
 1565 die Realisierung des Innenstadtbahnhofs in Flensburg ein und wollen uns für eine
 1566 Bundesförderung einsetzen.
 - 1567 ● Wir wollen, dass der Bund die Verkehrswende auf dem Land stärker und zielgerichtet
 1568 fördert. Wir wollen, dass Projekte wie SMILE24 durch eine langfristige Förderung ver-
 1569 stetigt werden. Erst durch langfristige und verlässliche finanzierte Angebote werden
 1570 sich Mobilitätsbedürfnisse ändern.
 - 1571 ● Wir wollen ein **generelles Tempolimit von 130 km/h** auf den Autobahnen. Die
 1572 Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen kostet nichts, ist sofort umsetzbar,
 1573 erhöht die Verkehrssicherheit und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz.
 - 1574 ● **Wir wollen**, dass Deutschland sich auch in Europa zu für den Verkehrssektor ver-
 1575 bindlichen Flottengrenzwerten bekennt. Nur so kann die Wende hin zur Elektromo-
 1576 bilität gelingen.
 - 1577 ● Wir wollen, dass der Bund **innovative Verkehrskonzepte** im ländlichen Raum stär-

- 1578 ker und dauerhaft fördert und den Menschen echte Alternativen zum Individualver-
 1579 kehr bietet. Perspektivisch muss es überall im ländlichen Raum neben den Linien-
 1580 bussen auch Anrufbusse und Carsharing-Angebote geben, damit die Menschen
 1581 wirklich die Möglichkeit haben, das eigene Auto stehen zu lassen.
- 1582 ● **Wir wollen** ein gesetzliches Tempolimit von 130 km/h für Kraftfahrzeuge. Die Ein-
 1583 führung eines Tempolimits auf Autobahnen kostet nichts, ist schnell umsetzbar und
 1584 senkt den CO₂-Ausstoß des Verkehrs deutlich.
 - 1585 ● Wir wollen die Dekarbonisierung bei der Mobilität vorantreiben. Wir wollen, dass un-
 1586 sere Züge in Schleswig-Holstein mit den hier produzierten erneuerbaren Energie un-
 1587 terwegs sein können. Deshalb setzen wir uns für die Einspeisung von Windenergie in
 1588 das Bahnstromnetz etwa in Niebüll ein. Wir wollen, dass auch im ländlichen Raum
 1589 genügend Ladesäulen für E-Autos entstehen.
 - 1590 ● Wir wollen einen konsequenten weiteren Ausbau von E-Schnellladern für PKW und
 1591 LKW. Den begonnenen Ausbau, insbesondere an den Autobahnen, muss der Bund
 1592 weiter vorantreiben. Der Ausbau muss dabei schneller sein als die Bedarfe steigen,
 1593 um Anreize für die Elektromobilität zu schaffen.
 - 1594 ● Wir wollen, dass Projekte mit grünem Wasserstoff als Antriebstechnologie für
 1595 Schiffe, Flugzeuge und Schwerlastverkehr vorangebracht werden.

1596
 1597

1598 **Maritime Infrastruktur fördern**

- 1599 ● Wir wollen, dass der Bund auch in einem erheblich größeren Umfang an der Finan-
 1600 zierung unserer Häfen in Schleswig-Holstein beteiligt. Unsere Erwartung ist, dass
 1601 Bund und Land die Entwicklung gemeinsam vorantreiben.
 - 1602 ● Wir wollen, dass vor allem Häfen in Schleswig-Holstein beim Ausbau von Hafenhin-
 1603 terlandanbindungen stärker in den Blick genommen werden. Insbesondere fordern
 1604 wir eine bessere Anbindung des Hafens in Brunsbüttel.
 - 1605 ● Wir wollen eine rasche Sanierung und Modernisierung des Nord-Ostsee-Kanals. Dies
 1606 gilt für den Ausbau, die Schleusen, die Fähren sowie deren Anlegestellen. Auch das
 1607 Personal des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes muss aufgestockt werden.
 - 1608 ● Wir wollen die **Emissionen in der Schifffahrt** auf Grenzwerte, die denen
 1609 an Land entsprechen, indem wir alternative Antriebssysteme fördern. Hier sind ins-
 1610 besondere grüner Wasserstoff, Methanol und Biodiesel in den Fokus zu nehmen.
 1611 Vor allem für den Nord-Ostsee-Kanal wollen wir strenge Grenzwerte einführen. Wir
 1612 wollen, dass der Bund dafür seine Forschungs- und Umrüstungsförderung weiter
 1613 ausbaut.
 - 1614 ● Wir wollen, dass **Landstromverbindungen** in den Häfen verstärkt ausgebaut wer-
 1615 den, um Luftschadstoff- und Lärmemissionen während der Liegezeiten zu verringern.
 1616 Wir fordern, dass dabei auch die kleinen Häfen an der Westküste in den Blick genom-
 1617 men werden.
 - 1618 ● Wir wollen, dass der Bund auch in einem erheblich größeren Umfang an der **Finan-**
 1619 **zierung unserer Häfen** in Schleswig-Holstein beteiligt. Unsere Erwartung ist, dass
 1620 Bund und Land die Entwicklung gemeinsam vorantreiben, **und die Maßnahmen der**
 1621 **Hafenstrategie des Landes Schleswig-Holstein und Nationalen Hafenstrategie**
 1622 **verknüpft werden.**
 - 1623 ● Wir wollen, dass die **Häfen an der Westküste** mit der besonderen Funktion der Da-
 1624 seinsvorsorge für die Inseln und Halligen besondere Berücksichtigung in kommenden
 1625 Strategien und Maßnahmenpaketen bekommen.
- 1626

1627 **Fahrradinfrastruktur modernisieren und Radverkehr fördern**

1628 Das Fahrrad, ob mit oder ohne elektrischen Hilfsantrieb, ist ein emissionsfreies, umwelt-
 1629 freundliches und dennoch schnelles und günstiges Verkehrsmittel, das sehr viel zur Ver-
 1630 kehrsverlagerung beitragen kann – wenn die Infrastruktur stimmt. Hier sind unsere Nach-
 1631 barn in Dänemark und den Niederlanden uns weit voraus. Wir sollten uns an diesen Vorbil-
 1632 dern orientieren, moderne Radwege und ausreichende Abstellmöglichkeiten errichten sowie
 1633 die Sicherheit von Radfahrenden höher priorisieren. Insbesondere auf kürzeren Strecken bis
 1634 5 oder 10 km kann das Fahrrad am ehesten das Auto ersetzen. Lademöglichkeiten für E-
 1635 Bikes und abschließbare Unterstände für Räder inklusive Gepäck (Tourismus, Einkaufspen-
 1636 deln) steigern die Attraktivität des Fahrrads als Verkehrsmittel noch weiter.

- 1637 ● Wir wollen eine **bessere Fahrradinfrastruktur nach dänischem und niederländi-**
 1638 **schem Vorbild.**
- 1639 ● Wir wollen bessere Bike-and-Ride-Angebote. Dafür soll der Ausbau von **Abstell- und**
 1640 **Lademöglichkeiten** für Fahrräder, E-Bikes und Lastenrädern insbesondere in kleine-
 1641 ren Orten gefördert werden.
- 1642 ● Wir wollen, dass der Bund Ladestationen in Dorfzentren (z.B. vor Supermärkten im
 1643 ländlichen Raum) durch ein entsprechendes Förderprogramm unterstützt.
- 1644 ● Wir wollen **die Sicherheit von Radfahrenden** und anderen Verkehrsteilnehmern
 1645 **erhöhen**, z.B. durch ein innerörtliches Tempolimit von 30 km/h auf Straßen, die
 1646 nicht vorrangig dem Durchgangsverkehr dienen.

1647

1648

1649

1650

1651

1652

1653

1654

1655

1656

1657

1658

1659

1660

1661

1662

1663

1664

1665

1666

1667

1668

1669

1670

1671

1672

1673

1674

1675

1676

1677 **Der Küstenschutz in Schleswig-Holstein muss Priorität ha-** 1678 **ben**

1679 Als Land zwischen den Meeren ist Schleswig-Holstein mit seiner Nord- und Ostseeküste
1680 besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels. Steigende Meeresspiegel, häufigere
1681 Sturmfluten und Küstenerosion bedrohen nicht nur die Natur, sondern auch die Lebens-
1682 grundlage der Menschen in der Region. Ein wirksamer Küstenschutz ist deshalb unverzicht-
1683 bar und muss über Ländergrenzen hinweg als nationale und international Aufgabe verstan-
1684 den werden. Nur mit einer entschlossenen Unterstützung durch den Bund können wir die
1685 Deiche und Schutzanlagen nachhaltig sichern und an zukünftige Herausforderungen anpas-
1686 sen.

- 1687 • Wir wollen einen **Beauftragten der Bundesregierung für den Küstenschutz**, um
1688 die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu verbessern.
- 1689 • Wir wollen, dass der Bund sich auch an **internationalen Formaten** und dem Aus-
1690 tausch mit Nachbarländern wie Dänemark im Bereich des Küstenschutzes beteiligt.
1691 Sturmfluten kennen keine Landesgrenzen, deshalb muss der Küstenschutz grenz-
1692 überschreitend gedacht und koordiniert werden.
- 1693 • Wir wollen, dass der **Küstenschutz konsequent** in Klimaanpassungskonzepten des
1694 Bundes mitgedacht werden.
- 1695 • Wir wollen in Zusammenarbeit mit der **Insel- und Halligkonferenz** die Sichtbarkeit
1696 für die besonderen Bedürfnisse der Inseln und Halligen in Schleswig-Holstein im
1697 Bund stärken.
- 1698 • Wir wollen, dass die Bundesregierung regelmäßig über die **Situation an den Küsten**
1699 und die Küstenschutzeinrichtungen informiert, Vergleichbarkeit schafft, Nachholbe-
1700 darf offenlegt und so eine Grundlage für nachhaltige Investitionen des Bundes zur Si-
1701 cherung der deutschen Küsten schafft.

1703 **Nationale Verantwortung im Küstenschutz und gezielte Investitionen**

1704 Klimawandel, steigende Meeresspiegel, mehr Extremwetterlagen und zunehmende Sturmflu-
1705 ten sind Gefahren für unsere Küsten und erfordern entschlossenes Handeln sowie Investitio-
1706 nen in den Küstenschutz. Der Küstenschutz ist Bevölkerungsschutz und damit eine gesamt-
1707 staatliche Aufgabe. Angesichts der Dimension der Herausforderungen, die mit der Sicherung
1708 und Ertüchtigung von Deichen, Dämmen und Abwassersystemen nötig sind, muss der Bund
1709 sich in einem umfassenderen Maße als bisher in den Schutz unserer Küsten einbringen.

- 1710 • Wir wollen einen **regelmäßigen Küstenschutzbericht** des Bundes einführen,
1711 der das Schutzniveau an den deutschen Küsten dokumentiert, den Zustand
1712 der Küstenschutzeinrichtungen überwacht und die Grundlage für nachhaltige
1713 und zielgerichtete Investitionen des Bundes schaffen soll.
- 1714 • Wir wollen, dass der Bund **ausreichend Haushaltsmittel** zur langfristigen Si-
1715 cherung des Küstenschutzes bereitstellt. Dabei ist es unerlässlich, dass der
1716 Bund in Absprache mit den Küstenländern auch Ersatzneubauten und den
1717 Unterhalt bestehender Küstenschutzanlagen und wasserwirtschaftlicher Bau-
1718 werke fördern kann.
- 1719 • Wir wollen, dass unsere **Wasser- und Bodenverbände** gestärkt werden.
- 1720 • Wir wollen einen **Bürokratieabbau beim Küstenschutz**, der es den kommuna-
1721 len Behörden und Wasser- und Bodenverbänden ermöglicht, Küstenschutz-
1722 projekte zielgerichteter, schneller und mit weniger Verwaltungsaufwand umzu-
1723 setzen.
- 1724 • Wir wollen, dass **Küstenschutz und Umweltschutz** in Einklang gebracht
1725 werden.

1726
1727
1728

1729 **Verpflichtende Elementarschadenversicherung und Vorsorge im Katastrophen-** 1730 **fall**

1731 Extreme Wetterlagen und Naturkatastrophen verursachen bereits heute verheerende Schä-
1732 den. Viele Menschen stehen nach solchen Ereignissen vor dem Ruin und oft ohne Versiche-
1733 rungsschutz. Ein verpflichtendes Versicherungssystem, das auf Solidarität basiert, würde
1734 Menschen besser absichern und gleichzeitig die Vorsorge verbessern. Es ist daher dringend
1735 notwendig, bundesweit Standards und Unterstützung für den Katastrophenfall zu schaffen.

- 1736
- 1737 • Wir wollen eine **Elementarschadenversicherung** einführen, die die gesamte
- 1738 Bandbreite der Naturgefahren in Deutschland abdeckt. Dazu gehören zwin-
- 1739 gend auch Sturmfluten an unseren Küsten. Wir wollen, dass die Elementar-
- 1740 schadenversicherung ein verpflichtender Bestandteil der Gebäudeversiche-
- 1741 rungen wird. Wer eine Gebäudeversicherung abschließt, muss in Zukunft
- 1742 auch über eine Elementarschadenversicherung verfügen. Die Gebäudeversi-
- 1743 cherung selbst ist jedoch nicht verpflichtend.
- 1744 • Wir wollen, dass der Schutz vor Naturkatastrophen auf eine solidarische
- 1745 Grundlage gestellt wird. Um extreme Schadensereignisse aufzufangen, wol-
- 1746 len wir einen solidarischen, nationalen Naturkatastrophenfonds nach däni-
- 1747 schem Vorbild aufbauen, der sich aus Beiträgen der Versicherer aus Versi-
- 1748 cherungspolice speist und durch staatliche Garantien abgesichert ist.“
- 1749 • Wir wollen eine **Finanzierung des Katastrophenschutzes** durch einen Soli-
- 1750 daritätsfonds sicherstellen, der auf einer gemeinsamen, staatlich abgesicher-
- 1751 ten Basis steht und Regionen mit hohem Schadensrisiko unterstützt.
- 1752 • Wir wollen den Fonds anteilig für **Präventivmaßnahmen und Klimaanpas-**
- 1753 **sungen** einsetzen, um Risiken für die Bevölkerung zu minimieren und die Wi-
- 1754 derstandsfähigkeit betroffener Gebiete zu erhöhen.
- 1755
- 1756

1757 **Stärkung des Bevölkerungsschutzes unter dem Druck zunehmender Bedro-** 1758 **hungen.**

1759 Unsere Anstrengungen für präventive Maßnahmen und akutes Notfallmanagement müssen
1760 besser zusammengedacht werden. Einerseits müssen wir uns bestmöglich auf Schadenser-
1761 eignisse vorbereiten. Andererseits müssen wir dazu in der Lage sein, im Katastrophenfall
1762 schnell und koordiniert einzugreifen. Spätestens mit dem Beginn des Ukraine-Krieges ist
1763 klar, dass sich die vielfältigen Bedrohungen, vor denen unser Land steht, sich verschärft ha-
1764 ben. Die hybride Bedrohungslage im gesamten Ostseeraum und in der Nordsee fordert un-
1765 ser Handeln. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere kritische Infrastruktur, ob an Land
1766 oder auf See, geschützt ist. Auch die Zunahme von Extremwetterereignissen durch die Fol-
1767 gen des Klimawandels erfordern einen modernen und resilienten Bevölkerungsschutz in
1768 Deutschland. Die Sicherheit unserer Bevölkerung, insbesondere in gefährdeten Küstenregio-
1769 nen, und der Schutz vor Naturkatastrophen müssen zur Priorität werden. Dabei sehen wir
1770 eine engere, überregionale Zusammenarbeit als zentrale Grundlage für eine robuste und zu-
1771 kunftsfähige Gefahrenabwehr. Es gilt, sowohl die personellen als auch die technischen Ka-
1772 pazitäten unserer Einsatzkräfte auszubauen und regionalen Bedürfnissen gerecht zu wer-
1773 den. Der Schutz der Bevölkerung, unserer Küsten und unserer kritischen Infrastruktur ist
1774 eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die jetzt nachhaltige Investi-
1775 tionen und eine zielgerichtete Zusammenarbeit erfordert. Wir brauchen jetzt die Bereitschaft,
1776 die Dinge anzupacken.

- 1777 • Wir wollen eine grundlegende Überarbeitung des **Katastrophenhilfeabkom-**
- 1778 **mens mit Dänemark**, um eine wirksamere, grenzüberschreitende Zusam-
- 1779 menarbeit im Bevölkerungsschutz zu fördern. Gerade in Grenzregionen im
- 1780 Ostseeraum muss einheitliches Handeln in Krisen gewährleistet sein.
- 1781 • Wir wollen eine **bessere Ausstattung** und die gezielte Förderung der Ehren-
- 1782 amtsstrukturen sicherstellen. Einsatzkräfte sollen mit moderner und Ausrüs-

- 1783
1784
1785
1786
1787
1788
1789
1790
1791
1792
1793
1794
1795
1796
1797
1798
1799
1800
1801
1802
1803
1804
1805
1806
1807
1808
1809
1810
1811
1812
1813
1814
1815
1816
1817
1818
1819
1820
1821
- 1783
1784
1785
1786
1787
1788
1789
1790
1791
1792
1793
1794
1795
1796
1797
1798
1799
1800
1801
1802
1803
1804
1805
1806
1807
1808
1809
1810
1811
1812
1813
1814
1815
1816
1817
1818
1819
1820
1821
- tung, Schutzmaterial, digitalen Kommunikations- und Einsatzplattformen arbeiten können. Dazu gehört auch eine Stärkung der Einsatzausbildung und verbesserte Möglichkeiten zur Fortbildung.
- Wir wollen, dass die **Ausstattung von Katastrophenschutzorganisationen** den besonderen Anforderungen in küstennahen Gebieten gerecht wird, um die bestmöglichen Bedingungen für ihre Aufgabenwahrnehmung zu schaffen.
 - Wir wollen schnellere und zentralisierte **Lageerfassungsstrukturen**, damit kommunale Behörden und Einsatzkräfte zentralen Zugriff auf eine einheitliche aktuelle Datenbasis haben, um zeitnah auf Katastrophen reagieren zu können.
 - Wir wollen die **Warnstrukturen** weiter stärken und modernisieren und an erfolgreiche Modelle wie das Sirenenförderprogramm des Bundes anknüpfen.
 - Wir wollen, dass Warnmeldungen in grenznahen Gebieten auf beiden Seiten der Grenze gleich sind. Beim Aufbau der neuen Warn-Plattformen des Deutschen Wetterdienstes und des dänischen Meteorologischen Institut muss dies berücksichtigt werden.
 - Wir wollen **zivile Schutzeinrichtungen** wieder einsatzfähig machen und fordern ein neues Schutzraumkonzept.
 - Wir wollen den **Schutz kritischer Infrastruktur** nach dem All-Gefahren-Ansatz vorantreiben und vor dem Hintergrund der hybriden Gefahrenlage eine verbesserte Abstimmung von Maßnahmen zur Stärkung der physischen Sicherheit und Cybersicherheit. Bei der Umsetzung benötigen wir eine effiziente Informationsteilung zwischen Betreibern von kritischer Infrastruktur und unseren Behörden. Dabei ist es uns wichtig, dass die Betreiber nicht von unnötiger Bürokratie erdrückt werden.
 - Wir wollen den ständigen Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu Anliegen unseres **Bevölkerungsschutzes** weiter stärken.
 - Wir wollen ein **Seesicherheitsgesetz**, das die maritimen Kompetenzen des Bundes bündelt und die im Ernstfall geltenden Zuständigkeiten in deutschen Gewässern regelt. Wir müssen im Ernstfall schnell und koordiniert mit unseren Nachbarländern eingreifen können. Darum wollen wir, dass die Befugnisse der Bundespolizei auf See erweitert werden, um sie der Bedrohungslage anzupassen.
 - Wir wollen eine angemessene finanzielle Ausrüstung des **Havariekommandos** in Cuxhaven sicherstellen, um die Kapazitäten und den Austausch zwischen Bund und Ländern für ein ganzheitliches maritimes Notfallmanagement in sowohl Ost- als auch Nordsee weiter zu fördern

1822 **Attraktivität und Modernisierung der ehrenamtlichen Strukturen im Bevölkerungsschutz vorantreiben**

1824 Die Einsatzbereitschaft und Handlungsfähigkeit unserer Einsatz- und Katastrophenschutzorganisationen beruhen zu einem großen Teil auf dem Engagement ehrenamtlicher Kräfte. Um die flächendeckende Einsatzfähigkeit zu gewährleisten und Nachwuchskräfte zu gewinnen, braucht es eine kontinuierliche Unterstützung und Anerkennung dieser unverzichtbaren Dienste. Der Bevölkerungsschutz benötigt ein modernes und integratives Ehrenamt, das die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Organisation erfüllt und Ehrenamtlichen Perspektiven und Sicherheit bietet.

- Wir wollen eine **verbesserte Vereinbarkeit von Beruf, Familie** und Ehrenamt schaffen, indem wir ehrenamtlichen Einsatzkräften flexiblere Freistellungsregelungen und zivil anwendbare Ausbildungen anbieten.
- Wir wollen die **finanzielle Basis** unserer Einsatz- und Katastrophenschutzorganisationen durch eine langfristige, auskömmliche Finanzplanung sicherstellen, um Ersatzbeschaffungen und einen strukturellen Ausbau verlässlich zu finanzieren.

1831
1832
1833
1834
1835
1836
1837

1838
1839

1840 **Umweltpolitik muss Mensch und Natur konsequent schützen** 1841

1842 Das Konzept der planetaren Grenzen beschreibt neun kritische Umweltgrenzen, innerhalb
1843 derer die Menschheit sicher und nachhaltig leben kann. Diese Grenzen definieren einen "si-
1844 cheren Handlungsraum" für die menschliche Entwicklung auf der Erde. Studien zeigen, dass
1845 bereits sechs dieser neun Grenzen überschritten sind: Klimawandel, Biosphärenintegrität,
1846 Biodiversitätsverlust, Landnutzungsänderungen, biogeochemische Flüsse, Süßwasserver-
1847 brauch, neuartige Substanzen.

1848 Auch wenn der Klimawandel dramatische Formen annimmt und schon heute überall auf der
1849 Welt spürbar ist und eine entsprechende mediale Aufmerksamkeit erfährt, gibt es noch wei-
1850 tere, teils drängendere Herausforderungen für die menschliche Zivilisation. Die größte von
1851 Ihnen ist der Verlust der Artenvielfalt. Dieser hat weitreichende und schwerwiegende Folgen
1852 für Ökosysteme, Wirtschaft, Gesellschaft und das globale Klima.

1853 **Ökologisch** führt er zur Störung von Nahrungsketten und verringert die Widerstandsfähigkeit
1854 von Ökosystemen. **Wirtschaftlich** reduziert er die landwirtschaftliche Produktivität, gefährdet
1855 Arbeitsplätze und erhöht Kosten für Naturkatastrophen. **Global** verstärkt er den Klimawan-
1856 del, erhöht das Risiko abrupter Ökosystemveränderungen und gefährdet Lebensgrundlagen,
1857 besonders in Entwicklungsländern. Insgesamt bedroht der Artenverlust die Stabilität ganzer
1858 Ökosysteme und damit die Grundlagen menschlichen Wohlstands und Überlebens.

1859 Die Zeit des Zauderns und Zögerns muss bei diesen beängstigenden Aussichten endgültig
1860 der Vergangenheit angehören. Die Transformation hin zu einer klimagerechten Welt, die im-
1861 mer auch den Erhalt der Artenvielfalt im Blick hat, kann nur gelingen, wenn wir jetzt gegen-
1862 steuern!

1863 Über Erfolg oder Misserfolg entscheiden dabei weniger die technischen Grenzen, sondern
1864 der gesellschaftliche und politische Wille zur Veränderung. Mit unserer Umweltpolitik möch-
1865 ten wir die Einhaltung ökologischer Belastungsgrenzen sicherstellen.

1866 Natürlich gilt es in diesem Zusammenhang auch die relevanten Nachhaltigkeitsziele (SDGs)
1867 der Vereinten Nationen zu berücksichtigen und zu verfolgen.

1868

1869

1870 **Mehr Umwelt- und Naturschutz**

1871 Das Artensterben und die Zerstörung von Natur und Landschaft sowie wichtiger Lebens-
1872 räume setzen sich fort. Die biologische Vielfalt nimmt ab. Das Artensterben und der Rück-
1873 gang von Arten kann immer wieder darauf zurückgeführt werden, dass Lebensräume und
1874 Lebensgrundlagen vernichtet werden oder gefährdet sind. Diese Entwicklung darf sich nicht
1875 länger fortsetzen, der Flächenfraß muss gestoppt werden. Naturschutzfachlich bedeutsame
1876 Lebensräume müssen besser geschützt werden.

1877 Naturschutzpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht nur eine Aufgabe der
1878 Landwirtschaft. Bürger:innen, Firmen, Kommunen, Vereine und Stiftungen sind in diesem
1879 Bereich aktiv oder möchten aktiv werden, da sie sich verpflichtet fühlen, einen Beitrag zum
1880 Erhalt der Natur zu leisten.

- 1881
- 1882 • Wir wollen, dass die Strategie zur **Verringerung des Flächenverbrauchs** im Land effektiv
1883 umgesetzt wird.
- 1884 • Wir wollen auf Bundesebene den § 13b im Baugesetzbuch novellieren. Hier muss ein grö-
1885 ßerer Schwerpunkt auf der **Umweltprüfung** liegen, um den Flächenfraß einzudämmen,
1886 denn Boden ist nicht unendlich.
- 1887 • Wir wollen, dass der **Moorschutz** sowie der Schutz der Niederungsbereiche und des Grün-
1888 landes verstärkt werden. Entsprechende Programme müssen auf ihren Erfolg hin evaluiert
1889 und gegebenenfalls verbessert werden.
- 1890 • Wir wollen den **Schutz der Wälder** weiter verbessern. Es darf künftig keine illegalen Ro-
1891 dungen von Waldflächen geben.
- 1892 • Wir wollen, dass unsere Wälder den **Herausforderungen des Klimawandels** und den
1893 Wetterextremen standhalten. Dafür müssen wir sie auf entsprechende Baumarten und Al-
1894 tersstrukturen umstellen.
- 1895 • Wir wollen einen **biologischen Klimaschutz** als Landschaftspflegemaßnahme in Feucht-
1896 wiesen und Mooren ohne landwirtschaftliche Nutzung ermöglichen.
- 1897 • Wir wollen den Einsatz für **regionalen Naturschutz** stärken und entsprechende Initiativen
1898 unterstützen. Der freiwillige Einsatz, beispielsweise für das Anlegen oder Renaturieren von
1899 Moor-, Wald- oder Trockenrasenbiotopen, muss gestärkt werden.
- 1900 • Wir wollen das 2024 getroffene sogenannte **dänische Grøn Trepert-Abkommen** als Inspi-
1901 ration für die CO²-Reduktion in der deutschen Landwirtschaft nutzen. Des Weiteren wollen
1902 wir, dass Deutschland mit Dänemark gemeinsam an einer Reduzierung der Stickstoffemissi-
1903 onen in der Ostsee arbeitet.
1904
1905
- 1906 **Müll reduzieren und Ressourcen schonen**
- 1907 Der sogenannte „Earth Overshoot Day“, der Welt-Erschöpfungstag, macht jedes Jahr deut-
1908 lich, wann das globale Ressourcenbudget für das jeweilige Jahr aufgebraucht ist. Dieser Je-
1909 des Jahr ist dieser Tag früher. Inzwischen bräuchten wir rund 1,6 Erden, damit sich die Öko-
1910 systeme regenerieren können, darum müssen wir Müll reduzieren und Ressourcen schonen.
- 1911 • Wir wollen, dass die **Mehrweg- und Pfandsysteme** weiter ausgebaut werden. Der Ge-
1912 brauch von Einwegplastik muss der Vergangenheit angehören. Dabei wollen wir auch, dass
1913 die Bundesregierung sich im Sinne der neuen EU-Verpackungsverordnung für grenzüber-
1914 schreitende Pfandsysteme einsetzt, die es dem Grenzhandel in der strukturschwachen
1915 deutsch-dänischen Grenzregion ermöglicht, dass in Deutschland gekaufte Dosenpfand in
1916 Dänemark zurückgegeben werden kann.
1917
- 1918 • Wir wollen, dass der **Nachhaltigkeitsgedanke** auch in der Bauwirtschaft stärker Berück-
1919 sichtigung findet, um unsere Deponien zu entlasten.
- 1920 • Wir wollen, dass **recycelte Baustoffe und Abbruchabfälle** aus der Bauwirtschaft wieder
1921 genutzt und verwertet werden. Das Recyclingpotenzial von Baustoffen muss genutzt werden.

- 1922 • Wir wollen einen **Ressourcenschutz** bei der Nutzung der endlichen Sand- und Kiesvorkommen.
1923
- 1924 • Wir wollen die Wirtschaft darin unterstützen, nachhaltige und innovative **Produktionsketten und -wege für Baumaterial** zu finden.
1925
- 1926 • Wir wollen, dass Biomüll und Kompost **frei von Fremdstoffen**, z. B. Plastik, sind – es darf dafür keine Mindestmengenregelung geben.
1927
- 1928
- 1929
- 1930 **Kein CO2-Endlager im Meer oder eine CO2-Pipeline durch Schleswig-Holstein**
1931 **oder Ausbau der LNG-Infrastruktur**
- 1932 Der Kampf gegen ein CO2-Endlager in Schleswig-Holstein war eigentlich längst vom Tisch.
1933 Sowohl in Bund als auch im Land sind aber die Regierungen gekippt und haben eine Kehrtwende eingeleitet. Demnach seien für unvermeidbare Restemissionen weitere Maßnahmen wie CCS und CCU erforderlich, um die Klimaziele zu erreichen. Wir stehen zu den Klimazielen. Es ist aber die Frage, welchen Weg wir dabei einschlagen wollen. Wir haben uns immer dafür ausgesprochen die regenerativen Energien auszubauen. Wir wollen weg von den fossilen Energieträgern, die Energieeffizienz muss erhöht werden und die Energieeinsparungen müssen vorangetrieben werden. Genau bei diesem Punkt springt die Kette ab. Denn die Etablierung der CCS-Technologie ist nicht nur teuer, das Abscheiden, der Transport und das Speichern von CO2 ist auch energieintensiv. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass der Einsatz der CCS-Technologie den Verbrauch der fossilen Rohstoffe um bis zu 40 Prozent erhöht.
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
- 1944 Wir bleiben dabei: CCS ist eine klimapolitische Sackgasse. Genau wie LNG verlängert diese Technologie lediglich die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und ist damit ein Sargnagel für die Energiewende. Zudem gehen damit neue Risiken für Mensch und Umwelt einher, die niemand dauerhaft ausschließen kann.
1945
1946
1947
1948 Während viele Möglichkeiten der CO2-Vermeidung ungenutzt bleiben, soll der Dreck schon wieder einfach unter den Teppich gekehrt werden. Dabei wissen wir bis heute nicht, was wir mit dem ganzen Atommüll anstellen soll - eine Technologie, die auch einst als harmlos beworben wurde.
1949
1950
1951
- 1952 Auch Flüssiggas ist als Brückentechnologie ungeeignet, weil in der gesamten Prozesskette erhebliche Mengen Methan entweichen können, die das Klima stärker belasten als bisherige Energieträger. Zudem lässt sich nicht wirksam ausschließen, dass in den LNG-Terminals auch durch Fracking gewonnenes Gas gelagert wird. Flüssiggas wird derzeit verstärkt in der Seefahrt verwendet, um Schadstoffemissionen zu reduzieren.
1953
1954
1955
1956
- 1957 • Wir wollen **kein CO-2 Endlager** im Meer und auch **keine CO2-Pipeline** durch Schleswig-Holstein.
1958
- 1959 • Wir wollen **keinen Ausbau der LNG-Infrastruktur** in Deutschland. Dazu wollen wir die Ablösung von LNG in der Seefahrt durch saubere Kraftstoffe und moderne Technologien forcieren.
1960
1961
- 1962
- 1963
- 1964

1965 **Gewässer, Meere und Boden schützen**

1966 Wasser ist eine lebenswichtige Ressource, die es zu schützen gilt. Unser Wasser ist durch
 1967 mittelbare oder unmittelbare Einflüsse in unterschiedlichem Maße beeinträchtigt. Arzneimit-
 1968 telrückstände, Abwasser, Pflanzenschutzmittel, Phosphat, Nitrat, Mikro- und Nanoplastik fin-
 1969 den sich in allen Gewässern. In vielen Regionen des Landes verzeichnen wir zunehmende
 1970 Umweltschäden, sowohl im Grundwasser als auch in den Oberflächengewässern und Mee-
 1971 ren. Die Einträge haben unterschiedlichste Verursacher, die den Wasserkörper belasten.
 1972 Trotz schärferer Umweltauflagen erleben wir in weiten Teilen Verschlechterungen bei der
 1973 Wasserqualität. Wasserwerke weisen seit Jahren darauf hin, dass die Gewinnung von Trink-
 1974 wasser problematisch wird, wenn die Belastungen nicht zurückgehen.

1975 • Wir wollen unser **Grundwasser schützen** und fordern deshalb ein bundesweites Fracking-
 1976 verbot. Niemand kann ausschließen, dass Fracking Auswirkungen auf das Grundwasser hat.

1977 • Wir wollen **keine Plastikeinträge** in unsere Gewässer. Hierfür benötigen unsere Kläranla-
 1978 gen entsprechende Filtersysteme und Reinigungsstufen, die auch Mikroplastik herausfiltern
 1979 können und so Plastikeinträge verhindern. Auch das Einleiten von Arzneimittelnrückständen in
 1980 die Gewässer kann so verhindert werden.

1981 • Wir wollen eine **konsequente Umsetzung** der „Strategie für das Wattenmeer 2100“. Es
 1982 geht uns um den Erhalt des einmaligen Naturraums Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer
 1983 und der Inseln und Halligen als wesentliche Strukturen im Nationalpark Wattenmeer. Der
 1984 Schutz und die Lebensqualität der Insel- und Halligbewohner:innen müssen gesichert wer-
 1985 den.

1986 • Wir wollen, dass die **Ölförderung im Wattenmeer beendet** wird. Es ist absurd, dass in ei-
 1987 nem solch sensiblen Lebensraum überhaupt nach Öl gebohrt werden darf. Es darf keine wei-
 1988 tere Verlängerung der Laufzeit geben.

1989 • Wir wollen, dass die **Weltkriegsmunition aus Nord- und Ostsee** geborgen und sicher ent-
 1990 sorgt wird. Wir wollen, dass der Bund sich zügig für eine langfristige und gemeinsame Finan-
 1991 zierung mit den Ländern einsetzt, die eine nachhaltige Bergung von Munitionsaltlasten auch
 1992 nach Abschluss des Pilotprojektes sicherstellt. Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird
 1993 die Bergung der Munition.

1994 • Wir wollen einen **umfassenden Schutz der Meere** nach dem Vorsorgeprinzip und lehnen
 1995 daher eine weitere Verklappung des Hamburger Hafenschlicks in der Nordsee ab. Die Mee-
 1996 resstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) verbietet dies eigentlich schon jetzt. Sie muss auch in
 1997 der Nordsee konsequent angewendet werden.

1998 • Wir wollen die **Düngeinträge ins Grundwasser minimieren**. Jahrelanges Blockieren ent-
 1999 sprechender Maßnahmen und das Aussitzen der EU-Nitratrichtlinie haben der Landwirtschaft
 2000 einen Bärendienst erwiesen. Wir wollen eine moderne Düngeverordnung und Untersu-
 2001 chungsmethoden sowie Warnstufen, die frühzeitig anschlagen.

2002 • Wir wollen einen **flächendeckenden Gewässerschutz** ermöglichen, indem wir den Eintrag
 2003 aus Nährstoffen und Pestiziden weitestgehend verringern. Wir brauchen Gewässerrandstrei-
 2004 fenprogramme des Bundes, die Gewässer effektiv vor Einträgen schützen.

2005 • Wir wollen eine **konsequente Umsetzung der „Strategie für das Wattenmeer 2100“**. Es
 2006 geht uns um den Erhalt des einmaligen Naturraums Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer
 2007 und der Inseln und Halligen als wesentliche Strukturen im Nationalpark Wattenmeer, Teil des
 2008 trilateralen Weltnaturerbe Wattenmeer. Der Schutz und die Lebensqualität der Insel- und
 2009 Halligbewohner:innen u.a. im Biosphärenreservat müssen gesichert werden.

2010 • Wir wollen den **Gebrauch von Einwegplastik** durch ein Bundesgesetz deutlich reduzieren.
 2011 Das Mehrweg- und Pfandsystem muss verstärkt und ausgebaut werden. Coffee to go soll
 2012 nur noch in Mehrwegbechern ausgeschenkt werden.

2013 • Wir wollen, dass der **lokale Naturschutz in Biosphärenreservaten** eine höhere Bedeu-
 2014 tung bekommt. Der Bund muss mehr Mittel zur Verfügung stellen, um Tourismus mit dem
 2015 Naturschutz vereinbar zu machen. Die Nationalparkverwaltung Schleswig-Holsteinisches
 2016 Wattenmeer verwaltet mit 443.100 Hektar das größte UNESCO-Biosphärenreservat in
 2017 Deutschland. Wir wollen auf Bundesebene dafür sorgen, dass mehr Personal eingesetzt
 2018 wird, um in touristischen Belangen mehr für den Naturschutz sensibilisieren.

2019 • Wir wollen den Kreis Schleswig-Flensburg in seiner Auseinandersetzung mit dem Bund be-
 2020 züglich der Altlastsanierung des **Wikingecks** weiter unterstützen

2021

2022

2023 **Der Atomausstieg war richtig**

2024 Die radioaktiven Hinterlassenschaften der Atomenergie beschäftigen uns seit Jahrzehnten
 2025 und werden das auch noch lange tun. Es war daher richtig, endlich aus der Atomenergie
 2026 auszusteigen. Wir stehen in der Verantwortung, den radioaktiven Müll sicher zu entsorgen.
 2027 Das jahrzehntelange Gezerre um den Standort Gorleben als Endlager ohne die erforderliche
 2028 Beteiligung der Bürger*innen und Transparenz hat zu einem bundesweiten Widerstand und
 2029 großer Skepsis gegenüber der Einlagerung radioaktiver Abfälle geführt.

2030 Wir begrüßen den begonnenen offenen und transparenten Endlager-Suchprozess von Sei-
 2031 ten der eigens dafür gegründeten Bundesgesellschaft für Endlagerung. Dieser muss auch
 2032 weiterhin frei von politischen Einflussnahmen bleiben und möglichst zügig durchgeführt wer-
 2033 den. Wir werden den gesamtgesellschaftlichen Prozess der Endlagersuche konstruktiv be-
 2034 gleiten, denn nur gemeinsam können wir das Problem lösen.

- 2035 • Wir wollen, dass die **Endlagersuche** auf wissenschaftlichen Untersuchungen basiert
 2036 und nur Standorte in Betracht gezogen werden, die entsprechend geeignete geologi-
 2037 sche Voraussetzungen bieten.
- 2038 • Wir wollen, dass neben **geologischen Voraussetzungen** auch andere Kriterien be-
 2039 rücksichtigt werden, die einen solchen Standort über Jahrhunderte als sicher gelten
 2040 lassen (z. B. Erdbeben, Vulkane und Überschwemmungen).
- 2041 • Wir wollen, dass die **Verfahren und Untersuchungen transparent** und nachvoll-
 2042 ziehbar sind. Hierzu gehört eine umfassende Bürgerinformation und -beteiligung.
- 2043 • Wir wollen, dass eine Rückholung des Atomabfalls auch in ferner Zukunft gewährleis-
 2044 tet bleibt.

2045

2046

2047

2048

2049

2050 **Wirtschaftskrise meistern: Starke Unternehmen und gute**
 2051 **Arbeit in allen Regionen des Landes**

2052 Unsere Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Die digitale Transformation verän-
 2053 dert die Wirtschafts- und Arbeitswelt grundlegend. Auch der konsequente Schutz des Klimas
 2054 verlangt gravierende Veränderungen. Gleichzeitig erschwert der demographische Wandel
 2055 die Gewinnung von Fachkräften und fordert die sozialen Sicherungssysteme. Darum setzen
 2056 wir uns für gute Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte ein, in denen alle
 2057 Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können.

2058 Eine verlässliche Wirtschaftspolitik ist entscheidend für ein stabiles wirtschaftliches Umfeld,
 2059 das Sicherheit für Unternehmen und Bürger bietet. Angesichts des Klimawandels ist es uner-
 2060 lässlich, dass die Wirtschaftspolitik proaktiv und nachhaltig gestaltet wird, um ökologische,
 2061 soziale und ökonomische Ziele zu verbinden. Nur durch eine konsequente Ausrichtung auf
 2062 Nachhaltigkeit können wir eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen, die den Bedürfnissen
 2063 heutiger und zukünftiger Generationen gerecht wird. Dies erfordert Mut zur Veränderung und
 2064 die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Akteure.

2065
 2066 Die Politik muss dazu klare, langfristige Ziele setzen, die über Wahlzyklen hinausgehen. Dies
 2067 umfasst verbindliche Klimaziele und Investitionen in nachhaltige Technologien. Politische
 2068 Entscheidungen sollten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und nicht von kurz-
 2069 fristigen politischen Interessen beeinflusst werden. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit
 2070 zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

2071
 2072 Einen möglichen Handlungsrahmen für eine nachhaltige Wirtschaftstransformation kann das
 2073 wertorientierte Modell der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) bieten. Hier stehen ethische
 2074 Werte wie *Menschenwürde, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit*
 2075 *sowie Transparenz und Mitbestimmung* im Mittelpunkt des Wirtschaftens, die weit über klas-
 2076 sische Nachhaltigkeits-Standards hinausgehen.

2077 Die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist geprägt von ihren kleinen und mittleren Unterneh-
 2078 men. Dies sehen wir als Stärke an, denn diese Unternehmen sind besonders flexibel, inno-
 2079 vativ und spezialisiert und damit oft krisenfester als Großunternehmen. Darin wollen wir sie
 2080 weiter unterstützen. In den erneuerbaren Energien, der maritimen Wirtschaft, der modernen
 2081 Medizintechnik und der Gesundheitswirtschaft, aber auch in der Ernährungswirtschaft und im
 2082 Tourismus liegen die Stärken des Landes. Wir wollen in diesen Bereichen noch bessere
 2083 Rahmenbedingungen schaffen und die Unternehmen und Betriebe tatkräftig unterstützen.

2084 Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein hat großes Potenzial: Die geografische Nähe zur
 2085 Metropole Hamburg und die Verbindungen in den Nord- und Ostseeraum bieten hervor-
 2086 ragende Möglichkeiten. Unser Land ist Dreh- und Angelpunkt für wirtschaftliche Verbindungen
 2087 in alle Himmelsrichtungen. Wir wollen die gute Nachbarschaft zu den nordischen Ländern
 2088 vertiefen. Gerade in Bereichen, die beim Klimaschutz eine Rolle spielen – Produktion erneu-
 2089 erbarer Energien, Energiespeicherung, Energieeffizienz, regionale Lebensmittelproduktion
 2090 oder Ökolandwirtschaft – bieten sich viele Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenar-
 2091 beit.

2092

- 2093 - Wir wollen, dass die **Wirtschaftspolitik wieder zuverlässig** wird. Die Entscheidungen
2094 müssen verlässlich sein, Förderregelungen grundsätzlich längerfristig angelegt
2095 sein.
- 2096 - •Wir wollen mehr **Transparenz in Politik und Verwaltung**. Insbesondere bei Be-
2097 schaffungen, Subventionen und Förderungen muss das staatliche Handeln für den
2098 Bürger nachvollziehbar sein und verständlich dargestellt werden.
- 2099 - Wir wollen, dass bei **Änderungen von Besteuerungen und Förderungen** ein Nach-
2100 lauf eingerichtet wird, der verhindert, dass Unternehmer oder auch Privatpersonen,
2101 die im Vertrauen auf Zusagen des Staates investiert haben, einen finanziellen Nach-
2102 teil erleiden.
- 2103 - Wir wollen, dass die Besteuerung von „**Sonderzonen**“ (zum Beispiel Hebesätze in
2104 interkommunalen Gewerbegebieten) flexibler gehandhabt werden kann.
- 2105 - Wir wollen die Umsatzsteuer für die **Gastronomie auf 7%** auf Speisen beim Verzehr
2106 vor Ort senken. Wir fordern eine Reform des Umsatzsteuerrechts für eine größere
2107 Einheitlichkeit.
- 2108 - Wir wollen **Freibeträge** für Unternehmensgründer.
- 2109 - Wir wollen, dass bei der **Vergabe von Subventionen auch soziale Komponenten**,
2110 soziale Leistungen der Unternehmen betrachtet werden. Unternehmen, die die Ein-
2111 richtung von Betriebsräten bekämpfen oder behindern, kommen für Subventionen
2112 nicht in Betracht.
- 2113 - Wir wollen **Mitnahmeeffekte bei Förderungen** verringern. Förderregeln, die dafür
2114 sorgen, dass die Fördergelder bei denen landen, die ohnehin finanziell gut ausgestat-
2115 tet sind, wollen wir verändern oder abschaffen.
- 2116 - Wir wollen den **Bürokratieabbau** endlich voranbringen. Dazu wollen wir eine Aufga-
2117 benkritik der Verwaltung und eine Überprüfung der Auflagen, Nachweispflichten, An-
2118 tragsvoraussetzungen für Betriebe, Unternehmer, aber auch für die ganze Zivilgesell-
2119 schaft durchführen.
- 2120 - Wir wollen eine **Vereinheitlichung der Bauvorschriften**, soweit der Föderalismus
2121 dies zulässt.
- 2122 - Wir fordern eine **höhere Investitionsquote in die wirtschaftlichen Rahmenbedin-**
2123 **gungen**, um eine gerechte Verteilung von Mitteln in alle Regionen des Landes zu ge-
2124 währleisten und die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur an ausgewählten Standorten
2125 zu fördern.
2126
2127

Die deutsch-dänische Zusammenarbeit muss weiter ausgebaut werden

2128 Obwohl die deutsch-dänische Zusammenarbeit in den letzten Jahren bereits sehr verstärkt
2129 wurde gibt es noch viele Herausforderungen in der alltäglichen Praxis sowohl für die Bürgeri-
2130 nen und Bürger als auch für die Unternehmen. Dabei der Ausbau der deutsch-dänischen Zu-
2131 sammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich die strategische Perspektive für die heimi-
2132 schen Unternehmen. Insbesondere vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Herausfor-
2133 derungen in den großen Märkten in den USA und China. Denn eine Studie des Institut für
2134

- 2135 Weltwirtschaft hat ergeben, dass insbesondere in Dänemark und Skandinavien ein großes
 2136 ungenutztes wirtschaftliches Potential für die schleswig-holsteinsichen Unternehmen liegt.
 2137 Voraussetzung dass dieses Potential genutzt werden kann ist eine Vertiefung der grenzüber-
 2138 schreitenden Zusammenarbeit vor Ort und bessere Rahmenbedingungen für den gemeinsa-
 2139 men Arbeitsmarkt und für die Unternehmen. Hierbei sollten vertragliche Regelungen für die
 2140 deutsch-französische Zusammenarbeit Vorbild für den Bund auch für unsere Grenzregion
 2141 sein.
- 2142 • Wir wollen, dass bei neuen Bundesgesetzen im **Steuer- und Sozialversicherungsbereich**
 - 2143 grundsätzlich auch die Folgen für Pendler*innen im deutschen Grenzgebiet untersucht und
 - 2144 berücksichtigt werden.
 - 2145 • Wir wollen die **wirtschaftliche Kooperation mit Dänemark** und anderen nordischen Län-
 - 2146 dern und eine gemeinsame industriepolitische Ausrichtung vorantreiben.
- 2147 • Wir wollen eine **Normalisierung des Lebens** für die Bewohner*innen des Grenzlandes.
 2148 Dazu gehört die Abschaffung der Grenzkontrollen.
- 2149 • Wir wollen eine gemeinsame **deutsch-dänische Polizei-Task-Force**, die nach dem Vor-
 - 2150 bild der Zusammenarbeit Hamburg-Schleswig-Holstein arbeitet, um gemeinsam die grenz-
 - 2151 überschreitende Kriminalität zu bekämpfen.
 - 2152 • Wir wollen ein neues **deutsch-dänischen Katastrophenschutzabkommen**, um den
 - 2153 grenzüberschreitenden Zivil- und Bevölkerungsschutz zu modernisieren. Bestehende grenz-
 - 2154 überschreitende Kooperationen im Zivil- und Bevölkerungsschutz wie z.B. DanGer 112 müs-
 - 2155 sen verstetigt werden.
 - 2156 • Wir wollen, dass die Maßnahmen im **Deutsch-Dänischen Aktionsplan** von 2022 kontinu-
 - 2157 uierlich umgesetzt werden und der Plan daher mit Zieldaten ergänzt wird.
 - 2158 • Wir wollen, dass auch der Bund sich an der **Finanzierung der deutsch-dänischen Pend-**
 - 2159 **ler*innenberatung** beteiligt, damit diese wichtige Arbeit auch in Zukunft fortgesetzt und auf
 - 2160 die Fehmarnbeltregion ausgeweitet werden kann.
 - 2161 • Wir wollen, dass **vergleichbare Berufe** schneller und leichter in Deutschland und Däne-
 - 2162 mark anerkannt werden.
 - 2163 • Wir wollen, dass weitere grenzüberschreitende **deutsch-dänische Ausbildungen** und Stu-
 - 2164 diengänge eingeführt werden. Zudem müssen die bestehenden grenzüberschreitenden Stu-
 - 2165 diengänge und Ausbildungen beibehalten werden.
 - 2166 • Wir wollen, dass für Schüler*innen aus Schleswig-Holstein, die eine **Ausbildung in Däne-**
 - 2167 **mark** absolvieren, der Zugang zur Berufsausbildungs-Förderung ermöglicht wird. Beste-
 - 2168 hende Barrieren sind abzubauen.
 - 2169 • Wir wollen, dass der Bund sich für eine Fortsetzung der **deutsch-dänischen Interreg-För-**
 - 2170 **derung** auf hohem Niveau einsetzt. Der SSW setzt sich zudem im Bund für eine Fortführung
 - 2171 der grenzüberschreitenden EU-Strukturhilfen auch nach 2027 ein.
 - 2172 • Wir wollen, dass der Bund sich über bestehende Ansätze hinaus für die Organisation eines
 - 2173 gemeinsamen regionalen **deutsch-dänischen Arbeitsmarkts** mit einem grenzüberschrei-
 - 2174 tenden Vermittlungs- und Informationssystem stark macht.
 - 2175 • Wir wollen, dass **Konzepte für lokale und regionale Wirtschaftsentwicklung** und Nach-
 - 2176 haltigkeit im deutsch-dänischen Grenzland enger untereinander abgestimmt werden. Grenz-
 - 2177 überschreitende Anhörungsverfahren sollen ermöglicht werden. Dies sichert eine starke und
 - 2178 nachhaltige Entwicklung im Grenzland.
 - 2179 • Wir wollen **grenzüberschreitende Hochschul- und Wissenschaftskooperationen** stär-
 - 2180 ker im Verbund mit der Wirtschaft denken. Gemeinsame Studiengänge sollen gemessen an

- 2181 regionalen Stärkenpositionen und der regionalen Nachfrage an qualifizierter Arbeitskraft ge-
 2182 stärkt und ausgeweitet werden.
- 2183 • Wir wollen, dass das neue **Flensburger Fördeklínikum Katharinen-Hospital** als Chance
 2184 für eine Deutsch-Dänische medizinische Versorgungsregion genutzt wird. Hierfür bedarf es
 2185 zunächst einer grenzüberschreitenden Kooperation bei der Versorgungsplanung und der
 2186 Ausbildung des medizinischen Fachpersonals. Langfristig fordern wir ein grenzüberschrei-
 2187 tendes Medizinstudium in unserer Region.
- 2188 • Wir wollen die **Cluster-Politik** in norddeutschen und grenzüberschreitenden Wirtschaftsbe-
 2189 reichen durch finanzielle Fördermaßnahmen und den Abbau rechtlicher Barrieren fördern
 2190 und gezielt auf unsere Stärkepositionen setzen: Erneuerbare Energien, Wasserstoff, Ernäh-
 2191 rungswirtschaft, Tourismus und Erlebniswirtschaft, Maritime Wirtschaft, Gesundheitswirt-
 2192 schaft, Logistik.
- 2193 • Wir wollen den "**Jütland-Korridor**" von Hamburg bis Skagen durch politische Vereinbarun-
 2194 gen und infrastrukturelle Investitionen in Bahn und Straße stärken. Dazu gehört, dass der
 2195 Bund und Dänemark gemeinsame Infrastruktur planen, bedarfsgerecht ausbauen und unter-
 2196 halten.
- 2197 • Wir wollen, dass der Bund mehr Ressourcen für eine Umsetzung der **EU-Ostsee-Strategie**
 2198 zur Verfügung stellt. Dazu gehört, dass die Kooperationen in den Bereichen Wissenschaft,
 2199 Forschung und Innovation gefördert werden sowie die Weiterentwicklung in den Bereichen
 2200 der Kultur- und Kreativwirtschaft vorangebracht wird.
- 2201 • Wir wollen die Nordsee im Sinne des Nachhaltigkeitsziels SDG 14 „Leben unter Was-
 2202 ser“ erhalten und nachhaltig nutzen. Hierzu bedarf es einer Umsetzung der **EU-Meeresbe-**
 2203 **ckenstrategie Nordsee**. Ein Europäischer Green Deal in enger Abstimmung mit Dänemark
 2204 ist für uns dabei zielführend. Dass Dänemark die Öl- und Gasförderung in der Nordsee bis
 2205 2050 komplett beenden will, ist beispielhaft.
- 2206 • Wir wollen, dass der Bund sich, gemeinsamen mit der Landesregierung SH, für eine ge-
 2207 meinsame Strategie mit Dänemark für die Rettung der Flensburger Förde einsetzt. Das däni-
 2208 sche Verbot der Muschelfischerei war zwar ein erster Schritt, nun braucht es jedoch einen
 2209 gemeinsamen Einsatz, um den ökologischen Kollaps der Förde zu verhindern.
- 2210 • Wir wollen, dass der Bund beim vertraglich zwischen Dänemark und Deutschland verein-
 2211 barten **Bau der Fehmarnbeltquerung** alles dafür tut, um Umweltbelastungen zu minimieren
 2212 und die Kosten in einem angemessenen Rahmen zu halten. Investitionen in die Fehmarn-
 2213 beltquerung als neue Verkehrsachse dürfen nicht dazu führen, dass der Norden des Landes
 2214 bei der Verkehrsförderung des Bundes abgehängt wird.
- 2215 • Wir wollen, dass der Bund ein **gemeinsames Digitalisierungsprojekt** mit Dänemark star-
 2216 tet, um sich von der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Skandinavien inspirieren
 2217 lassen und die Digitalisierung von Angeboten der Bundes- und Landesbehörden in Schles-
 2218 wig-Holstein schneller voranzubringen.
- 2219 • Wir wollen ermöglichen, dass **wirtschaftliche Bundesförderprogramme** bis zu 20 % auch
 2220 grenzüberschreitend, d. h. über das Bundesgebiet hinaus, eingesetzt werden dürfen.
- 2221 • Wir wollen am **deutsch-dänischen Doppelbesteuerungsabkommen** festhalten. Es darf
 2222 nicht durch ein europäisches ersetzt werden. Überflüssige Bürokratie muss abgebaut wer-
 2223 den.
- 2224 • Wir wollen ein Bundesförderprogramm für den **grenzüberschreitenden ÖPNV**.
- 2225
- 2226
- 2227 **Regionale Investitionen, Strukturhilfen, Fördergelder für Forschung und Ent-**
 2228 **wicklung**

2229 Strukturhilfen sind keine Almosen, sondern Zukunftsinvestitionen, die uns Nutzen bringen.
 2230 Dies gilt insbesondere im Land Schleswig-Holstein, das durch seine mittelständische Wirt-
 2231 schaftsstruktur geprägt ist. Kleine und mittlere Betriebe sind gerade in den Regionen das
 2232 Fundament und das Rückgrat der Wirtschaft.

2233 Ab diesem Jahr sind die regionalen Strukturhilfen der EU nach zähen Brexit-Verhandlungen
 2234 endlich bis 2027 gesichert. Im Bund wird derzeit verhandelt, wie diese Mittel verteilt werden
 2235 sollen. Auch wenn dieses Förderinstrument auf europäischer Ebene immer wieder politisch
 2236 angefochten wird, ist für den SSW ganz klar, dass es auch nach 2027 in den wirtschaftlich
 2237 schwächeren Regionen Deutschlands noch Bedarf an regionaler Strukturpolitik geben wird.
 2238 Zudem ist ersichtlich geworden, wie unabdingbar die Kernbereiche Forschung und Entwick-
 2239 lung für unsere Gesellschaft sind. Es wird viele Umstrukturierungen bei Firmen und Ge-
 2240 schäftsmodellen geben müssen. Da die Herausforderungen weltweit gleich sind, sind alle
 2241 Gesellschaften gefragt, ein Umdenken bei den jetzigen Produktionsverfahren bis hin zur Pro-
 2242 duktionsplanung einzuleiten. Die jetzige Situation bietet somit auch eine Chance der Neu-
 2243 ausrichtung gesamtgesellschaftlicher Strukturen.

2244

2245 • Wir wollen, dass die **regionale Strukturhilfe**:

- 2246 - bessere Bedingungen insbesondere für **kleinere und mittlere Betriebe** schafft;
- 2247 - innovative und nachhaltige schleswig-holsteinische wirtschaftliche Cluster wie Energie, Le-
 2248 bensmittel, Maritimes, Gesundheit und Tourismus besonders berücksichtigt;
- 2249 - überwiegend nach dem Prinzip eines engen Zusammenspiels zwischen Unternehmen,
 2250 Hochschulen und den regionalen **öffentlichen Förderungsgesellschaften** ausgerichtet ist
 2251 (Triple-Helix-Prinzip);
- 2252 - durch Nachhaltigkeit geprägt ist – bei der Förderung sollen die **17 UN-Nachhaltigkeitsziele**
 2253 ein unumgänglicher Maßstab werden.

2254 • Wir wollen, dass der Bund für strukturell unterfinanzierte oder neuentstehende innovative
 2255 und nachhaltig prosperierende Bereiche gezielt weitere Investitionen und Strukturhilfe aus
 2256 eigenen Bundesmitteln zur Verfügung stellt. Der Bund darf sich bei der **regionalen Struktur-**
 2257 **hilfe** nicht allein auf die EU-Fonds verlassen.

2258 • Wir wollen uns im Bund dafür stark machen, dass die bestehenden strukturpolitischen
 2259 **Handlungsmöglichkeiten** auch nach dem Auslauf der kommenden EU-Programme im Jahr
 2260 2027 erhalten bleiben.

2261 • Wir wollen die **Forschung und Entwicklung** in allen Bereichen stärker fördern, um not-
 2262 wendige Restrukturierungen zu durchdenken, planen und umzusetzen, z.B. Globalisierungs-
 2263 prozesse zu überdenken. Die Förderung muss unbürokratisch und zeitnah geschehen und
 2264 auf Sicht verstetigt werden.

2265

2266

2267 **Unternehmen stärken, Arbeitsplätze sichern**

2268 Kleine und mittlere Unternehmen bilden die Basis unserer erfolgreichen Wirtschaft. Sie sind
 2269 Treiber von Innovationen, stellen in hohem Maß Arbeits- und Ausbildungsplätze bereit und
 2270 spielen gerade in ländlichen Räumen auch eine bedeutende soziale, gesellschaftliche und
 2271 kulturelle Rolle. Hierin wollen wir sie noch stärker unterstützen, beispielsweise durch den Ab-
 2272 bau von unnötiger Regulierung und Bürokratie. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass die
 2273 Industriebetriebe im Land mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen weiterhin Wachstum
 2274 schaffen und Arbeitsplätze sichern.

2275 Unternehmen benötigen Planungssicherheit. Eine konsistente Gesetzgebung und transpa-
 2276 rente Entscheidungsprozesse sind notwendig, um Investitionen in grüne Technologien und
 2277 nachhaltige Praktiken zu fördern.

2278 • Wir wollen die **wirtschafts- und strukturpolitischen Rahmenbedingungen** so setzen,
 2279 dass kleinere und mittlere Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen erhalten.

2280 • Wir wollen eine **nachhaltige Wirtschaftstransformation**, die nicht nur ökonomisches
 2281 Wachstum fördert, sondern auch soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit ge-
 2282 währleistet.

2283 • Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die sowohl **quantitative als auch qualitative** Nachhaltig-
 2284 keitsstandards integriert.

2285 • Wir wollen unsere **Unternehmen bei der Digitalisierung** der Wirtschaft und auf dem Weg
 2286 zu mehr Klimaschutz begleiten und unterstützen.

2287 • Wir wollen, dass Unternehmen Anreize erhalten, ihre Produkte und Dienstleistungen so zu
 2288 gestalten, dass sie **sozial gerecht und umweltfreundlich** sind.

2289 • Wir wollen eine **nachhaltige Industriepolitik** und setzen uns dafür ein, den industriellen
 2290 Bereich als maßgeblichen Treiber von Forschung und Entwicklung auszubauen.

2291 • Wir wollen die **Innovationsberatung** stärken, mehr Beratungsangebote für Unternehmen
 2292 zu Forschung und Entwicklung schaffen und Kooperationen mit der Wissenschaft erleichtern.

2293 • Wir wollen den **Technologie- und Wissenstransfer** zwischen Forschung und Wirtschaft
 2294 ankurbeln – durch Forschungsförderung, aber auch durch neue Kompetenzzentren und au-
 2295 ßeruniversitäre Forschungseinrichtungen erhalten bleiben.

2296

2297

2298 **Den Tourismus fördern**

2299 Der Tourismus ist eines der stärksten wirtschaftlichen Standbeine unseres Landes. Wir se-
 2300 hen hier unverändert großes Potenzial und wollen diesen Wirtschaftszweig auch in Zukunft
 2301 tatkräftig unterstützen. Langfristiges Ziel der Tourismusförderung muss es sein, eine wettbe-
 2302 werbsfähige und nachhaltige Wirtschaftsstruktur zu entwickeln. Das schafft und erhält Ar-
 2303beitsplätze und erhöht die Attraktivität vor Ort. Investitionen des Landes in die touristische
 2304 Infrastruktur ziehen oft private Investitionen im Gastronomie- und Hotelgewerbe nach sich.
 2305 Genau diese Dynamik wollen wir fördern und damit nicht zuletzt auch unsere Wettbewerbs-
 2306 position weiter verbessern.

2307 • Wir wollen das **Sonderförderprogramm Tourismus** auch über das Jahr 2025 hinaus ver-
 2308 stetigen. Damit können wir langfristig die touristische Infrastruktur, einzelbetriebliche Vorha-
 2309 ben, nichtinvestive Vorhaben und den Tourismus im ländlichen Raum stärken und den Fach-
 2310 kräften eine echte Perspektive bieten.

2311 • Wir wollen eine Förderpolitik, welche die **energetische Optimierung** touristischer Infra-
 2312 struktur und die nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen im Blick hat.

2313 • Wir wollen einen **nachhaltigen Tourismus** fördern, der ökologische, soziale und
 2314 ökonomische Aspekte in Einklang bringt.

2315 • Wir wollen die **grenzüberschreitende Vernetzung** in diesem Bereich unterstützen.

- 2316 • Wir wollen die **Sprachenvielfalt und die Vielfalt der Kulturen** in Schleswig-Holstein als
2317 Alleinstellungsmerkmal unseres Landes sichtbar machen.
- 2318 • Wir wollen den **Stellenwert der schleswig-holsteinischen Welterbestätten** (Weltkultur-
2319 erbe Hansestadt Lübeck und Weltnaturerbe Wattenmeer) festigen, um sie als außergewöhn-
2320 liche touristische Regionen weiterzuentwickeln.
- 2321
- 2322
- 2323 **Technologischen Wandel gestalten, gute Arbeit und Mitbestimmung sichern**
- 2324 Gesunde und motivierte Mitarbeiter:innen sind die wichtigste Ressource unserer Unterneh-
2325 men. Motivierte Beschäftigte erhöhen die Profitabilität, die Produktivität, das Wachstum und
2326 die Wettbewerbsfähigkeit. Darum setzen wir uns für gut bezahlte und sichere Arbeit ein. Wir
2327 unterstützen Initiativen, welche die Arbeitsbelastung begrenzen und die Vereinbarkeit von
2328 Familie und Beruf erleichtern. Außerdem wollen wir Möglichkeiten für Aufstieg und Weiterbil-
2329 dung verbessern und setzen uns für eine geschlechtergerechte Entlohnung ein. Den techno-
2330 logischen Wandel sehen wir als Chance und wollen sicherstellen, dass das Land zukünftig
2331 auch Fortbildungen für die Menschen fördert, deren Arbeitsplätze durch die fortschreitende
2332 Digitalisierung der Wirtschaft wegfallen könnten. Außerdem wollen wir neue Mitbestim-
2333 mungsrechte zu Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung, künstlicher Intelli-
2334 genz und Internationalisierung gesetzlich verankern.
- 2335 • Wir wollen, dass alle unabhängig ihres Geschlechts mit ihrer Arbeit gleich viel verdienen.
2336 Den **Gender-Pay-Gap** wollen wir schließen.
- 2337 • Wir wollen, dass es nicht nur ein Recht für Frauen und Männer geben muss, in Teilzeit ar-
2338 beiten zu können, sondern ebenso **das Recht, reduzierte Arbeitszeit** wieder in Vollzeit um-
2339 zuwandeln.
- 2340 • Wir wollen, dass die **Wirtschaftsförderung** künftig auch die Kriterien des Konzepts der
2341 „Guten Arbeit“ berücksichtigt.
- 2342 • Wir wollen eine Erweiterung der **Mitbestimmungsmöglichkeiten** von Mitarbeiter:innen,
2343 wenn neue Technologien und Verfahren eingeführt werden. Diese Möglichkeiten müssen
2344 praxisorientiert sein und Folgeabschätzungen beinhalten.
- 2345 • Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung. Den Ansatz des **lebenslangen Lernens** soll stär-
2346 ker in der Arbeitswelt verankert werden.
- 2347 • Wir wollen in neuen Berufsbildern, in der **Transformation von Berufen** und in der IT-Bran-
2348 che das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit verankern. Mädchen und Frauen müssen be-
2349 sondern gefördert werden, damit alle einen gleichberechtigten Zugang zu neuen Berufen er-
2350 halten.
- 2351 • Wir wollen eine **flächendeckende Tarifbindung** und mehr Mitbestimmungsrechte der Be-
2352 schäftigten. Um diese Stärke auch in Zeiten des Wandels erhalten zu können, brauchen wir
2353 bessere Rahmenbedingungen vom Gesetzgeber. Für Unternehmen und Beschäftigte sollen
2354 Anreize für einen Verbands- bzw. Gewerkschaftsbeitritt geschaffen werden.
- 2355 • Wir wollen Investitionen in **Bildung und Qualifizierungsprogramme**, um die Arbeitskräfte
2356 auf die Anforderungen einer klimaneutralen Wirtschaft vorzubereiten.
- 2357 • Wir wollen eine **ressortübergreifende** Innovations-, Forschungs- und Transferstrategie.

- 2358 • Wir wollen **kleinere und mittlere Unternehmen** mit verlässlichen digitalen Strukturen ver-
 2359 sorgen. Dezentrale Beratungsangebote sind wichtig, um Start-Ups und Co-Working-Modelle
 2360 vor allem in ländlichen Räumen zu sichern.
- 2361 • Wir wollen die **Finanzierung und Fördermöglichkeiten** für Kultur- und Kreativschaffende
 2362 ausbauen.
- 2363 • Wir wollen **Innovation fördern und Infrastruktur** für neue Netzwerke wie Long Range
 2364 Wide Area Network (LoRaWAN) auf öffentlichen Gebäuden zu Verfügung stellen. Diese
 2365 Netzwerke sind ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung von neuen Technologien für mo-
 2366 derne Fabriken (Industrie 4.0) und im SmartHome Bereich. LoRaWAN ermöglicht es, mit ei-
 2367 nem minimalen Energieverbrauch hunderte Sensoren auszulesen und kann ein wichtiger
 2368 Faktor bei der Sicherung Schleswig-Holsteins als Innovationsland sein.
- 2369 • Wir wollen uns für die **Förderung einer Kreislaufwirtschaft** einsetzen, um Abfall zu redu-
 2370 zieren und Rohstoffe effizient zu nutzen. Unternehmen sollen Anreize erhalten, um Produkte
 2371 so zu gestalten, dass sie wiederverwendet oder recycelt werden können.
- 2372 • Wir wollen, dass **Menschenrechte und Umweltstandards** bei der Produktion beachtet
 2373 und erfüllt werden. Bei Aufträgen oder Anschaffungen aus öffentlicher Hand fordern wir ent-
 2374 sprechende Selbstverpflichtungen.
- 2375 • Wir wollen einen gesetzlichen Rahmen für Unternehmen, die weltweit produzieren und un-
 2376 sere Märkte beliefern. Das derzeit geltende **Lieferkettengesetz** geht hier nicht weit genug.
- 2377 • Wir wollen uns verstärkt für das besondere Potenzial der Software- und Spieleindustrie
 2378 stark machen.
- 2379 • Wir wollen das **Aufstiegs-BAföG** fortlaufend weiterentwickeln, um die Aufstiegsmöglichkei-
 2380 ten von Beschäftigten in allen Berufen zu fördern.
- 2381 • Wir wollen, dass neue **Arbeitszeit- und Arbeitsortformen** in einen gesetzlichen Rege-
 2382 lungsrahmen über- führt werden. Dieser muss vor Überforderung und Entgrenzung schützen,
 2383 aber genügend Freiraum für die individuelle Ausgestaltung der Arbeit lassen.
- 2384
- 2385
- 2386 **Der maritimen Wirtschaft im Norden eine Zukunftsperspektive geben**
 2387 Die Offshore-Industrie steht vor einem massiven Wachstum, das wir in unserer Region be-
 2388 sondern deutlich spüren werden. Unsere Häfen werden dabei als logistische Drehscheiben
 2389 für Offshore-Windkraft eine zentrale Rolle einnehmen. Neben der Erweiterung industrieller
 2390 Kapazitäten wird auch der Ausbau zusätzlicher Hafenskapazitäten erforderlich sein, um die
 2391 Anlagen auf See zu errichten und zu versorgen. Wir müssen unsere maritime Wirtschaft be-
 2392 fähigen, die dringend benötigten Energiehubs bereitzustellen – derzeit gibt es hier noch zu
 2393 viele Hindernisse.
 2394 Die Branche hat schmerzhaft Erfahrungen gemacht, als der erste Ausbausub der Offs-
 2395 hore-Windkraft ins Stocken geriet. Klar ist: Ohne zusätzliche Schwerlast-Hafenflächen wird
 2396 die Energiewende nicht gelingen. Doch das Wachstum der Offshore-Industrie bietet nicht nur
 2397 Chancen für die Häfen an der Westküste, sondern auch für unsere Werften. Insbesondere
 2398 die FSG/Nobiskrug verfügt mit ihrer Belegschaft über enormes Potenzial, um die Erneuerba-
 2399 ren auf See entscheidend voranzubringen. Nur wenn wir diese Potenziale gezielt nutzen,
 2400 können wir die maritime Wirtschaft im Norden als wirtschaftlichen Standortfaktor stärken und
 2401 unseren Häfen eine langfristige Perspektive bieten.
 2402

- 2403
- 2404
- 2405
- 2406
- 2407
- 2408
- 2409
- 2410
- 2411
- 2412
- 2413
- 2414
- 2415
- 2416
- 2417
- 2418
- 2419
- 2420
- 2421
- 2422
- 2423
- 2424
- 2425
- 2426
- 2427
- Wir wollen die **Hafenstrategie der Bundesregierung** weiterentwickeln und konsequent umzusetzen. Dazu gehört insbesondere die Transformation der Häfen zu Energiehubs und die Schaffung zusätzlicher Schwerlastflächen für den Offshore-Ausbau. Angesichts der nationalen Bedeutung dieser Projekte müssen wir auch die Rolle kleinerer Häfen, insbesondere in Schleswig-Holstein, stärker berücksichtigen.
 - Wir wollen **kritische Werftkapazitäten** für unser Land sichern. Für uns steht fest: Der Bund muss sich an Lösungen für die Zukunft unserer Werften wie der FSG beteiligen, denn diese sind entscheidend für die maritime Industrie und die Energiewende. Es darf keine Einzelentscheidungen mehr geben – die Zukunft der Branche muss strategisch angegangen werden.
 - Wir wollen, dass unsere regionale Wirtschaft vom staatlich geförderten Ausbau der **Offshore-Windkraft** profitiert und dadurch Industriearbeitsplätze im Norden erhalten und geschaffen bleiben. Insbesondere ungenutzte Werftkapazitäten sollten gezielt für den Bau von Offshore-Anlagen und Spezialschiffen genutzt werden. Der Bedarf an solchen Schiffen wird in den kommenden Jahren stark steigen. Während solche Schiffe derzeit vorwiegend im Ausland gebaut werden, müssen wir sicherstellen, dass diese strategisch wichtigen Kapazitäten in Deutschland verfügbar sind. Nur so können wir gewährleisten, dass die benötigten Schiffe rechtzeitig und zuverlässig bereitstehen.
 - Wir wollen, dass die **erneuerbaren Energien** insbesondere an der Westküste noch stärker zum Standortvorteil werden. Wir wollen bei Ansiedlungen von energieintensiven Industrien die direkte Nutzung von Windstrom erleichtern.
 - Wir wollen, dass **wichtige Ausbildungszentren** für die maritime Wirtschaft wie das Maritime Zentrum an der Hochschule Flensburg oder die Seefahrtsschule Flensburg verlässlich gefördert werden.

2428

2429

2430 **Digitale Spaltung verhindern, digitale Infrastruktur flächendeckend ausbauen**

2431 Die Digitalisierung prägt wie kaum eine andere Entwicklung das Leben im 21. Jahrhundert.

2432 Hierdurch entstehen neue Chancen, aber auch neue Formen der sozialen Ungleichheit. Es

2433 ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass alle Menschen Zugang zu digitaler Teil-

2434 haben. Für uns ist die digitale Daseinsvorsorge eine öffentliche Aufgabe. Durch die zuneh-

2435 mende Digitalisierung im Wirtschafts- und Privatleben besteht ein großes und drängendes

2436 Bedürfnis, die digitale Infrastruktur erheblich auszubauen. Breitbandversorgung ist ein ent-

2437 scheidender Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden. Gerade im ländlichen

2438 Raum ist die schnelle Internetversorgung bei weitem noch nicht flächendeckend.

- 2439
- 2440
- 2441
- 2442
- 2443
- Wir wollen, dass der Bund seine Anstrengungen verstärkt, den **Ausbau des schnellen Internets** auch in den nächsten Jahren weiter voranzubringen und die Gemeinden dabei zu unterstützen, Lösungen vor Ort zu erarbeiten. Das Recht auf schnelles Internet muss gesetzlich geregelt werden, da es zur Daseinsvorsorge gehört. Auch im **ländlichen Raum** muss eine **flächendeckende Versorgung** sichergestellt sein.

- 2444
- 2445
- 2446
- 2447
- Wir wollen, dass alle Schulen und außerschulischen Lernorte wie Bibliotheken und Volkshochschulen schnellstmöglich mit Glasfaserkabeln an das Breitbandnetz angeschlossen werden. Diese Orte spielen für uns eine besondere Rolle, weil sie Kompetenzen im Umgang mit neuen Medien vermitteln.

- 2448
- 2449
- 2450
- 2451
- Wir wollen den Ausbau von **WLAN-Zugängen im öffentlichen Raum** überall, wo es sinnvoll ist, fördern. Neben der Unterstützung von WLAN-Zugängen von kommerziellen Anbietern setzen wir uns insbesondere für freie, öffentliche WLAN-Zugänge/Netze wie z. B. die Freifunkinitiative ein.

- 2452 • Wir wollen, dass in und an öffentlichen Gebäuden **kostenloses WLAN** zur Verfügung ge-
2453 stellt wird. Vor allem an Schulen und in Bibliotheken muss es einen freien WLAN-Zugang ge-
2454 ben.
- 2455 • Wir wollen, dass der **Bund seine Anstrengungen** verstärkt, den Ausbau des schnellen In-
2456 ternets auch in den nächsten Jahren weiter voranzubringen und die Gemeinden dabei zu un-
2457 terstützen, Lösungen vor Ort zu erarbeiten.
- 2458 • Wir wollen eine **weitgehende Digitalisierung** von Verwaltungsprozessen auf allen staatli-
2459 chen Ebenen, um einen besseren Service zu leisten und mehr Transparenz herzustellen.
2460 Dabei darf der Datenschutz nicht vernachlässigt werden.
- 2461 • Wir wollen, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung persönlicher Daten im Rahmen
2462 öffentlicher Aufgaben **nicht privatisiert** wird. Ein verlässlicher Datenschutz ist ebenfalls Teil
2463 der digitalen Daseinsvorsorge.
- 2464
- 2465
- 2466
- 2467
- 2468
- 2469
- 2470
- 2471
- 2472
- 2473
- 2474
- 2475
- 2476
- 2477
- 2478
- 2479
- 2480
- 2481
- 2482
- 2483
- 2484
- 2485
- 2486
- 2487
- 2488

2489 **Regional und Nachhaltig: Wir brauchen eine andere Land-** 2490 **wirtschaftspolitik**

2491 Die Landwirtschaft ist ein prägender Wirtschaftsbereich in Schleswig-Holstein, doch sie steht
2492 seit Jahrzehnten unter einem massiven Druck. Das haben auch die Proteste der Bauern An-
2493 fang 2024 wieder gezeigt. Der Strukturwandel und das Höfesterben greifen um sich. Wer
2494 nicht wachsen will, muss weichen. Dazu kommt der politische und der gesellschaftliche
2495 Wunsch nach Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion. Deshalb fühlen sich
2496 viele Bauern unter enormen Druck und reagieren sehr emotional auf jeder Verringerung ihrer
2497 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

2498 Die Diskussionen um mehr Tierwohl und Umweltbelastungen aus Dünge- und Pflanzen-
2499 schutzmitteln schaffen Verunsicherungen in der Landwirtschaft. Auch der Klimawandel wirkt
2500 sich insbesondere durch Wetterextreme negativ aus. Gleichzeitig sind die Preise für landwirt-
2501 schaftliche Produkte nicht immer auskömmlich. Dieser Druck gipfelte in bundesweiten Pro-
2502 testen und Aktionen der Landwirt:innen.

2503 Bei allem Verständnis müssen solche Proteste z.B. bei der geplanten Erhöhung der Diesell-
2504 steuer gewaltfrei und innerhalb der demokratischen Rahmen bleiben. Der SSW will zwar
2505 eine andere Landwirtschaftspolitik, die regionaler und nachhaltiger ist, aber die Landwirt-
2506 schaft muss so aufgestellt sein, dass die Landwirte eine Zukunft in Schleswig-Holstein ha-
2507 ben. Für regionale und nachhaltige Landwirtschaftspolitik benötigen wir faire Bedingungen
2508 und Anreize für die regionale Produktion unserer Lebensmittel. Statt den LandwirtInnen aktiv
2509 und finanziell bei der Existenzsicherung zu helfen, geschieht mit der Streichung der Agrar-
2510 dieselvevergütung und der Kfz-Steuerbefreiung genau das Gegenteil. Stattdessen sollten wir
2511 gezielte Zuschüsse priorisieren, die der Transformation Schwung verleihen und ein Höfester-
2512 ben verhindern.

2513
2514 Uns eint das Ziel, die Herausforderungen zu meistern, vor denen die Landwirtschaft steht,
2515 und zu klären, wie der Klimawandel und die Biodiversitätskrise bewältigt werden können. Wir
2516 wollen so schnell wie möglich eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft, die ressourcenschon-
2517 end und nachhaltig arbeitet, Aspekte des Tierwohls, der Biodiversität, des Gewässer- und
2518 des Bodenschutzes stärker berücksichtigt und es mit den Herausforderungen des Klimawan-
2519 dels und der Wetterextreme aufnehmen kann.

2520 Es muss viel ändern. Maßgeblich ist, dass sich eine neue Bundesregierung sich endlich für
2521 eine echte Reform der EU-Agrarförderung einsetzt. Soziale Aspekte und der gesellschaftli-
2522 che Wunsch nach mehr Umwelt- und Klimaschutz und Tierwohl müssen in den Fokus der
2523 EU-Zahlungen rücken. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, bei dem aber auch klar
2524 sein muss: Die Stärkung des Tierwohl wird entsprechende Hilfen für unsere LandwirtInnen
2525 benötigen, um eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu sichern.

2526 • Wir wollen, dass die **bäuerliche Landwirtschaft** ein wichtiger **Teil unserer Gesell-**
2527 **schaft** in Schleswig-Holstein bleibt.

2528 • Wir wollen die Düngeeinträge in unsere Gewässer minimieren. Wir wollen eine mo-
2529 derne Düngeverordnung und Untersuchungsmethoden sowie Warnstufen, die früh-
2530 zeitig anschlagen. Dabei müssen wir auch die Zusammenarbeit mit Dänemark zum
2531 Schutz unserer gemeinsamen Förde stärken.

2532 • Wir wollen das **Grund- und Oberflächenwasser** besser **schützen**. Dafür benötigen
2533 wir Regeln, wie Düngeüberschüsse aus Stickstoff und Phosphat reduziert werden
2534 sollen. Die Ausbringung der Nährstoffe muss effizienter werden, um Eutrophierung
2535 (Nährstoffüberangebot in Gewässern) zu verhindern. Gleichzeitig müssen die not-
2536 wendigen Investitionen der Landwirtschaft in Techniken zur besseren Ausbringung
2537 und Einarbeitung von Düngemitteln bezahlbar sein.

- 2538 • Wir wollen den **Vertragsnaturschutz stärken**, um Anreize für landschaftspflegerische Maßnahmen zu schaffen und naturnahe Kulturlandschaften besser zu schützen.
2539
- 2540 • Wir wollen, dass **Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes finanziell kompensiert** werden, um einen Anreiz für die Landwirt:innen zu schaffen, diese umzusetzen.
2541
- 2542 • Wir wollen das **Grünland weiter stärken**, auch weil es als biologische CO₂-Senke einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet.
2543
- 2544 • Wir wollen die **Nutzung von Niederungsbereichen und Moorflächen anpassen** und sie wieder in einen Zustand versetzen, in dem sie ihre Funktion als **CO₂-Speicher** besser wahrnehmen können. Zum Erhalt dieser Flächen brauchen wir Klimaschutz- und Flächenprogramme.
2545
2546
2547
- 2548 • Wir wollen, dass **Biodiversität in der Landwirtschaft** stärker berücksichtigt wird. Dafür muss das Thema auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung gestärkt werden.
2549
- 2550 • Wir wollen einen **besseren Insektenschutz**. Programme für Blühflächen müssen verstärkt werden.
2551
- 2552 • Wir wollen **keinen Einsatz von Glyphosat**, weder im privaten noch im Agrarbereich. Pflanzenschutzmittel dürfen nicht gesundheitsgefährdend sein. Mechanische und ökologische Bewirtschaftungsformen müssen stärker in Betracht gezogen werden.
2553
2554
- 2555 • Wir wollen, dass der Einsatz von **Antibiotika, Hormonen und Medikamenten in der Tierproduktion** auf ein verantwortliches Maß **reduziert** wird, denn wir benötigen lebensrettende Reserveantibiotika für die Humanmedizin, um die weitere Zunahme von Resistenzen zu vermeiden.
2556
2557
2558
- 2559 • Wir wollen, dass die **EU-Agrarförderung** sich stärker an **sozialen und ökologischen Standards** orientiert. Dafür brauchen wir eine Reform der EU-Agrarzahlungen.
2560
2561
- 2562 • Wir wollen, dass **sowohl die konventionelle als auch die ökologische Landwirtschaft** unterstützt werden, da beide ihre Berechtigung haben. Die Umstellung hin zu einer ökologischen Landwirtschaft muss verbessert werden.
2563
2564
- 2565 • Wir wollen die Wertschöpfung und Wertschätzung landwirtschaftlicher Produkte stärken. Die **regionale Vermarktung** landwirtschaftlicher Produkte muss gestärkt werden. In Vermarktungsstrategien müssen Regionalität, Nachhaltigkeit und fairer Handel berücksichtigt werden.
2566
2567
2568
- 2569 • Wir wollen die **Veredlung landwirtschaftlicher Produkte** in den Regionen fördern. Der Transport von Lebensmitteln muss auf ein Minimum reduziert werden. Dies trägt auch zu mehr Klimaschutz bei und schafft qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort.
2570
2571
- 2572 • Wir wollen, dass alle Verbraucher:innen **Zugang zu hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln** haben. Bioprodukte sowie nachhaltig und regional produzierte Nahrungsmittel müssen auch für Geringverdiener erschwinglich sein.
2573
2574
- 2575 • Wir wollen, dass der **Verbraucherschutz gestärkt** wird. Deklarationen und Qualitätssiegel auf Lebensmitteln müssen leicht verständlich sein.
2576
- 2577 • Wir wollen den **Transport von lebenden Tieren** national und international **begrenzen**. Das stärkt die regionalen Veredlungsbetriebe, schafft qualifizierte Arbeitsplätze
2578

2579 und erhöht das Vertrauen der Verbraucher:innen. Mindeststandards für Lohn- und Ar-
 2580 beitsbedingungen in der Fleischproduktion müssen eingehalten werden – unsoziale
 2581 Beschäftigungsverhältnisse oder Leiharbeit dürfen kein Geschäftsmodell sein.

2582 • Wir wollen, dass die **regionale Produktion** von landwirtschaftlichen Produkten nicht
 2583 unter den **Freihandelsabkommen der EU leiden**. Die Abkommen müssen sicher-
 2584 stellen, dass die in der EU geltenden ökologischen, sozialen, ökonomischen und Ver-
 2585 braucherschutz-Standards eingehalten werden.

2586

2587

2588 **Fischerei als Traditionsberuf in Schleswig-Holstein erhalten**

2589 Die schleswig-holsteinische Fischerei ist ein Traditionsberuf und in vielen Küstenstädten ver-
 2590 ankert. Sie ist auch aus touristischer Sicht ein Gewinn für die Standorte. Wir setzen uns wei-
 2591 terhin für den Erhalt der traditionellen und nachhaltigen Fischerei ein. Auch die Fischerei
 2592 muss die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigen. Die Fischer:innen tragen
 2593 auf der Basis freiwilliger Vereinbarungen zum Schutz von Schweinswalen und tauchenden
 2594 Meeresenten bei.

2595 Gleichwohl müssen die Interessen der Fischerei gewahrt bleiben, damit dieser Wirtschafts-
 2596 zweig nicht verschwindet. Die scharfen Restriktionen und Quotenregelungen sind ein Aus-
 2597 läufer einer jahrzehntelangen verfehlten und falsch gelenkten EU-Fischereipolitik, die nicht
 2598 auf Nachhaltigkeit ausgerichtet war. Heute werden den Fischer:innen knallhart Quoten vor-
 2599 geschrieben, die zum Teil existenzgefährden sind. Wir werden uns im Bundestag für eine
 2600 Änderung der EU-Fischereipolitik einsetzen.

2601

2602 • Wir wollen die handwerkliche und traditionelle **Fischerei sichern und fördern**; ihre
 2603 wirtschaftliche Existenz darf nicht gefährdet werden. Überlebensfähige Fischbe-
 2604 stände sind dafür die Voraussetzung, darum setzen wir uns für nachhaltige Fangme-
 2605 thoden ein und lehnen die industrielle Überfischung ab.

2606 • Wir wollen, dass **Fischbestände** sich **reproduzieren** können. Dafür benötigen wir
 2607 auf einer wissenschaftlichen Grundlage festgelegte Fangquoten, deren Einhaltung
 2608 besser überwacht wird.

2609 • Wir wollen **gemeinsam** mit den Fischereibetrieben und Fischereigenossenschaften
 2610 **tragfähige Lösungen** erarbeiten, um wirtschaftliche Herausforderungen zu überste-
 2611 hen.

2612 • Wir wollen **keine schwere Schleppnetzfischerei** oder anderes schweres Geschirr **in**
 2613 ökologisch **sensiblen Gebieten**.

2614 • Wir wollen, dass die erfolgreiche **freiwillige Vereinbarung zum Schutz von**
 2615 **Schweinswalen und Meeresenten** fortgesetzt wird.

2616 • Wir wollen die **nachhaltige Fischerei** in deutschen Gewässern **stärken**. Das beste-
 2617 hende MSC-Siegel (Marine Stewardship Council) für eine zertifizierte und nachhaltige
 2618 Fischerei muss weiterentwickelt werden.

2619 • Wir wollen die **regionale Vermarktung** von Fischereiprodukten stärken. Das erhöht
 2620 die Wertschöpfung auch für die handwerkliche Fischerei.

- 2621 • Wir wollen die kontrollierte und nachhaltige Aufzucht von Fischen, Muscheln, Kreb-
2622 sen oder Algen durch **Aquakultur** weiter **stärken**.
- 2623 • Wir wollen ein bundesweites und in europäischem Kontext abgestimmtest Kormoran-
2624 management, um den Schutz von Artenvielfalt und Fischereibeständen zu gewähr-
2625 leisten.
- 2626 • Wir wollen die Fischereikomponente des Windenergie auf See Gesetzes sichern. Der
2627 Bund muss sicherstellen, dass die Mittel tatsächlich unserer regionalen Fischerei zu-
2628 gute kommen.
- 2629
- 2630
- 2631
- 2632
- 2633
- 2634
- 2635
- 2636
- 2637
- 2638
- 2639
- 2640
- 2641
- 2642
- 2643
- 2644
- 2645
- 2646
- 2647
- 2648
- 2649
- 2650
- 2651
- 2652
- 2653
- 2654

2655 **Finanzpolitik nicht auf dem Rücken der Schwächsten**

2656 Die Wirtschafts- und Finanzpolitik darf nicht zulasten der Schwächsten der Gesellschaft ge-
 2657 hen. Auch der Mittelstand darf nicht weiter finanziell belastet werden. Stattdessen wollen wir
 2658 das Steuerrecht gerechter machen, indem Großunternehmen und die Vermögendsten durch
 2659 höhere Beiträge zum Gemeinwesen beitragen, damit Menschen mit kleinen oder mittleren
 2660 Einkommen entlastet werden.

2661 Die Rente muss zukunftssicher für alle Schichten der Bevölkerung sein. Wir wollen eine ge-
 2662 rechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für alle. Die Vereinbarkeit von Familie und
 2663 Beruf muss stark verbessert werden. Dazu gehört u.a. die Finanzierung der Betreuungs-
 2664 plätze und eine steuerliche Erleichterung des Homeoffice.

2665 Wir stehen für einen modernen und leistungsfähigen Staat, der den Menschen die Dienstleis-
 2666 tungen und Hilfen anbietet, die sie für das tägliche Leben benötigen. Das Schlüsselwort ist
 2667 Daseinsvorsorge. Wir wollen und brauchen einen handlungsstarken Staat, der mit den Steu-
 2668 ergeldern seiner Bürger:innen sorgsam umgeht, in Kooperation mit den Kommunen die Da-
 2669 seinsvorsorge vor Ort sicherstellt, Investitionen zum Gemeinwohl tätigt und für die Bedürfti-
 2670 gen soziale Sicherungssysteme bereitstellt.

2671

2672

2673 **Die arbeitende Mitte entlasten**

2674 Keine weitere finanzielle Belastung der arbeitenden Mitte, sondern höhere Besteuerung der
 2675 Vermögenden. Die finanzielle Belastung der deutschen Mittelschicht durch Steuern und So-
 2676 zialabgaben ist erdrückend. Die arbeitende Mitte der Gesellschaft war und ist allen Wahlver-
 2677 sprechen zum Trotz der Lastesel der Gesellschaft. Auch die unteren Einkommen leiden un-
 2678 ter Sozialbeiträgen, die nahezu ohne Freibeträge direkt greifen und das Einkommen reduzie-
 2679 ren.

2680 Zudem hat sich, wie eine Studie des DIW ergeben hat, seit der Jahrtausendwende die
 2681 Schere zwischen Arm und Reich stark erhöht. Mit 14 Billionen Gesamtvermögen ist die Bun-
 2682 desrepublik eines der reichsten Länder der Welt. Ein Drittel des Gesamtvermögens der Deut-
 2683 schen gehört jedoch dem reichsten Prozent der Bevölkerung. Im Gegensatz zu Ländern wie
 2684 USA, Kanada und Großbritannien gibt es in der Bundesrepublik keine nennenswerte Vermö-
 2685 gens- und Erbschaftsbesteuerung.

- 2686 • Wir wollen eine konsequente Umsetzung des **Konnexitätsprinzips**. Wenn Bund oder
 2687 Länder Aufgaben an die Kommunen übertragen, müssen sie gleichzeitig die Finan-
 2688 zierung sicherstellen.

- 2689 • Wir wollen **Eltern und Familien bestmöglich entlasten**. Dazu gehört für uns auch
 2690 die Forderung nach einem 7% Mehrwertsteuersatz auf Baby Produkte. Gerade in Zei-
 2691 ten, in denen es meistens nur ein Einkommen für Familien gibt, wäre das eine finan-
 2692 zielle Erleichterung.

2693

2694

2695 **Verantwortung für Daseinsvorsorge gerecht werden**

2696 Wir stehen für ein Land, in dem die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Leistun-
 2697 gen in öffentlicher Hand bleiben muss. Die Grundversorgung mit Strom, Wasser, Wärme und
 2698 Wohnraum, Öffentlicher Nahverkehr oder die Abfallentsorgung sind Aufgaben, die nicht an
 2699 private, marktwirtschaftlich arbeitende Unternehmen ohne staatliche Kontrolle und Einfluss-
 2700 möglichkeiten abgegeben werden dürfen. Zur Daseinsvorsorge gehören auch Sparkassen

- 2701 oder Genossenschaftsbanken, welche die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen si-
 2702 chern und wichtige Part- ner:innen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik der Region sind.
 2703 • Wir wollen, dass **Aufgaben der Daseinsvorsorge** nicht weiter privatisiert werden. Dazu
 2704 gehört für uns auch die Gesundheitsvorsorge. Wir wollen eine deutliche Erhöhung der jährli-
 2705 chen Fördermittel des Landes nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, damit notwen-
 2706 dige Investitionen getätigt werden können.
 2707 • Wir wollen, dass die noch **vorhandenen Krankenhäuser** der Kreise in öffentlicher Hand
 2708 bleiben, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu sichern. Dabei muss der
 2709 Bund die Krankenhausfinanzierung auch im Rahmen der Krankenhausstrukturreform adä-
 2710 quat gestalten.
 2711 • Wir wollen, dass die Energieversorgung überall dort, wo es möglich ist, in öffentliche Hände
 2712 zurückgebracht wird.
 2713 • Wir wollen die **öffentlich-rechtliche Sparkassenstruktur** erhalten. Eine Privatisierung des
 2714 Sparkassenwesens ist für uns nicht akzeptabel.
 2715 • Wir wollen, dass den Menschen in Schleswig-Holstein **flächendeckend Breitbandverbin-**
 2716 **dungen (FTTH)** mit einer Datengeschwindigkeit von mindestens 100 Mbit zur Verfügung ste-
 2717 hen.

2718
 2719

2720 **Steuerrecht sozialer gestalten: Großunternehmen und die Vermögendsten hö-** 2721 **her besteuern, kleine und mittlere Einkommen entlasten**

- 2722 Wir wollen das Steuerrecht endlich vereinfachen und gerechter gestalten. Kleinere und mitt-
 2723 lere Einkommen wollen wir deutlich entlasten, damit sie wieder mehr von ihrem Geld haben,
 2724 während z. B. Großunternehmen und Superreiche mehr zur Finanzierung des Gemeinwe-
 2725 sens beitragen können und sollten. Es gilt, insgesamt ein ausgewogenes System zu schaf-
 2726 fen, um das Gemeinwesen, das allen gehört, für alle da ist und von allen gemeinschaftlich
 2727 finanziert wird, als einen solidarischen Verbund zu stärken und zu erhalten.
 2728 • Wir wollen einen **armutsfesten Mindestlohn** in Höhe von **15 Euro**.
 2729 • Wir wollen, dass niedrige Einkommen bei den **Sozialbeträgen entlastet** werden, damit es
 2730 sich lohnt, Arbeit anzunehmen.
 2731 • Wir wollen zusätzlich zu der Entlastung von den Sozialbeiträgen den **Grundfreibetrag er-**
 2732 **höhen**, um die unteren Einkommen auch bei die der Rentner bei der Einkommenssteuer zu
 2733 entlasten.
 2734 • Wir wollen eine **Reform des Ehegatt:innensplittings**. Die Ehe wird von Seiten des Staa-
 2735 tes weiterhin begünstigt und gilt immer noch als klassisches Familienmodell. Dies wird be-
 2736 sonders im Ehegatt:innen- splitting deutlich. Der Splittingvorteil ist gerade für Alleinverdie-
 2737 ner:innen-Ehen mit hohem Einkommen erheblich größer. Inzwischen gibt es jedoch deutlich
 2738 vielfältigere Lebensentwürfe, Einkommenssituationen und Familienkonstellationen. Mit einer
 2739 Reform des Ehegatt:innensplittings hin zu einem Familiensplitting wollen wir dieser Lebens-
 2740 realität Rechnung tragen und echte Steuergerechtigkeit für alle Familien schaffen.
 2741 • Wir wollen **extrem hohe Einkommen und Gewinne** angemessen besteuern. Es geht uns
 2742 nicht um Sozialneid den Vermögendsten gegenüber – ein hohes Vermögen kann durchaus
 2743 hart erarbeitet worden sein und Respekt verdienen. Aber die Steuersätze für diese Kategorie
 2744 sollen auf ein angemessenes Niveau angehoben werden, weil starke Schultern mehr tragen
 2745 können als schwache.

- 2746 • Wir wollen, dass die Staatseinnahmen durch Einführung einer **Vermögenssteuer** erhöht
 2747 werden. Dies dient der gerechten Verteilung der steuerlichen Belastung und der Einkommen
 2748 der Bürger:innen. Hier muss es für Bürger:innen angemessene Freibeträge geben.
- 2749 • Wir eine **Erbschaftsteuerreform**, die die Steuerbelastung durch die Erbschaftsteuer ge-
 2750 rechter gestaltet. Die Privilegierung großer Erbschaften gilt es zu beseitigen. Gleichzeitig ist
 2751 es wichtig, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen durch großzügige Freibeträge
 2752 geschützt werden
- 2753 • Wir wollen, dass mindestens in der **EU eine Finanztransaktionssteuer** für sämtliche Um-
 2754 sätze am Wertpapiermarkt erhoben wird. Sollte eine EU-weite Finanztransaktionssteuer nicht
 2755 möglich sein, befürworten wir die Einführung dieser Steuer auf nationaler Ebene. Für Klein-
 2756 sparer:innen muss es einen Freibetrag von mindestens 3.000 € Umsatz jährlich geben.
- 2757 • Wir wollen, dass internationale Konzerne ihre Steuern künftig dort entrichten, wo die Um-
 2758 sätze er- zielt werden. **Steuerliche Schlupflöcher**, etwa durch Gewinnverschiebung in Steu-
 2759 eroasen, müssen endlich geschlossen werden. Die daraus entstehenden Steuerschäden
 2760 sind immens und müssen weltweit angegangen werden. Die Einigung über die Reform der
 2761 internationalen Unternehmensbesteuerung aus dem vergangenen Jahr ist ein richtiger und
 2762 wichtiger Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit, auch Deutschland und Schleswig-Holstein
 2763 müssen aber an diesen Steuereinnahmen beteiligt werden.
- 2764 • Wir wollen Privatanleger:innen bei ihrer **privaten Altersvorsorge** unterstützen, darum wol-
 2765 len wir die langfristige Anlage in Wertpapiere steuerlich entlasten. Hierfür schlagen wir ers-
 2766 tens vor, ein privates Altersvorsorgekonto einzurichten. Kursgewinne, Ausschüttungen und
 2767 Zinserträge innerhalb dieses Kontos bleiben steuerfrei, solange sie nicht vor Renteneintritt
 2768 entnommen werden. Das Konto wird als nicht verwertbares Vermögen eingestuft, muss nicht
 2769 für die Grundsicherung aufgelöst werden und ist vor Pfändung geschützt. Zweitens wollen
 2770 wir den Sparerpauschbetrag deutlich erhöhen. Die voraus- schauenden fleißigen Kleinanle-
 2771 ger:innen sollen sich für ihre Sparanstrengungen und Vorsorgeleistungen belohnen dürfen
 2772 und nicht mit hohen Steuersätzen bestraft werden.
- 2773 • Wir wollen **Homeoffice steuerlich besser berücksichtigen** und Homeoffice, Heimarbeits-
 2774 plätze und Telearbeit als Teil der modernen Arbeitswelt weiterentwickeln. Das Arbeiten im
 2775 Homeoffice hat sich während der Coronakrise bewährt. Aufwendungen für Heimarbeitsplätze
 2776 sollen künftig auch dann als Werbungskosten steuerlich berücksichtigt werden, wenn der
 2777 Heimarbeitsplatz nicht den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit bildet.
- 2778 • Wir wollen qualifizierte Steuerbeamt:innen in den unterbesetzten Fachabteilungen einset-
 2779 zen, beispielsweise in der Steuerfahndung. Zurzeit arbeiten viele speziell ausgebildete Steu-
 2780 erfachleute in den Geschäftsstellen der Finanzämter, wo sie allgemeine Verwaltungsaufga-
 2781 ben übernehmen. Obwohl auch dort ein allgemein hoher Bedarf an qualifiziertem Personal
 2782 besteht, sind die Qualifikation und Fachkenntnisse der Steuerbeamt:innen auf diesen Posten
 2783 nicht optimal eingebracht. Wir wollen durch entsprechende Querversetzungen dafür sorgen,
 2784 dass die Kompetenz der Fachleute optimal eingesetzt wird und so zu Steuermehreinnahmen
 2785 führt.

2786
 2787

2788 **Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen sozial- und naturverträglich gestalten**

2789 Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit; wir müssen entsprechende
 2790 Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen treffen. Für Schleswig-Holstein mit seinen Küsten
 2791 und der flachen Landschaft ist dies überlebenswichtig. Wir wollen und müssen dafür sorgen,
 2792 dass auch kommende Generationen in Schleswig-Holstein gut leben können. Dabei ist klar,

2793 dass wir Klimaschutz und Energiewende nur effektiv umsetzen können, wenn dies für Men-
 2794 schen mit kleinen oder mittleren Einkommen bezahlbar bleibt. Wenn etwa wegen der Erhö-
 2795 hung der CO₂-Steuer die Kosten für Autos und Wohnungen steigen, muss Mobilität anders
 2796 (etwa durch einen flächendeckenden öffentlichen Verkehr) gesichert und die Menschen fi-
 2797 nanziell entlastet werden. Eine soziale Schieflage durch die Kosten von Klimaschutzmaß-
 2798 nahmen gilt es zu verhindern. Wir stehen dafür, beim Umwelt- und Klimaschutz alle mitzu-
 2799 nehmen – das geht nur über eine sozialverträgliche Umsetzung.

2800

2801 • Wir wollen **erneuerbare Energien** überall dort fördern, wo es in und für Schleswig-Holstein
 2802 sinnvoll ist. Wir wollen durch Transparenz und Dialoge auf Augenhöhe Akzeptanz herstellen,
 2803 z. B. bei Offshore-Windparks, Bürger:innenwindparks oder der Förderung von Wasserstoff-
 2804 technik.

2805 • Wir wollen den **ÖPNV attraktiver** machen, nicht den motorisierten Individualverkehr unbe-
 2806 zahlbar. Statt die Kraftstoffpreise über Steuern immer höher zu treiben und die Menschen so
 2807 in ihrer Mobilität einzuschränken, wollen wir in den massiven Ausbau des ÖPNV-Netzes in-
 2808 vestieren und schrittweise eine kostengünstige oder gar kostenlose Nutzung ermöglichen.
 2809 Auf diese Weise wollen wir viele Menschen davon überzeugen, freiwillig auf den klimafreund-
 2810 lichen ÖPNV umzusteigen.

2811 • Wir wollen vornehmlich die Industrie und die Großunternehmen **zur Kasse** bitten, nicht die
 2812 Privathaushalte. Der EU-Emissionshandel (EU-ETS) muss sektorenübergreifend und über
 2813 Staatsgrenzen hinaus (möglichst global) ausgeweitet werden. Über dieses Emissionshan-
 2814 delssystem sparen diejenigen viel Geld, die in klimafreundliche Technologien investieren und
 2815 nachhaltig wirtschaften, da sie keine oder nur wenige teure CO₂-Zertifikate erwerben müs-
 2816 sen. So werden Anreize geschaffen, um CO₂ im großen Maßstab einzusparen. Artikel 6 des
 2817 Pariser Klimaschutzabkommens hat hierfür eine rechtliche Basis geschaffen, die auch einen
 2818 Transfer von Zertifikaten zwischen Staaten ermöglicht und so zur Steigerung der Klima-
 2819 schutzambitionen einzelner Staaten beitragen soll. Das schafft einen Anreiz, Treibhaus-
 2820 gasemissionen insbesondere dort zu reduzieren, wo dies zu den geringsten Kosten und der
 2821 höchsten Effektivität möglich ist.

2822 • Wir wollen **einen effektiven Umwelt- und Klimaschutz**; dieser kann nur international gelin-
 2823 gen. Wir wollen Gesetzgebung ideologiefrei, technologieoffen und innovationsfördernd ge-
 2824 stalten und Projekte, Maßnahmen und Technologien fördern, welche die Belastungen für die
 2825 Umwelt nachweislich gering halten.

2826

2827

2828 **Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen**

2829 Infolge der Coronakrise ist das Interesse an „sicheren“ Arbeitsplätzen insgesamt gestiegen.
 2830 Dies haben auch viele Bereiche des öffentlichen Dienstes an entsprechenden Bewerberzah-
 2831 len gespürt. Für die Arbeitgeber:innen bietet sich dadurch die Gelegenheit, jetzt verstärkt für
 2832 eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu werben, um dem Fachkräftemangel in den Ver-
 2833 waltungen entgegenzuwirken. Gleichzeitig bleibt die allgemeine Wettbewerbssituation natür-
 2834 lich bestehen. Auch der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein steht im Wettbewerb um gu-
 2835 tes und gut ausgebildetes Personal – und zwar nicht nur mit der Privatwirtschaft, sondern
 2836 auch mit der Bundesverwaltung und anderen Landesverwaltungen.

2837 • Wir wollen, dass das **Weihnachtsgeld für Beamt:innen** weiterhin gezahlt wird und sich
 2838 der Bund im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzt, dass auch in den Ländern das

- 2839 Weihnachtsgeld oder eine entsprechende Sonderzahlung weiterhin gezahlt, beziehungs-
 2840 weise wieder eingeführt wird.
- 2841 • Wir wollen eine weitere **Flexibilisierung der Arbeitszeit** zur besseren Vereinbarkeit von
 - 2842 Familie und Beruf umsetzen, die sich an den Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensphasen
 - 2843 orientiert.
 - 2844 • Wir wollen dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst gerade auch für **Berufseinsteiger:in-**
 - 2845 **nen** attraktiv bleibt.
 - 2846 • Wir wollen eine **höhere Durchlässigkeit** zwischen den Laufbahngruppen umsetzen.
 - 2847 • Wir wollen eine weitere Verbesserung der **Gesundheitsprävention**.
 - 2848 • Wir wollen, dass die Kommunen im Sinne der Beschäftigten eine **größere Flexibilität** im
 - 2849 Personalmanagement erhalten.

2850
 2851

2852 **Schuldenbremse, Altschuldentilgungsfonds und Bürokratieabbau**

- 2853 • Wir wollen eine **Reform der Schuldenbremse**, um dringend notwendige Investitionen zu
- 2854 ermöglichen, und somit den Sanierungsstau bei landeseigenen Einrichtungen, den Landesstra-
- 2855 ßen, der digitalen Infrastruktur oder im Krankenhausbereich effektiv und kontinuierlich abzu-
- 2856 bauen. Dies könnte geschehen in dem man staatliche Investition in Kernbereichen wie Infra-
- 2857 struktur, Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz von den Beschränkungen der Schulden-
- 2858 bremsen ausnimmt. Sollte eine Grundgesetzänderung zur Anpassung der Schuldenbremse
- 2859 keine politische Mehrheit finden, plädieren wir für eine pragmatische Weiterentwicklung der
- 2860 Konjunkturkomponente. Hierbei sollten Aspekte wie die Ungleichheit der Arbeitsmarktteil-
- 2861 nahme zwischen Frauen und Männern, unfreiwillige Teilzeitarbeit sowie Langzeitarbeitslosig-
- 2862 keit in die Berechnung des Produktionspotenzials einfließen, um eine realistischere und ge-
- 2863 rechtere Grundlage für finanzpolitische Entscheidungen zu schaffen.
- 2864 • Wir wollen die Diskussion auf Bundesebene um einen **Altschuldentilgungsfonds** wieder
- 2865 aufnehmen. Mit diesem Fonds sollen Zins und Tilgung von Bund, Ländern und Gemeinden
- 2866 gemeinsam übernommen werden. Das Zusammenfassen der Verbindlichkeiten ermöglicht
- 2867 günstige Konditionen für eine Kreditaufnahme am Kapitalmarkt, die auch die Länder- und
- 2868 kommunalen Haushalte entlasten. Die Tilgung der Altlasten ist wichtig, damit sich vor allem
- 2869 Länder und Kommunen aus ihrer Stagnation befreien können. Nur mit einem gemeinsamen
- 2870 Plan zur Schuldentilgung können die öffentlichen Schulden in Deutschland zügig und zielsi-
- 2871 cher beseitigt werden. Der Altschuldentilgungsfonds sollte sich vornehmlich aus zukünftigen
- 2872 neuen Steuereinnahmen speisen.
- 2873 • Wir wollen den **Bürokratieabbau** weiter vorantreiben. So machen wir nicht nur den Men-
- 2874 schen das Leben einfacher, sondern ermöglichen es auch der Wirtschaft, freiwerdende Ka-
- 2875 pazitäten an anderen Stellen gewinnbringend einzusetzen. Dies begünstigt ein schnelleres
- 2876 Wirtschaftswachstum, wovon über Steuern wiederum auch der Staat profitiert.

2877
 2878

2879 **Eine Europäische Union, die nationale Minderheiten** 2880 **schützt und fördert**

2881 In der Europäischen Union gibt es mehr als 60 regionale und Minderheitensprachen. Jeder
2882 siebte Europäer gehört einer nationalen Minderheit an oder spricht eine Regional- oder Min-
2883 derheitensprache. Diese Menschen leben das Motto der EU ‚In Vielfalt geeint‘ tagtäglich. Sie
2884 tragen zur kulturellen Vielfalt bei und müssen dringend gefördert und geschützt werden. Die
2885 EU muss sich zu ihrer Verantwortung für die nationalen Minderheiten in der EU bekennen
2886 und hat die Pflicht, ein Umfeld zu schaffen, in dem nationale Minderheiten und ihre Kulturen
2887 nicht nur akzeptiert, sondern aktiv unterstützt und gefördert werden. Daher setzen wir uns für
2888 konkrete Maßnahmen ein, die die Anerkennung, den Schutz und die Förderung aller nationa-
2889 len Minderheiten und Volksgruppen langfristig sichern. Wir wollen, dass die **Bundesregie-**
2890 **rung** sich auf **europäischer Ebene** für die folgenden Dinge einsetzt:

- 2891
- 2892 • Wir wollen, dass die **EU-Kommission eine Kommissarin** oder einen Kommissar für
2893 die nationalen Minderheiten ernannt. Die nationalen Minderheiten brauchen eine di-
2894 rekte Anlaufstelle in der EU-Kommission an die sie sich wenden können.
- 2895 • Wir wollen, dass die Europäische Union sich zu ihrer **Verantwortung der nationalen**
2896 **Minderheiten** innerhalb der EU bekennt. Nationalstaaten, die ihre nationalen Minder-
2897 heiten und Volksgruppe diskriminieren und ihre Rechte verletzen müssen sanktioniert
2898 werden.
- 2899 • Wir wollen, dass die **Ziele der ‚Minority Safepack Initiative‘** der europäischen Min-
2900 derheitenorganisationen umgesetzt werden. Der Bund muss sich aktiv und offensiv
2901 für die Umsetzung der einzelnen Punkte bei der EU-Kommission einsetzen.
- 2902 • Wir wollen uns für eine **EU-Minderheitenpolitik** einsetzen, die die Anerkennung, den
2903 Schutz und die Förderung aller nationaler Minderheiten und Volksgruppen langfristig
2904 sichert.
- 2905 • Wir wollen, dass die besondere Minderheitenpolitik des **deutsch-dänischen Grenz-**
2906 **landes als Vorbild** für andere EU-Grenzregionen genutzt wird.
- 2907 • Wir wollen das **Kompetenzzentrum für Minderheitenfragen** in Flensburg sichtbar
2908 machen. Die Minderheitenunion FUEN, das Europäische Zentrum für Minderheiten-
2909 fragen (ECMI) und die Organisationen der dänischen Minderheit bilden dort ein
2910 einmaliges Netzwerk zu Minderheitenfragen.
- 2911 • Wir wollen, dass die **Europäische Union ein Europäisches Sprachenzentrum** für
2912 Regional- und Minderheitensprachen errichtet. Der Landesteil Schleswig bietet sich
2913 mit seinem geschichtlichen Hintergrund und der vorherrschenden Sprachenvielfalt
2914 besonders dafür an.
- 2915 • Wir wollen, dass die Bundesregierung sich aktiv für die **gemeinsamen humanisti-**
2916 **schen Grundwerte und Minderheitenrechte** in allen Mitgliedstaaten der EU ein-
2917 setzt.
- 2918 • Wir wollen mehr **Flexibilität bei der Aufnahme** von Regional- und Minderheitenspra-
2919 chen als Amtssprache der EU.
- 2920 • Wir wollen die **Abschaffung des Geoblocking** in der EU im Bereich der audiovisuel-
2921 len Inhalte, insbesondere in Grenzregionen und in Regionen, in denen nationale Min-
2922 derheiten ansässig sind.
- 2923 • Wir wollen, dass sich die Bundesregierung aktiv für die Förderung, der sozialen
2924 Gleichstellung und der Inklusion von **staatenlosen Minderheiten**, wie z.B. der
2925 Roma, in Deutschland und der EU einsetzt.
- 2926 • Wir wollen, dass politische Vertretungen von nationalen Minderheiten **keiner Sperr-**
2927 **klausel** bei der Wahl zum Europäischen Parlament unterliegen. Manche Mitglied-
2928 staaten nutzen die Sperrklausel, um aktiv Parteien von nationalen Minderheiten aus-
2929 zuschließen.
- 2930
- 2931
- 2932

2933 **Mehr Demokratie in der Europäischen Union: Für eine starke Wertegemein-**
 2934 **schaft**

2935 Die Europäische Union steht an einem entscheidenden Wendepunkt: In Zeiten wachsender
 2936 populistischer und nationaler Strömungen ist es unerlässlich, unsere demokratischen Werte
 2937 zu stärken und zu verteidigen. Die Rechtsstaatlichkeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten ist
 2938 da Fundament einer wirkungsvollen Union. Die EU muss sich aktiv dafür einsetzen, diese
 2939 Werte sowohl innerhalb ihrer Grenzen als auch international zu fördern.

- 2940
- 2941 • Wir wollen, dass die **Europäische Union ihre Werte** innerhalb und außerhalb ihrer
 2942 Grenzen schützt, fördert und verteidigt. Sie gewährleisten eine Gesellschaft, in der
 2943 Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität, Nichtdiskriminierung und Gleichheit
 2944 herrschen.
 - 2945 • Wir wollen, dass die Europäische Union entschlossen für ihre Werte und deren
 2946 Schutz einsteht. **Verstöße gegen diese Grundwerte** durch Mitgliedstaaten müssen
 2947 konsequent geahndet werden.
 2948 Wir wollen eine **Stärkung der Befugnisse** des Ausschusses der Regionen, um regi-
 2949 onale und lokale Interessen stärker in die Entscheidungsprozesse der EU einzubezie-
 2950 hen.

- 2951 • Wir wollen, dass das Europäische Parlament ein direktes legislatives **Initiativrecht**
 2952 erhält. Als einziges vom Europäischen Volke gewählte EU-Organ vertritt es die Inte-
 2953 ressen der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Eine Ausweitung seiner Befug-
 2954 nisse stärkt deshalb die demokratische Legitimität der EU.
- 2955 • Wir wollen, dass das in der EU **geltende Einstimmigkeitsprinzip** aufgehoben wird.
 2956 Es blockiert wichtige Entscheidungen und wird vermehrt aufgrund von nationalen In-
 2957 teressen ausgenutzt. Stattdessen sollte das Prinzip der qualifizierten Mehrheit einge-
 2958 führt werden.
- 2959 • Wir wollen, dass die **Europäische Bürgerinitiative reformiert** wird. Erfolgreiche Ini-
 2960 tiativen müssen die EU-Kommission dazu verpflichten, einen Gesetzesentwurf vorzu-
 2961 legen. Dies erleichtert die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der EU und
 2962 macht sie demokratischer.

2963
 2964
 2965 **Ein Europa der Regionen**

2966 Die Europäische Union ist mehr als ein Staatenverbund; sie ist eine dynamische Union von
 2967 Bürgern und ihren Regionen. Die Regionen spielen eine entscheidende Rolle bei der Umset-
 2968 zung vieler EU-Gesetze und sind damit unverzichtbare Akteure in der europäischen Integra-
 2969 tion. Ihre Stimmen und Bedürfnisse müssen in den politischen Entscheidungsprozessen der
 2970 EU angemessen berücksichtigt werden. Regionen sind oft die ersten, die die Auswirkungen
 2971 von EU-Gesetzen spüren und diese vor Ort umsetzen. Sie sind lebendige Räume, in denen
 2972 europäische Werte und Normen konkret erfahrbar werden. Diese Vielfalt muss gewahrt und
 2973 gestärkt werden, denn sie ist der Schlüssel zu einem demokratischen und inklusiven Europa.
 2974 Wenn Regionen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, können sie nicht nur ihre ei-
 2975 genen Interessen vertreten, sondern auch dazu beitragen, Lösungen zu entwickeln, die allen
 2976 Europäern zugutekommen.

- 2977
- 2978 • Wir wollen eine **Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** in der EU.
 2979 Es muss eine Verstärkung und einen Ausbau der Interreg-Mittel im mehrjährigen Fi-
 2980 nanzrahmen 2028 – 2035 geben.
 - 2981 • Wir wollen, dass **EU-Fördermittel so dezentral** wie möglich verteilt werden. Es darf
 2982 keine Zusammenlegung der Agrar- und Regionalfonds und damit eine Schwächung
 2983 der Regionen geben.
 - 2984 • Wir wollen, dass das **Schengener-Abkommen geschützt** und umgesetzt wird. Of-
 2985 fene Binnengrenzen sind eine zentrale Errungenschaft der EU. Grenzschießungen

- 2986 schaden dem innereuropäischen Handel und gefährden die Reisefreiheit der europä-
- 2987 schen Bürgerinnen und Bürger.
- 2988 • Wir wollen, dass **Inseln** in der Europäischen Union einen Sonderstatus in der EU-Ge-
 - 2989 setzgebung bekommen. Inseln haben besondere geografische, soziale und wirt-
 - 2990 schaftliche Herausforderungen, die durch einen besonderen Status innerhalb der EU
 - 2991 besser gemeistert werden können.
 - 2992 • Wir wollen, dass der **European Green Deal** weiterhin zielstrebig umgesetzt wird. Da
 - 2993 ein Großteil der Maßnahmen von den Regionen der EU umgesetzt wird fordern wir
 - 2994 einen dezentraleren Ansatz bei der Durchführung.
 - 2995

2996

2997 **Die Europäische Union als Sozialunion**

2998 Die Europäische Union ist weit mehr als eine Wirtschaftsunion; sie ist ein einzigartiges Pro-

2999 jekt zur Förderung des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas.

3000 Um in einer zunehmend komplexen Welt zu bestehen, muss die EU ihre soziale Dimension

3001 stärken und zu einer echten Sozialunion werden. Dies bedeutet, dass alle Bürgerinnen und

3002 Bürger, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund, die gleichen Chancen und Rechte ge-

3003 nießen müssen. Wir müssen die sozialen Dimensionen der EU weiterentwickeln, um ein Eu-

3004 ropa zu schaffen, das nicht nur für wirtschaftlichen Erfolg steht, sondern auch für soziale Ge-

3005 rechtigkeit und Chancengleichheit. Ein starkes soziales Fundament ist der Schlüssel zu ei-

3006 nem geeinten und stabilen Europa, in dem niemand zurückgelassen wird.

3007

- 3008 • Wir wollen, dass die **Europäischen Betriebsräte** im Rahmen der EU-Richtlinie ge-
- 3009 stärkt werden. Dies fördert die Stärkung der Mitbestimmung bei der dringend notwen-
- 3010 digen Transformation hinzu einer klimaneutralen europäischen Wirtschaft.
- 3011 • Wir wollen die Verbesserung für **mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** in-
- 3012 nerhalb der EU. Hierzu gehören die Einführung einer einheitlichen europäischen So-
- 3013 zialversicherungsnummer und Mindeststandard für Unterkünfte.
- 3014 • Wir wollen, dass das **EU-Lieferkettengesetz** konsequent umgesetzt wird. Dies sorgt
- 3015 für EU-weite Standards für Arbeitsbedingungen und trägt zu einem fairen Wettbewerb
- 3016 in Europa bei.
- 3017 • Wir wollen, dass die EU die Mitgliedstaaten bei der **Sicherstellung von bezahlba-**
- 3018 **rem Wohnraum** unterstützt. Hierzu zählt auch die Umsetzung der EU-Richtlinie zu
- 3019 Kurzzeitvermietungen in besonders touristischen Regionen.
- 3020 • Wir wollen die **Erneuerung der EU-Gleichstellungsstrategie**. Der Fokus sollte be-
- 3021 sonders auf Maßnahmen zur Stärkung der Erwerbsbeteiligung von Frauen liegen.
- 3022

3023

3024 **Eine enge Zusammenarbeit mit Nord- und Ostseeanrainern**

3025 Russlands Aggressionen sind eine große Bedrohung für unsere Ostseeregion. Darauf müs-

3026 sen wir gemeinsam mit unseren Nachbarn reagieren. Wir brauchen eine neue sicherheits-

3027 und umweltpolitische Doktrin für unsere Ostseeregion. Die Bundesregierung muss sich dafür

3028 deutlich stärker in die Ostseekooperation einbringen als bisher.

3029

3030 Auch die Maritime Sicherheit wird in Zukunft eine völlig andere Bedeutung haben. Um den

3031 Schutz unserer kritischen Energieinfrastruktur auf See zu sichern, müssen wir gemeinsam

3032 mit unseren europäischen Partnern mehr tun. Wir brauchen eine neue Ebene der Sicher-

3033 heitszusammenarbeit an der Nord- und Ostsee. Deutschland und Dänemark sollten hier vo-

3034 rrangehen

3035

- 3036 • Wir wollen, dass das gleichberechtigte Zusammenwirken von regionalen und nationa-
- 3037 len Parlamenten der Ostseeanrainer weiter gefördert wird. Dabei wollen wir, dass

- 3038 auch **fraktionslose Abgeordnete** des Deutschen Bundestages an diesen Austausch
 3039 teilnehmen beteiligt werden können.
- 3040 • Wir wollen, dass die in der Ostsee versenkte **Weltkriegsmunition** aus dem Zweiten
 3041 Weltkrieg in Zusammenarbeit mit den anderen Ostseeanrainern geborgen wird.
 - 3042 • Wir wollen, dass der Bund mehr **Ressourcen für eine Umsetzung** der EU-Ostsee-
 3043 Strategie zur Verfügung stellt. Dazu gehört, dass die Kooperation in den Bereichen
 3044 Wissenschaft, Forschung und Innovation
 - 3045 • Wir wollen, dass gerade vor dem Hintergrund des **EU-Austritts Großbritanniens** neben
 3046 der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit auch eine verstärkte kulturelle Zu-
 3047 sammenarbeit angestrebt wird.

3048
 3049

Eine EU für junge Menschen: Zukunftschancen und Mitbestimmung sichern

3050 Die Zukunft Europas liegt in den Händen der jungen Generation, die mit ihren Ideen, ihrem
 3051 Engagement und ihrer Energie einen wesentlichen Beitrag zu einer dynamischen und leben-
 3052 digen Gesellschaft leisten kann. Um sicherzustellen, dass junge Menschen in der EU die
 3053 besten Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Potenziale erhalten, ist es entscheidend, dass sie
 3054 aktiv in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden. Es bedarf eines klaren
 3055 Bekenntnisses der EU, eine nachhaltige und inklusive Politik für junge Menschen zu gestalten,
 3056 die ihnen die notwendigen Werkzeuge und Ressourcen an die Hand gibt, um ihre Zu-
 3057 kunft aktiv zu gestalten und in der europäischen Gesellschaft mitzuwirken. Nur so kann Eu-
 3058 ropa ein Ort sein, an dem junge Menschen nicht nur träumen, sondern auch handeln kön-
 3059 nen.
 3060

- 3061 • Wir wollen, dass **EU-Austauschprogramme** wie Erasmus+ ausgebaut werden. Es
 3062 darf keine Haushaltskürzungen in diesen Bereichen geben.
- 3063 • Wir wollen, dass der **Europäische Jugendcheck** konsequent in allen Politikberei-
 3064 chen und Ressorts umgesetzt wird. So werden mögliche Auswirkungen von Geset-
 3065 zen und Maßnahmen auf junge Menschen sichtbar.
- 3066 • Wir wollen, dass **junge Menschen ab 16 Jahren** in allen Mitgliedstaaten bei der Eu-
 3067 ropawahl ihre Stimme abgeben dürfen
- 3068 • Wir wollen, dass **unbezahlte Praktika** innerhalb der EU verboten werden.
- 3069 • Wir wollen, dass die EU junge Menschen dabei unterstützt qualitativ hochwertige Ar-
 3070 beit zu finden. Die Europäische Jugendgarantie muss auch im Finanzrahmen ab
 3071 2028 verankert sein.

3072
 3073
 3074
 3075
 3076
 3077
 3078
 3079
 3080
 3081
 3082
 3083
 3084
 3085
 3086
 3087
 3088
 3089
 3090
 3091
 3092

3093 **Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschen-** 3094 **rechte müssen die Säulen der deutschen Außenpolitik sein**

3095
 3096 Als Vertreter der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen fühlt sich der SSW beson-
 3097 ders der internationalen Minderheitenpolitik verpflichtet. Angesichts unserer politischen, kul-
 3098 turellen und historischen Erfahrungen aus dem deutsch-dänischen Konflikt sowie den beiden
 3099 Weltkriegen streben wir an, aktiv zur Förderung des Dialogs und der Verständigung zwi-
 3100 schen Staaten und Völkern beizutragen – zum Wohle aller Menschen in Europa und der
 3101 Welt.

3102 Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich in ihrer Außenpolitik an denselben Werten und
 3103 Prinzipien orientieren, die auch ihre innere Ausrichtung prägen. Frieden, soziale Gerechtig-
 3104 keit, Demokratie und Menschenrechte müssen die grundlegenden Säulen der deutschen Au-
 3105 ßenpolitik bilden. In diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit innerhalb der Europäi-
 3106 schen Union sowie mit internationalen Organisationen wie der UNO und der OSZE von ent-
 3107 scheidender Bedeutung.

3108 Im Kontext der aktuellen Weltlage und einer sich verändernden Weltordnung ist es unerläss-
 3109 lich, dass die EU als vereinte Stimme auf der globalen Bühne Gehör findet und respektiert
 3110 wird. Zudem sollten die wertvollen Beiträge und Kompetenzen kritischer Nichtregierungsor-
 3111 ganisationen (NGOs) anerkannt und genutzt werden.

3112 Der SSW setzt sich dafür ein, dass Deutschland eine positive und friedliche Rolle innerhalb
 3113 der EU und in der internationalen Politik einnimmt.

3114
 3115

3116 **Weltweiter Einsatz für Frieden**

3117 Angesichts von Kriegen, Krisen und anderen gefährlichen Entwicklungen in vielen Regionen
 3118 der Welt kann es notwendig sein, dass die deutsche Bundeswehr gemeinsam mit internatio-
 3119 nalen Partnern und Verbündeten zu Sicherheit und Frieden beitragen muss. Vor dem Hinter-
 3120 grund der deutschen Geschichte kann und darf die Bundeswehr nur in enger Abstimmung
 3121 mit der internationalen Staatengemeinschaft (UN) oder NATO bei friedenssichernden/-erhal-
 3122 tenden und nur – wenn alle politischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind – bei friedensschaf-
 3123 fenden Maßnahmen eingesetzt werden Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Wir neh-
 3124 men die demokratische Kontrolle der Bundeswehr als parlamentarische Aufgabe sehr ernst.
 3125 Einsätze der Bundeswehr müssen im Einklang mit dem Selbstverständnis geschehen, dass
 3126 die Bundesrepublik – als Mitglied der NATO – eine positive, mahnende und friedliche Rolle in
 3127 der EU und internationalen Politik spielt.

- 3128
- 3129 • Wir wollen, dass die Bundesrepublik gemeinsam mit ihren internationalen Partnern
 3130 einen weltweiten Einsatz für **Friedenssicherung** in Krisenregionen leistet sowie wirt-
 3131 schaftliche und kulturelle Entwicklungshilfe, dort wo es notwendig ist.
 - 3132 • Wir wollen, dass der Bundeswehr die **notwendigen Mittel** zur Verfügung gestellt
 3133 werden, die sie für die Bewältigung friedenssichernder und friedensschaffender Auf-
 3134 gaben benötigt. Dazu gehören mindestens 2% des BIP, die für Mitglieder der NATO
 verbindlich sind.

3135
 3136

3137 **Solidarität mit der Ukraine**

3138 Der 24. Februar 2022 war eine Zäsur für Europa. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukra-
 3139 ine ist völkerrechtswidrig und bedroht die europäische Friedensordnung. Wir verurteilen die
 3140 russische Invasion aufs Schärfste und lehnen die Instrumentalisierung von Minderheiten im
 3141 Zusammenhang des Krieges ab. Die EU muss an der Seite der Ukraine stehen, nicht nur um
 3142 das Völkerrecht und die Freiheit und Selbstbestimmung der Ukrainer*innen zu verteidigen,
 3143 sondern auch um die Sicherheit und Freiheit Europas zu gewährleisten.

3144

- 3145
- 3146
- 3147
- 3148
- 3149
- 3150
- 3151
- 3152
- 3153
- 3154
- Wir wollen, dass der Bund in seiner finanziellen, militärischen, politischen und humanitären Unterstützung nicht nachlässt. Die **Unterstützung der Ukraine** muss in enger Abstimmung mit unseren europäischen und internationalen Partnern erfolgen.
 - Wir wollen, dass die Ukraine ihre **Souveränität und volle territoriale Integrität** wiedererlangt. Friedensverhandlungen ohne Teilnahme der Ukraine sind keine Option.
 - Wir wollen, dass der Bund zusammen mit europäischen und internationalen Partnern weiterhin **Sanktionen gegen Russland** verhängt und durchsetzt. Diese Sanktionen sollten weniger die russische Bevölkerung und vielmehr die finanziellen und organisatorischen Strukturen treffen.

3155

3156 **Israel-Palästina-Krieg – Friedensfördernde Lösungen voranbringen**

3157 In einer Welt, die zunehmend von Konflikten und Spannungen geprägt ist, sehen wir uns als

3158 Partei in der Verantwortung, für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte einzustehen.

3159 Der Krieg zwischen Israel und Palästina ist ein jahrzehntelanger Konflikt, der seit dem Angriff

3160 der Hamas auf Israel am 07.10.2023 eine neue Eskalation erlebt. Wir verurteilen den Angriff

3161 der Hamas auf Israel auf das Schärfste. Dieser Angriff hat nicht nur das Leiden unzähliger

3162 Zivilist*innen in der Region verstärkt, sondern auch die Sicherheitslage in der gesamten Re-

3163 gion destabilisiert. Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung. Es muss jedoch sichergestellt

3164 werden, dass die Ausübung dieses Rechts im Einklang mit dem internationalen Völkerrecht

3165 steht. Die Zivilbevölkerung muss geschützt und die Regeln des humanitären Völkerrechts

3166 müssen eingehalten werden. Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere

3167 Verantwortung gegenüber Israel. Diese Verantwortung verpflichtet uns zu der Bekämpfung

3168 von Antisemitismus in all seinen Formen. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass jüdisches Le-

3169 ben in Deutschland und in der Welt geschützt wird und dass die Lehren aus der Vergangen-

3170 heit nicht vergessen werden. Klar ist, das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt

3171 werden. Besonders als Minderheitenpartei sind wir für den Schutz aller Menschen, unabhän-

3172 gig von ihrer Herkunft, Religion oder Nationalität sensibilisiert. Die Eskalation des Krieges hat

3173 das Leiden der palästinensischen Menschen im Gaza-Streifen und im Westjordanland um

3174 ein Vielfaches verstärkt. Das Existenzrecht Israels ist für uns unantastbar, genauso wie das

3175 Recht der Palästinenser auf ein Leben in Würde und Sicherheit.

- 3176
- 3177
- 3178
- 3179
- 3180
- 3181
- 3182
- 3183
- 3184
- 3185
- 3186
- 3187
- Wir wollen eine **sofortige Waffenruhe** in der Region, um eine verhandlungsbasierte Friedenslösung zu ermöglichen.
 - Wir wollen, dass der Bund sich auf internationaler Ebene aktiv für eine **Zweistaatenlösung** einsetzt, wobei die Anerkennung der Unabhängigkeit Palästinas als grundlegende Voraussetzung dienen muss.
 - Wir wollen, dass sich der Bund aktiv für eine **Wiederaufnahme von Verhandlungen** in einem diplomatischen und mehrseitigen Rahmen zur Regelung der Zweistaatenlösung einsetzt.
 - Wir wollen eine umfassende Aufklärung über **israelbezogenen Antisemitismus**. Kritik an der israelischen Politik darf keinesfalls als Vorwand für Antisemitismus missbraucht werden.

3188

3189

3190

3191

3192

3193

3194

3195

3196

3197 **Sachlich und bürgerorientierte Innen- und Rechtspolitik**

3198 Der SSW steht für eine Innen- und Rechtspolitik, bei der die Bürger*innen und deren
3199 Rechte im Mittelpunkt stehen. Terrorismus, Einbruchskriminalität und andere Formen
3200 des strafbaren Handelns müssen konsequent vorgebeugt und wirkungsvoll bekämpft,
3201 verfolgt und bestraft werden.

3202 Sicherheit findet aber ihre Grenzen, wenn zweifelhafte Verschärfungen,
3203 Überwachungen und Strafen nichts bewirken oder die Falschen treffen. Neben der
3204 Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität gilt es auch, unsere demokratische
3205 Gesellschaft vor Schäden zu bewahren.

3206 Populisten und Extremisten, die unsere parlamentarische Demokratie bekämpfen,
3207 bekommen Zulauf, und auch in der breiten Bevölkerung macht sich zunehmend
3208 Unzufriedenheit über unser politisches System breit. Diese Entwicklung dürfen wir
3209 nicht ignorieren. Vielmehr müssen wir die konkreten Sorgen ernst nehmen und für
3210 eine Gesellschaft kämpfen, in der sich jeder gehört und zugehörig fühlt.

3211

3212

3213 **Demokratischer und sozialer Rechtsstaat**

3214 Ein bürger*innennaher Rechtsstaat zur Stärkung der sozialen Gemeinschaft

3215 Als Partei der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe haben wir die
3216 Vision, eine Gesellschaft zu gestalten, in der sich die Menschen auf Augenhöhe
3217 begegnen und in der jeder Mensch Vertrauen, Nähe und starken Zusammenhalt
3218 erleben kann. Der Staat hat deshalb das Leben, die Würde und die persönliche
3219 Gestaltungsfreiheit jedes einzelnen Menschen zu schützen.

3220 Alle Bürger*innen haben das Recht, in politischen, religiösen, kulturellen, nationalen
3221 und persönlichen Bereichen frei zu entscheiden. Der SSW steht für einen
3222 demokratischen und sozialen Rechtsstaat, der für alle Bürger*innen da ist. Der
3223 Rechtsstaat ist die Voraussetzung für ein demokratisches, friedliches und gerechtes
3224 Zusammenleben. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dafür zu sorgen, dass
3225 er nicht ausgehöhlt wird.

3226 • Wir wollen sicherstellen, dass bei Einführung, Anpassungen und Veränderungen von
3227 **Sicherheitsgesetzen** die rechtsstaatlichen Standards weiterhin gewahrt bleiben.

3228 • Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit gegenseitigem Respekt und
3229 Verständnis für ihre Kultur, ihre sprachlichen Eigenheiten und ihre geschlechtliche
3230 Ausprägung behandelt werden.

3231 • Wir wollen, dass **Vorurteile**, Fremdenhass, Antisemitismus und Gewalt geächtet und
3232 mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.

3233 • Wir wollen mehr **Transparenz in der Verwaltung**. Dazu gehört auch das Vorabtrei-
3234 ben der Digitalisierung und die Einführung der E-Akte für Verwaltungsvorgänge, so-
3235 wie die Möglichkeit der elektronischen/online Einsichtnahme in die Vorgänge durch
3236 die Bürger, soweit diese Einsichtnahme mit dem Datenschutzrecht vereinbar ist und
3237 die Verwaltungstätigkeit nicht beeinträchtigt oder den Zweck des Verwaltungsorgans
3238 gefährdet.

3239 • Wir wollen **keine traditionellen Grenzkontrollen** direkt an unseren Grenzübergän-
3240 gen. Diese scheinen kaum wirksamer als flexible Hinterland-Kontrollen. Direkte
3241 Grenzkontrollen im Schengen-Raum sind reine Symbolpolitik.

3242 • Wir wollen, dass eine **Enthaltung im Bundesrat nicht automatisch** als **nein** gewer-
3243 tet wird.

3244

3245

3246 **Jeder Mensch ist gleichberechtigt**

3247 Jeder Mensch soll gleichberechtigt an allen Prozessen teilhaben und sie mitgestalten
 3248 können – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer oder sozialer
 3249 Herkunft, Geschlecht oder Alter. Niemand darf aufgrund der Herkunft, des sozialen
 3250 Status, des Geschlechts, der Religion, des Alters oder der sexuellen Identität
 3251 benachteiligt werden. Dies erfordert nicht nur, dass Diskriminierung festgestellt und
 3252 geahndet wird, sondern vor allem, dass der Staat auf allen Ebenen die Teilhabe Aller
 3253 aktiv fördert.

3254 • Wir wollen eine **inklusive Gesellschaft** mit Toleranz gegenüber der Verschiedenheit
 3255 der Menschen. Alle Gruppen sollen als gleichberechtigt und schützenswert angese-
 3256 hen werden, statt zu favorisieren oder gar zu benachteiligen.

3257 • Wir wollen **Menschen integrieren**, nicht assimilieren.

3258

3259

3260 **Innen- und Rechtspolitik ohne Symbolik**

3261 Der SSW steht für eine Innen- und Rechtspolitik, die auf oberflächliche Symbolik und
 3262 vermeintlich einfache Lösungen verzichtet. Bürgerliche Freiheits- und
 3263 Persönlichkeitsrechte dürfen nur dann zugunsten der Handlungsmöglichkeiten von
 3264 Sicherheitsbehörden eingeschränkt werden, wenn diese Maßnahmen unbedingt
 3265 erforderlich sind, es kein anderes geeignetes Mittel zum selben Zweck gibt und die
 3266 Maßnahmen geeignet sind, ihr Ziel zu erreichen.

3267 • Wir wollen nicht, dass die Bedrohung von Terrorismus und Extremismus dazu führt,
 3268 dass Bürger*innenrechte zugunsten vermeintlich notwendiger Sicherheitserforder-
 3269 nisse eingeschränkt werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Presse-
 3270 freiheit dürfen nur dort ihre Grenzen finden, wo anderen Menschen dadurch in ihren
 3271 Rechten beeinträchtigt und geschädigt werden.

3272 • Wir wollen einen **besseren Schutz** von Polizei, Rettungskräften, Feuerwehr, THW
 3273 und vergleichbaren Rettungskräften bei den Einsätzen und Angriffe auf Einsatzkräfte
 3274 stärker sanktionieren.

3275

3276

3277 **Stärkere Auseinandersetzung mit rassistischem Denken und Handeln** 3278 **vorantreiben**

3279 Wir müssen uns, auch aus einer historischen Verantwortung heraus, gesellschaftlich
 3280 weiter damit auseinandersetzen, wie wir rassistischem Denken und Handeln etwas
 3281 entgegensetzen können. Dabei wissen wir, dass Rassismus und Antisemitismus kein Phäno-
 3282 men des rechten Randes sind, sondern auch dort wirkt, wo wir gerne von der „Mitte der Ge-
 3283 sellschaft“ sprechen. Wir brauchen ein aktiv antirassistisches, politisches Handeln!
 3284 Das beinhaltet für uns auch eine bessere Präventionsarbeit. Die Entwicklung von
 3285 Lehrmaterial zur Förderung von Toleranz und Menschenrechten ist ohne Frage ein
 3286 wichtiger Baustein, aber wir müssen auch Menschen außerhalb der Bildungssysteme
 3287 ansprechen. Wir wollen, dass niemand wegen der Hautfarbe, vermeintlichen Herkunft, ver-
 3288 muteter Religion oder anderer Zuschreibungen diskriminiert werden darf. Das betrifft sowohl
 3289 Situationen des Alltagsrassismus, als auch indirekte institutionelle Diskriminierung.

3290

3291 • Wir wollen, dass die **Aktionspläne gegen Rassismus** auf EU-, Bundes- und Lan-
 3292 desebene unterstützt werden.

3293 • Wir wollen, dass mehr Forschung zum Thema Rassismus und Antisemitismus ge-
 3294 forscht wird.

- 3295 • Wir wollen den **Ausbau zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen** und die Stärkung
3296 von Selbstorganisationen von Menschen, die selbst von Rassismus betroffen sind.
- 3297 • Wir wollen die Mittel aus dem Bundeshaushalt (BMBF) zum Zwecke der Forschung
3298 zum **Thema Rassismus und Antisemitismus** aufstocken.

3299
3300

Leistungsfähige und bürger*innenorientierte Justiz

3302 Um diese Rechte und Werte zu schützen, braucht es eine leistungsfähige und
3303 bürger*innenorientierte Justiz. Eine gut arbeitende Justiz ist von hohem Wert für die
3304 Menschen, die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes. Die Unabhängigkeit der
3305 Justiz ist ein hohes Gut, welches nicht durch politische Vorgaben und Einflussnahme
3306 ausgehöhlt werden darf. Nur bei guter Ausstattung kann die Justiz die Sicherung
3307 oder Wiederherstellung des Rechtsfriedens erfolgreich gewährleisten.

3308
3309
3310
3311

- Wir wollen ein **differenziertes Sanktionssystem**, das sich in allen Ausprägungen zum obersten Ziel setzt, Kriminalität zu vermeiden und straffällig gewordene Menschen wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

3312
3313
3314
3315
3316

- Wir wollen, dass die Justiz und die polizeilichen **Ermittlungsbehörden** besser ausgestattet werden. Konkret müssen Lösungen gefunden werden, um den Lohnunterschied zwischen öffentlichen und privaten Arbeitsplätzen auszugleichen. Hier kann der Bund durch Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes Veränderungen herbeiführen und auch die Länder zu solchen motivieren.

3317
3318
3319

- Wir wollen außergerichtliche Formen der **Beilegung von Rechtsstreitigkeiten** – von der Mediation bei dem*der Güterichter*in bis hin zum Täter*in-Opfer Ausgleich – als wichtige Ergänzungen unseres Rechtssystems weiter stärken.

3320
3321
3322
3323

- Wir wollen verhindern, dass Anwälte **gezielt Abmahnungen** verschicken und damit mittelständige Unternehmen oder Privatpersonen in ihrer Berufsausübung beschränkt werden. Die neue Gesetzgebung, welche die Abmahnung als Geschäftsmodell verhindern soll, wollen wir evaluieren und gegebenenfalls verstärken.

3324
3325
3326
3327
3328
3329
3330

- Wir wollen, dass das **Personal** an den **Gerichten aufgestockt** wird. Der Fachkräftemangel führt seit Jahren zu steigenden Verfahrensdauern. Verfahren werden durch vermehrte internationale Bezüge, steigende Komplexität des Rechts und die Datenmengen der digitalen Welt immer aufwändiger. Der Bund muss hier mehr investieren und für eine zukunftsfähige Ausstattung der Justiz sorgen.

Innere Sicherheit als Garant für Freiheit

3332 Um den bereits beschriebenen Gefahren durch Terrorismus oder organisierte Kriminalität effektiv
3333 entgegentreten zu können, brauchen wir eine wirksame, aber auch
3334 maßvolle Sicherheitspolitik, die Voraussetzungen für die Bekämpfung von Kriminalität
3335 schafft, ohne Freiheitsrechte unnötig einzuschränken.

3336 Dafür braucht die Polizei eine geeignete technische Ausrüstung und gute Einsatz
3337 kräfte. Anstelle von vermeintlich „einfachen“ Lösungen wie der Einschränkung von
3338 Grundrechten und der Ausweitung von Befugnissen der Sicherheitsbehörden (z. B.
3339 der Vorratsdatenspeicherung) wollen wir die personellen Möglichkeiten und die Ausstattung
3340 der Polizei verbessern.

3341 Der Extremismus in seinen verschiedenen Ausrichtungen bedroht unsere freiheitlich
3342 demokratische Grundordnung. Um unsere demokratische Gesellschaft zu schützen,
3343 müssen wir Extremismus effektiv bekämpfen. Wir müssen Extremisten entwaffnen

- 3344 und verhindern, dass Extremisten Waffen erwerben können.
- 3345 Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein wichtiger und notwendiger Baustein der inneren Si-
- 3346 cherheit. Dabei setzen wir auch hier auf Aufklärung und Bildung, um die Ursachen von Terro-
- 3347 rismus zu beseitigen und die Rekrutierung von Nachwuchs durch
- 3348 Terrororganisationen zu unterbinden. Weiterhin kann Terrorismusbekämpfung nur
- 3349 wirksam sein, wenn die Polizei über gut ausgebildetes und gut ausgestattetes Personal ver-
- 3350 fügt. Wir müssen auch die Finanzierung von Terrorismus nachhaltig stoppen.
- 3351 • Wir wollen **die Terrorismusbekämpfung** verbessern, indem die hierfür zu ständigen
- 3352 Behörden mit dem benötigten Personal und den erforderlichen technischen Geräten
- 3353 ausgestattet werden.
- 3354 • Wir wollen den Besitz von Waffen **besser und effektiver kontrollieren** und den Er-
- 3355werb von Waffenscheinen und Waffen erschweren.
- 3356 • Wir wollen eine **Intensivierung der politischen Bildung** und vermehrt Mittel für Aus-
- 3357steigerprogramme aufwenden.
- 3358 • Wir wollen **Terrorismus bekämpfen**, indem die bestehende internationale Zusam-
- 3359menarbeit ausgeweitet wird und Möglichkeiten geschaffen werden, die Geldflüsse zu
- 3360den Terrororganisationen zu kappen.
- 3361 • Wir wollen das Sprengstoffgesetz überarbeiten und den Kommunen erweiterte Mög-
- 3362lichkeiten für die Einrichtung von **sogenannten „Böllerverbotzonen“** einräumen.
- 3363
- 3364
- 3365 **Sicherheit im Netz**
- 3366 Wir wollen die Medienkompetenz der Menschen verbessern. Wer sicher im Umgang
- 3367 mit Computer, Tablet oder Smartphone ist und die Mechanismen der Online-Medien
- 3368 kennt, ist deutlich weniger gefährdet, Opfer von Cyberkriminellen zu werden.
- 3369 Darüber hinaus wollen wir die Sicherheit der Infrastruktur verbessern und IT-Systeme
- 3370 fördern, die weniger anfällig für Cyberattacken und Computerviren sind. Die Polizei
- 3371 benötigt IT-Experten, die erstklassig ausgebildet sind und Spezialkenntnisse
- 3372 mitbringen.
- 3373 Speicherungen von personenbezogenen Daten sind für uns nur mit
- 3374 Richtervorbehalt vorstellbar und auch nur dann, wenn es hierfür einen konkreten
- 3375 Anhaltspunkt gibt. Es ist für uns der falsche Weg, die Freiheit des Internets zu
- 3376 beschränken, weil bei den Ermittlern Fachleute und IT-Expert*innen fehlen.
- 3377 • Wir wollen, dass die **Polizei mehr IT-Expert*innen** bekommt. Damit solche Ex-
- 3378pert*innen für den Polizeidienst gewonnen werden können, müssen wir eine der Aus-
- 3379bildung angemessene Besoldung dieser Fachkräfte umsetzen und ihnen Zukunfts-
- 3380und Aufstiegsperspektiven bieten.
- 3381 • Wir wollen **keine Vorratsdatenspeicherung**. Die IP-Adressen der Internetnutzer*in-
- 3382nen werden zu Abrechnungszwecken und aus technischen Gründen schon jetzt bis
- 3383zu sieben Tage lang bei den Internet Providern gespeichert. Statt einer darüberhin-
- 3384ausgehenden, anlasslosen Vorratsdatenspeicherung, deren Effizienz für die Strafver-
- 3385folgung ohnehin umstritten ist, wollen wir die Verbreitung von Kinderpornografie im
- 3386Internet und andere Cyberkriminalität durch eine gute IT-Ausstattung der Polizei und
- 3387den verstärkten Einsatz von IT-Expert*innen bekämpfen.
- 3388 • Wir wollen der Polizei den **Einsatz von KI** ermöglichen, um mit der technischen Ent-
- 3389wicklung mithalten zu können und die Ermittlungen effizienter zu gestalten. Wichtig ist
- 3390für uns dabei die Beachtung rechtsstaatlicher und datenschutzrechtlicher Vorgaben.

- 3391 • Wir wollen keinen Einsatz von **Bundestrojanern** und ähnlichen Überwachungsmaß-
3392 nahmen ohne konkreten Einzelfallbezug und Richterbeschluss.
- 3393 • Wir wollen keinen Einsatz von **automatisierten Uploadfiltern** zur Ahndung urheber-
3394 rechtlicher Verstöße. Stattdessen müssen Betreiber von Internetplattformen dazu ver-
3395 pflichtet werden, vertragliche Vereinbarungen mit Verwertungsgesellschaften zu
3396 schließen. Lizenzgebühren für die Verwendung urheberrechtlich geschützter Werke
3397 sollen nicht pauschal, sondern nach Umsatz gestaffelt erhoben werden, um eine faire
3398 Lastenverteilung zu ermöglichen.

3399

3400 **E-Sport besser fördern**

3401 Sport wird längst nicht mehr ausschließlich auf Sportplätzen, in Turnhallen oder
3402 Schwimmbädern betrieben, sondern auch an Computern und Konsolen. E-Sport ist
3403 längst in der Gegenwart angekommen, wie E-Sport-Ligen, -Vereine und -Weltmeis-
3404 terschaften beweisen. Die hohen psychischen Anforderungen an E-Sportler*innen
3405 und die erforderliche körperliche Fitness, um diesen Sport auf hohem Niveau ausfüh-
3406 ren zu können, sind Grund genug, E-Sport als Sportart anzuerkennen.
3407 Der Ausbau von professionellen Strukturen und die Förderung von E-Sport-Talenten
3408 sind notwendig, um E-Sportler*innen die Möglichkeit zu geben, ihr Talent voll auszu-
3409 schöpfen. Hier leisten Bund und Länder mittlerweile einen wichtigen Beitrag durch
3410 Förderprogramme, die es zu verstetigen gilt.

- 3411 • Wir wollen, dass **E-Sport als offizielle Sportart** anerkannt wird, um den Weg für För-
3412 dermittel und dem Aufbau von professionellen Strukturen freizumachen. Die Defini-
3413 tion von E-Sport sollte wettbewerblichen Kriterien folgen und nicht dem Anspruch ei-
3414 ner Simulation etablierter Sportarten; wenn Schach ein Sport ist, dann kann ein wett-
3415 kampfbasiertes Strategiespiel am Computer es auch sein.
- 3416 • Wir wollen, dass der Aufbau einer transparenten, professionellen und mehr stufigen
3417 **Liga- und Turnierstruktur** gefördert wird.
- 3418 • Wir wollen eine Anpassung des § 52 Abs. 2 Abgabenordnung und E-Sport in den
3419 Vorschriften über die **Gemeinnützigkeit** verankern.

3420

3421

3422 **Wir brauchen eine moderne Drogenpolitik**

3423 Die heutige Drogenpolitik erfüllt trotz der Cannabis-Legalisierung ihren Zweck nicht. Wir set-
3424 zen weiterhin auf die Drogen- und Suchtprävention, diese muss besonders in Schulen aus-
3425 gebaut werden.-Der Import und Konsum illegaler Drogen stellt nicht nur die Bundesrepublik
3426 vor eine große Herausforderung - sondern den gesamten europäischen Raum. Härtere Re-
3427 pressalien gegenüber Endkonsumenten werden einen weiteren Konsum nicht verhindern.
3428 Darum benötigt es daher insbesondere effektivere Mechanismen zur Bekämpfung von illega-
3429 len Einfuhren, vor allem an unseren Seehäfen, um das Angebot von illegalen Drogen besser
3430 beschränken zu können.

3431 Wir wollen eine Drogenpolitik, die auf soziale Teilhabe und Schadensminimierung abzielt,
3432 statt auf Repression. Härtere Strafen lösen keine Probleme – stattdessen brauchen wir den
3433 Ausbau von Präventionsangeboten, Beratungsstellen und Hilfsprogrammen für Konsumie-
3434 rende und ihre Angehörigen.

- 3435 • Wir wollen, dass Angebote der **Beratung und Drogenprävention**, besonders an
3436 Schulen, weiter ausgebaut werden.

- 3437 • Wir wollen die **Gesundheitsversorgung und Hilfsangebote** für Abhängige aus-
3438 bauen.

- 3439 • Wir wollen den Ausbau von Hilfs- u. Betreuungsangeboten für **Familienangehörige**
3440 von Konsument*innen vorantreiben.
- 3441 • Wir wollen einen Ausbau der **Ersatzangebote**.
- 3442 • Wir wollen, dass der Bund gesetzliche Rahmenbedingungen schafft, um **Drug-Che-**
3443 **cking-Angebote** in ganz Deutschland zu legalisieren und auszuweiten. Diese Pro-
3444 gramme sollen Konsumierende vor gefährlichen Substanzen schützen und durch be-
3445 gleitende Beratungsangebote einen verantwortungsvolleren Umgang mit Drogen för-
3446 dern.
- 3447 • Wir wollen, dass aufgrund der hohen **Mortalität von Opioidkonsument*innen** eine
3448 flächendeckende, kontrollierte Abgabe von Naloxon praktiziert wird, wie es bereits in
3449 anderen europäischen Ländern der Fall ist. Darüber hinaus fordern wir eine nationale
3450 Ausarbeitung eines Naloxon-Programms.
- 3451 • Wir wollen den **Kampf gegen organisierten kriminellen** Drogenhandel verschärfen.
3452 Dazu gehört eine verbesserte europäischen Zusammenarbeit zur Durchführung von
3453 Maßnahmen zur Unterbindung von organisierter Kriminalität.
- 3454 • Wir wollen, dass das **Cannabisgesetz (CanG)**, zum kontrollierten Umgang mit Can-
3455 nabis, weiterhin Bestand hat. Es hat sich aus unserer Sicht bewährt und ist ein guter
3456 Einstieg in eine andere Drogenpolitik.

3457
3458

Geschlechterspezifische Gewalt bekämpfen

3459 Geschlechterspezifische Gewalt ist keine Randerscheinung, sondern ein systemisches Prob-
3460 lem, das tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. Fast täglich werden Frauen Opfer von
3461 Gewalt – egal ob in den eigenen vier Wänden und auf offener Straße. Digital physisch und
3462 psychisch. Unser Ziel ist es nicht nur, Betroffene zu schützen, sondern die Ursachen zu be-
3463 kämpfen. Wir setzen dabei auf einen ganzheitlichen Ansatz: Wir wollen Täter in den Fokus
3464 rücken, Präventionsmaßnahmen stärken, Hilfsangebote ausbauen und rechtliche Rahmen-
3465 bedingungen schaffen, die Frauen und Kinder wirksam schützen. Das Gewalthilfegesetz,
3466 dass Frauen endlich das Recht auf Schutz vor Gewalt garantiert und die Finanzierung von
3467 Frauenhäusern sicherstellt muss kommen. Außerdem fordern wir konkrete Maßnahmen von
3468 der Verbesserung der Kriminalstatistik über verpflichtende Polizeischulungen bis hin zur Ein-
3469 führung einer elektronischen Fußfessel für Gewalttäter. Ziel ist eine Gesellschaft, in der Ge-
3470 walt gegen Frauen keine Normalität mehr ist, sondern geächtet und konsequent bekämpft
3471 wird.
3472

3473

- 3474 • Wir wollen, dass die **Istanbul-Konvention und ihre Maßnahmen** konsequent und
3475 zielgerichtet umgesetzt werden.
- 3476 • Wir wollen ein **Gewalthilfegesetz**, dass das Recht auf Schutz vor Gewalt für Frauen
3477 und deren Kindern absichert und einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Finanzia-
3478 rung von Frauenhäusern sicherstellt.
- 3479 • Wir wollen eine **verlässliche und bedarfsdeckende Finanzierung** von **Frauenhäu-**
3480 **sern** und Frauenberatungsstellen. Der Bedarf an Plätzen in Frauenhäusern ist um ein
3481 Vielfaches höher als das Angebot. Von Gewalt betroffenen Frauen brauchen ausrei-
3482 chend Anlaufstellen.
- 3483 • Wir wollen eine **Weiterentwicklung der Kriminalstatistik**, die differenziert und sys-
3484 tematisch geschlechterspezifische Gewalt wie Femizide erfasst.
- 3485 • Wir wollen, dass der **Fokus** verstärkt auf die **Täter** gerichtet wird. Durch Präventions-
3486 maßnahmen und einem gesellschaftlichen Umdenken muss die Kernursache des
3487 Problems bekämpft werden.

- 3488
3489
3490
3491
3492
3493
3494
3495
3496
3497
3498
3499
3500
3501
3502
3503
3504
3505
3506
3507
3508
3509
3510
3511
3512
3513
3514
3515
3516
3517
3518
3519
3520
3521
3522
3523
3524
3525
3526
3527
3528
3529
3530
3531
3532
3533
3534
3535
3536
3537
3538
3539
3540
- Wir wollen die Einführung einer **elektronischen Fußfessel** für Täter. Die Täter sollten in ihrem Bewegungsradius eingeschränkt werden, nicht die von psychischer und physischer Gewalt Betroffenen.
 - Wir wollen eine verpflichtende **Aus- und Fortbildung** aller **Polizeikräfte** insbesondere der Bundespolizei.
 - Wir wollen eine **bessere Ausstattung der Fachberatungsstellen**, damit Betroffene von digitaler Gewalt Technikberatung und Hilfeleistungen erhalten können.
 - Wir wollen, dass **bundesweit ein Hoch-Risiko-Bewertungsinstrument** eingeführt wird. Wir wollen Fälle häuslicher oder partnerschaftlicher Gewalt erkennen, bevor sie in schwersten Gewalteskalation enden und oder Femizide begangen werden. Hierfür müssen Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften genauso wie Jugendämter und Hilfesysteme weiter sensibilisiert und personenbezogene Daten besser zwischen Behörden kommuniziert werden.
 - Wir wollen umfassend für den **Bereich geschlechtsspezifische Gewalt und Femizide sensibilisieren**. Dabei wollen wir Hintergründe, Risikofaktoren und Warnsignale in den Blick nehmen und fordern eine bessere Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Bildungsbereich und in den Medien. Darüber hinaus setzen wir uns für verpflichtende Fort- und Weiterbildungen in den Bereichen Justiz, Polizei und Gesundheitswesen ein. Beschäftigte in diesen Berufen kommen oft als erste mit gewaltbetroffenen oder -gefährdeten Menschen in Kontakt.

3541 **Humane und realistische Asyl- u. Integrationspolitik: Kom-** 3542 **munen dürfen nicht alleine gelassen werden**

3543 In einer Zeit, in der Migration und Asyl zu den drängendsten gesellschaftlichen Themen ge-
 3544 hören, setzen wir uns für eine humane, gerechte und zukunftsorientierte Politik ein. Wir stel-
 3545 len uns entschieden gegen die Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts und leh-
 3546 nen jegliche Form von Rassismus und vorurteilsbehafteten Narrativen ab. Unsere Vision ba-
 3547 siert auf einem rechtsstaatlichen und menschlichen Umgang mit Schutzsuchenden, der die
 3548 Würde jedes Einzelnen respektiert und schützt.

3549 Migration verstehen wir als eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern, die nur durch
 3550 koordiniertes Handeln bewältigt werden kann. Dabei erkennen wir die Notwendigkeit einer
 3551 geordneten Migrationspolitik an, um Menschenrechte und humanitäre Standards konsequent
 3552 einhalten zu können. Der Rechtsschutz für Geflüchtete muss dabei jederzeit gewährleistet
 3553 sein, mit besonderem Augenmerk auf vulnerable Gruppen.

3554 Der SSW ist sich den **aktuellen Herausforderungen bewusst**, insbesondere der Belastung
 3555 der Kommunen durch die Aufnahme von Geflüchteten. Hier sehen wir den Bund in der
 3556 Pflicht, unterstützend einzugreifen und die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Die
 3557 **Kommunen dürfen** bei der Bewältigung der vielseitigen Aufgaben **nicht alleine gelassen**
 3558 werden. Denn Migration ist kein vorübergehendes Phänomen. Insbesondere angesichts der
 3559 Klimakrise und der zu erwartende steigende Zahl von Klimaflüchtlingen wird Migration eine
 3560 zentrale gesellschaftliche und politische Aufgabe bleiben. Deshalb ist ein geordnetes und gut
 3561 funktionierendes System unabdingbar.

3562 Unsere Politik fokussiert sich darauf, die Potenziale und Chancen zu erkennen, die Migration
 3563 für unsere Gesellschaft bietet. In Zeiten des Fachkräfte- und allgemeinen Arbeitskräfteman-
 3564 gels können Zuwanderer einen wertvollen Beitrag leisten. Wir betrachten es als moralische
 3565 Verpflichtung und Selbstverständlichkeit, Menschen in Not zu helfen und ihnen nicht nur
 3566 Schutz, sondern auch Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben zu bieten. Die deutsche
 3567 Sprache zu lernen und schnellstmöglich in Arbeit zu kommen, muss ohne viel Bürokratie und
 3568 lange Wartezeiten möglich sein.

3570 Unser Ziel ist es, eine Willkommenskultur zu etablieren und weiterzuentwickeln, die Geflüch-
 3571 teten und Migranten eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.
 3572 Wir stehen für eine Politik, die Verfolgten, Entwurzelten und Geflohenen Schutz bietet - un-
 3573 abhängig von Geschlecht, Abstammung, Sprache, Herkunft, Glauben, religiöser oder politi-
 3574 scher Anschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

3575 In diesem Sinne setzen wir uns für eine Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik ein, die
 3576 unserer humanitären Verantwortung gerecht wird und gleichzeitig die Chancen der Migration
 3577 für unsere Gesellschaft nutzt. Denn eine Verschärfung der Migrationspolitik bekämpft nicht
 3578 die Ursache. Wir sind überzeugt, dass eine solche Politik nicht nur moralisch geboten, son-
 3579 dern auch ökonomisch und gesellschaftlich sinnvoll ist.

3580 3581 3582 **Ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, das Grundrechte wahrt und hu-** 3583 **manitäre Standards sichert**

3584 Neben dem Schutz nach dem Europa- und Völkerrecht muss das individuelle Recht auf Asyl
 3585 erhalten bleiben. Dass wir das Grundrecht auf Asyl 1949 in das Grundgesetz aufgenommen
 3586 haben, ist eine direkte Reaktion auf die Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft.
 3587 Wir sprechen uns gegen Aufnahme-Obergrenzen aus, politisch Verfolgte sollen bei uns
 3588 Schutz finden. Nach jahrelangem Stillstand haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine Re-
 3589 form des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt, das ist ein Fortschritt. Für den
 3590 SSW ist jedoch klar, dass dieses System auf den Grundsätzen der Menschenrechte und hu-
 3591 manitären Standards basieren muss. Der Zugang zum Asylrecht ist ein fundamentales
 3592 Recht, das für alle Schutzsuchenden gewährleistet sein muss. Es ist unerlässlich, dass die
 3593 EU ihren humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt und sicherstellt,

3594 dass die Rechte der Schutzsuchenden nicht ausgehöhlt werden. Die Kontrolle der EU-Au-
 3595 ßengrenzen ist eine notwendige Maßnahme, die weit über das Thema Migration hinausgeht.
 3596 Es geht dabei auch darum, die Sicherheit und Freiheit innerhalb der Europäischen Union zu
 3597 wahren. Ein effektives Grenzmanagement ermöglicht es uns, einen Überblick darüber zu be-
 3598 halten, wer in den Schengen-Raum einreist. Das ist entscheidend, um die Binnengrenzen in-
 3599 nerhalb Europas offen zu halten. Menschen, die in Europa Schutz suchen, müssen unter
 3600 menschenwürdigen Bedingungen versorgt und untergebracht werden. Wir wollen ein Sys-
 3601 tem, das sowohl die Sicherheit der EU gewährleistet als auch die Würde und Rechte aller
 3602 Asylsuchenden respektiert. Nur so kann ein gerechtes und effektives Asylverfahren sicherge-
 3603 stellt werden, das den Herausforderungen der Migration gerecht wird.

- 3604 • Wir wollen, dass die Mitgliedstaaten der Europäische Union ihre gemeinsame Verant-
 3605 wortung für die Ursachen von Flucht und Vertreibung erkennen. Deshalb wollen wir
 3606 eine gemeinsame Lösung auf europäischer Ebene für Geflüchtete Menschen finden,
 3607 die von allen Mitgliedstaaten getragen wird. Dazu gehört eine **gerechte Verteilung**
 3608 **geflüchteter Menschen** innerhalb der EU-Staaten. Nationale Alleingänge und
 3609 Grenzschießungen der Binnengrenzen sind keine Lösung und gefährden den Zu-
 3610 sammenhalt der EU.
- 3611 • Wir wollen **keine Aushöhlung des Asylrechts**. Die Asylverfahren an den EU-Au-
 3612 ßengrenzen und in den EU-Mitgliedstaaten müssen fair und transparent gestaltet
 3613 werden und Menschenrechtsstandards einhalten. Dazu gehört die Bearbeitung von
 3614 Asylanträgen in einer angemessenen Zeit und die Einhaltung von humanitären Stan-
 3615 dards. Die schnelle Bearbeitung der Asylanträge darf nicht zu Rechtsschutzein-
 3616 schränkungen führen.
- 3617 • Wir wollen **keine pauschal verkürzten Asylverfahren** für sogenannte sichere Her-
 3618 kunftsstaaten. Das individuelle Recht auf Asyl darf nicht untergraben werden.
- 3619 • Wir wollen, dass besonders vulnerable Gruppen wie Familien mit Kindern vom EU-
 3620 Grenzverfahren ausgenommen sind.
- 3621 • Wir wollen, dass **illegale Zurückweisungen** sofort eingestellt werden. Illegale Push-
 3622 Backs verstoßen gegen das Völkerrecht und müssen sanktioniert werden. Zivile See-
 3623 notrettung, die Menschen auf dem Mittelmeer rettet, darf nicht kriminalisiert werden.

3626 **Kommunen nicht allein lassen**

3627 Die Kommunen tragen die Hauptlast in der Aufnahme und Versorgung von geflüchteten
 3628 Menschen. Jedoch kommen viele unserer Kommunen im Land an ihre Belastungsgrenze.
 3629 Aufnahmeeinrichtungen sind voll, KITAS und Schulen mangelt es an Kapazitäten und das Per-
 3630 sonal für die Planung und das Management der Unterbringung fehlt. Deshalb ist die Unter-
 3631 stützung der Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten von zentra-
 3632 ler Bedeutung, um den Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation gerecht zu wer-
 3633 den. Es ist unerlässlich, dass der Bund die notwendigen finanziellen und personellen Mittel
 3634 bereitstellt, damit die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können. Die Verantwortung für die
 3635 Aufnahme und Integration darf nicht allein auf den Schultern der Kommunen lasten. Nur
 3636 durch eine solidarische und koordinierte Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen
 3637 können wir gewährleisten, dass die positive Grundhaltung der Bevölkerung erhalten bleibt
 3638 und Geflüchtete die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

- 3639 • Wir wollen, dass der Bund die **Flüchtlingsarbeit von Ländern und Kommunen** an-
 3640 gemessen finanziert. Die Kommunen dürfen bei der Aufnahme und Integration von
 3641 geflüchteten Menschen nicht allein gelassen werden.
- 3642 • Wir wollen, dass der Bund die Kommunen bei der **Aufnahme von Geflüchteten** viel
 3643 mehr unterstützt. Wir sehen die Aufnahme von Geflüchteten und die Integration der
 3644 Menschen als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.
- 3645 • Wir wollen, dass der Bund **endlich genug Wohnraum** zur Verfügung stellt. Der man-
 3646 gelnde Wohnraum führt dazu, dass Geflüchtete nicht aus Flüchtlingsunterkünften
 3647 ausziehen können und so keine neuen Kapazitäten frei werden.

- 3648 • Wir wollen, dass der Bund *leerstehende Bundesliegenschaften* zur Verfügung stellt,
 3649 um Geflüchtete aufzunehmen. Die Immobilien müssen für die Aufnahme von Geflüch-
 3650 teten geeignet sein.

3651 Wir wollen, dass der Bund die Kooperationen mit den **sicheren Herkunftsstaaten** ausbaut,
 3652 um die **freiwillige Rückkehr** von Flüchtlingen verstärkt umsetze

3653
 3654

Geflüchtete unterstützen, Integration in den Arbeitsmarkt fördern

3655 Die Unterstützung von Geflüchteten und die Förderung ihrer Integration sind zentrale Aufga-
 3656 ben von Politik und Gesellschaft. Unsere Politik basiert auf der Erkenntnis, dass Migration
 3657 nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance für unsere Gesellschaft darstellt.
 3658 In Zeiten des Fachkräftemangels können Zuwanderer einen wertvollen Beitrag zur Stärkung
 3659 unserer Wirtschaft und Gesellschaft leisten. Wir setzen uns für eine ganzheitliche Integrati-
 3660 onspolitik ein, die auf mehreren Säulen ruht. Dazu gehören die schnelle Integration in den
 3661 Arbeitsmarkt, der Zugang zu Bildung und Spracherwerb, psychosoziale Unterstützung sowie
 3662 die Schaffung von Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe. Unser Ziel
 3663 ist es, Barrieren abzubauen und Geflüchteten den Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu eb-
 3664 nen.
 3665

3666

- 3667 • Wir wollen eine möglichst **unbürokratische Arbeitsvermittlung** und Integration in
 3668 den Arbeitsmarkt der Geflüchteten z.B. durch vermehrte Angebote von Praktika. Vor
 3669 allem in den Mangelbereichen in der Pflege, im Gesundheits- und im Bildungswesen
 3670 muss es deutlich leichter werden, eine Arbeit aufzunehmen.
- 3671 • Wir wollen einen **kostenfreien Zugang zu Bildungsangeboten** für alle Altersgrup-
 3672 pen sicherstellen insbesondere müssen Geflüchtete viel schneller Deutschangebote
 3673 bekommen.
- 3674 • Wir wollen, dass die **Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen** voran-
 3675 getrieben wird
- 3676 • Wir wollen, dass ein **Rechtsanspruch auf niedrigschwellige Hilfen** besteht. Migra-
 3677 tionssozialberatung, Hilfe durch Traumapädagog*innen sowie psychologische Hilfen
 3678 für Erwachsene, Kinder und Jugendliche müssen für alle erreichbar sein und brau-
 3679 chen eine dauerhafte Perspektive durch die institutionelle Förderung des Bundes.
 3680 Junge Menschen, die Jugendhilfemaßnahmen bekommen, müssen auch über das
 3681 Alter von 18 hinaus an diesen Angeboten teilnehmen können.
- 3682 • Wir wollen, dass Städte und Landkreise vom Bund finanziell so ausgestattet werden,
 3683 dass sie Asylsuchenden eine **menschenwürdige und integrations- fördernde**
 3684 Wohnsituation gewährleisten können. Dazu bedarf es auch einer guten sozialpädago-
 3685 gischen Unterstützung von Geflüchteten und einer zeitlichen Begrenzung der Unter-
 3686 bringung in Gemeinschaftsunterkünften.
- 3687 • Wir wollen eine **höhere Durchlässigkeit für Asylbewerber**, die sich bis zum Asyl-
 3688 entscheid eine berufliche und soziale Bleibeperspektive erarbeiten haben. Es kann
 3689 nicht sein, dass Menschen, die sich gut eingelebt haben und ihren gesellschaftlichen
 3690 Beitrag leisten, am Ende einfach abgeschoben werden. Diejenigen, deren Anträge
 3691 auf Asyl rechtskräftig abgelehnt worden sind, müssen zurückgeführt werden, aller-
 3692 dings nur, wenn in ihrem Heimatland eine sichere, nicht von Gewalt bedrohte Exis-
 3693 tenz möglich ist. Es ist für uns unerträglich, wenn hierbei die Rechte und Würde des
 3694 Einzelnen verletzt werden. Vorrangig muss immer eine freiwillige Rückkehr geför-
 3695 dert werden. Insbesondere darf es keine Abschiebehaft geben.
- 3696 • Wir wollen, dass **mehr Integrationsbeiräte** auf allen politischen Niveaus eingerichtet
 3697 werden. Um die Integration von Migrant*innen zu fördern, muss auch die Möglichkeit
 3698 der politischen Mitgestaltung gegeben sein.
- 3699 • Wir wollen den **bedarfsgerechten Ausbau** und die kontinuierliche Förderung von
 3700 bundesfinanziertem kostenlosem Deutschunterricht für Geflüchtete. Die Angebote
 3701 müssen niedrigschwellig erreichbar sein.

- 3702 • Wir wollen, dass das System der **Bezahlkarte für Geflüchtete** wieder abgeschafft
 3703 wird. Geflüchtete Menschen müssen selbstbestimmt über ihre Ausgaben entschei-
 3704 den dürfen.
 3705

3706

3707

3708 **Kinder, Jugendliche und Frauen besonders schützen**

3709 Es ist es von zentraler Bedeutung, besonders schutzbedürftige Gruppen in den Fokus zu rü-
 3710 cken. Kinder, Jugendliche und Frauen, die oft unter schwierigsten Bedingungen Zuflucht su-
 3711 chen, benötigen unsere besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Ein verantwortungs-
 3712 voller Umgang mit diesen vulnerablen Gruppen ist nicht nur eine moralische Verpflichtung,
 3713 sondern auch ein Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration und zum gesellschaftlichen Zu-
 3714 sammenhalt. Indem wir gezielt auf die Bedürfnisse dieser Menschen eingehen, schaffen wir
 3715 die Grundlage für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch die Chance
 3716 auf ein sicheres und würdevolles Leben hat.

- 3717 • Wir wollen, dass **unbegleiteten Minderjährigen** der Nachzug ihrer Familienangehö-
 3718 rigen ermöglicht wird.
 3719 • Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer **Bleibperspektive**
 3720 das Recht darauf haben Bildungsangebote wahrzunehmen.
 3721 • Wir wollen, dass besonders **vulnerablen Gruppen** der Zugang zu Sprach- und Integ-
 3722 rationskursen erleichtert wird. Auch Geflüchtete mit Lernschwierigkeiten müssen
 3723 passgenaue Angebote wahrnehmen können.
 3724 • Wir wollen die Möglichkeit der **Integration von geflüchteten Frauen** durch spezifi-
 3725 sche Beratungs- und psychologische Behandlungsmöglichkeiten stärken, da diese
 3726 auf dem Fluchtweg häufig traumatisierende Erlebnisse erfahren.
 3727 • n zu können.

3728

3729

3730

3731

3732

3733

3734

3735

3736

3737

3738

3739

3740

3741

3742 Nordisches Demokratieverständnis: Demokratie lebt 3743 vom Mitmachen

3744 Für unsere demokratische Gesellschaft ist es wichtig, dass sich jeder als zu ihr gehörend be-
3745 trachtet und auch bereit ist, einen Beitrag für sie zu leisten. Deshalb begrüßt und fördert der
3746 SSW das ehrenamtliche Engagement der Bürger*innen als unverzichtbares Element des ge-
3747 sellschaftlichen Miteinanders. Eine lebendige und wehrhafte Demokratie lebt davon, dass
3748 Menschen mit ehrenamtlichem Engagement die soziale Daseinsvorsorge am Laufen halten.
3749 Das freiwillige Engagement bildet dabei die Grundlage für eine funktionierende Teilhabe al-
3750 ler. Nicht zuletzt sind die Freiwilligendienste eine unverzichtbare Stütze vieler Organisationen
3751 in diesem Land und übernehmen zentrale Aufgaben für den Erhalt unserer offenen Gesell-
3752 schaft. Für den SSW ist darum klar: Die Grundpfeiler unserer Demokratie dürfen nicht ka-
3753 puttgesparrt werden. Gerade deshalb müssen wir für unser Land die Freiwilligendienste, das
3754 Ehrenamt und das soziale Engagement stärken - um damit die notwendigen Investitionen in
3755 unsere demokratische Resilienz vorzunehmen. Auch die Freiwilligendienste vieler junger
3756 Menschen sind dabei unverzichtbar, denn sie setzen einen klaren Schwerpunkt auf persönli-
3757 che Entwicklung und demokratische Bildung. Die Freiwilligen werden früh in Entscheidungs-
3758 prozesse einbezogen, lernen kritisches Denken und Verantwortung für sich und andere zu
3759 übernehmen. Darum müssen diese besser finanziell unterstützt werden, um auch in Zukunft
3760 Bestand haben zu können. Dabei ist es für uns sehr wichtig, dass es sich um freiwillige
3761 Dienste handelt.

- 3762
- 3763 • Wir wollen eine bessere **Anerkennung und Würdigung** des Ehrenamtes. Die beste-
3764 henden Freistellungsmöglichkeiten von der Arbeit und Steuervorteile müssen erwei-
3765 tert werden. Es bedarf einer gerechten Entschädigung, die dem betriebenen Aufwand
3766 entspricht und das Ehrenamt weiter stärkt. Außerdem müssen sich Ehrenamtliche flä-
3767 chendeckend vernetzen können und es müssen vermehrt Fortbildungsmöglichkeiten
3768 geschaffen werden.
- 3769 • Wir wollen, dass das Ehrenamt stärker in **Renten- und Sozialversicherungsanwart-**
3770 **schaften** berücksichtigt wird, um eine langfristige soziale Absicherung ehrenamtlich
3771 tätiger Bürger*innen zu fördern.
- 3772 • Wir wollen, dass der Bund sich zum Erhalt von **niedrigschwelligen Orientierungs-**
3773 **möglichkeiten** durch freiwillige Dienste für junge Menschen verpflichtet.
- 3774 • Wir wollen **keine Wiedereinführung** eines Zwangsdienstes in Form der **Wehrpflicht**
3775 oder des Zivildienstes.
- 3776 • Wir wollen, dass der Bund eine **langfristige Finanzierung** für soziale und kulturelle
3777 Projekte sichert, die auf ehrenamtlichem Engagement beruhen, um deren Bestand
3778 unabhängig von kurzfristigen Förderungen zu garantieren.
- 3779 • Wir wollen eine **finanzielle Gleichstellung** von allen, die nach Schule, Ausbildung
3780 oder Studium einen freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft verrichten. Freiwilliger
3781 Wehrdienst, Freiwilliges Soziales Jahr und andere Formen des Dienstes an der Ge-
3782 meinschaft müssen gleich bezahlt werden.
- 3783 • Wir wollen **Bürgerräte** als beratende Organe aus der Mitte der Gesellschaft weiter
3784 unterstützen, um die demokratische Teilhabe zu stärken. Bürgerräte sind eine sinn-
3785 volle Ergänzung zu unserer repräsentativen Demokratie.
- 3786

3787 3788 Demokratische Teilhabe in einer sozialen Gemeinschaft

3789 Der SSW bekennt sich ausdrücklich zur repräsentativen Demokratie. Die von den Bürger*in-
3790 nen gewählten Volksvertreter*innen verabschieden Gesetze und weitere Normen für alle
3791 Menschen im Staatsgebiet. Deshalb ist es wichtig, dass weitere Teile unserer Gesellschaft
3792 die Chance zur demokratischen Teilhabe bekommen. Jugendliche wollen, dass ihre Interes-
3793 sen politisch vertreten werden und möchten die Politik mitbestimmen. Jugendliche ab 16 sind
3794 in der Lage, eine reife Entscheidung zu treffen, weshalb sie das Recht haben sollen, auch

3795 bei Bundestagswahlen mitzuentcheiden. Die politischen Entscheidungen, die getroffen wer-
 3796 den, beeinflussen schließlich auch ihre Zukunft.

3797 • Wir wollen, dass das **Wahlalter** bei allen Wahlen auf 16 Jahre abgesenkt wird.

3798 • Wir wollen die Voraussetzungen für ein **Wahlrecht für Drittstaatenangehörige** zu
 3799 Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen schaffen.

3800

3801

3802 **Gefahren für unsere Demokratie aktiv gegenüberreten**

3803 Unser nordisches Demokratieverständnis ist davon geprägt, dass wir uns immer auch mit Po-
 3804 sitionen auseinandersetzen müssen, die wir fundamental ablehnen. Dabei dürfen wir nicht
 3805 blind gegenüber Positionen und Verhaltensweisen sein, die unsere liberale Demokratie ge-
 3806 fährden. Für uns ist klar: Demokratiefeinde erkennt man daran, wie sie mit Minderheiten um-
 3807 gehen. Als Partei nationaler Minderheiten ist dem SSW die Stärke unserer freiheitlichen De-
 3808 mokratie darum besonders wichtig, denn unser liberal-demokratisches Grundgesetz schützt
 3809 und fördert gesellschaftliche Vielfalt und Minderheiten. Wenn diese Grundwerte infrage ge-
 3810 stellt werden, ist es für Demokraten die oberste Aufgabe unsere Verfassung gegen Demo-
 3811 kratiefeinde zu schützen. Wir sind als Demokraten verpflichtet, alle Instrumente unserer
 3812 wehrhaften Demokratie zu nutzen. Viele gesellschaftliche Organisationen leisten mit ihrer
 3813 Aufklärungsarbeit und der Unterstützung von Opfern rechtsradikaler Angriffe einen wichtigen
 3814 Beitrag für unsere Demokratie. Der SSW ist der Meinung, dass die Politik diese Arbeit nicht
 3815 als selbstverständlich ansehen sollte und sie in größerem Maße aktiv unterstützen muss.

3816

3817 • Wir wollen ein **Demokratieförderungsgesetz**, durch das gesellschaftliche Organisa-
 3818 tionen und solche, die sich für die Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie
 3819 engagieren, in ihrer Arbeit langfristig und angemessen unterstützt werden.

3820 • Wir wollen einen stärkeren Schutz der demokratischen Institutionen, die die freiheitli-
 3821 chen Prinzipien unseres Grundgesetzes wahren und sich dabei schützend vor die
 3822 Rechte von Einzelnen stellen.

3823 • Wir wollen unsere Sicherheitsbehörden für die **Bekämpfung von demokratiefeindli-**
 3824 **chen Bestrebungen** und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken.

3825 • Wir wollen staatliche Gelder für politische Bildung und Demokratieinitiativen gezielt
 3826 auf Maßnahmen lenken, die sich aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und jede
 3827 Form der Diskriminierung stellen. Diese Maßnahmen sollten schon frühzeitig und ver-
 3828 pflichtender Teil der politischen Bildung sein.

3829 • Wir wollen, dass **politische Stiftungen** der nationalen Minderheiten und ihre Aufklä-
 3830 rungsarbeit gleichberechtigt zu anderen politischen Stiftungen mit Bundesmitteln ge-
 3831 fördert werden.

3832 • Wir wollen einen Ausbau der **staatlichen Unterstützung** für Opferberatungsstellen,
 3833 die Personen betreuen, die Opfer von extremistischen Angriffen werden.

3834

3835

3836

3837

3838

3839

3840

3841

3842

3843

3844 **Gleichstellungspolitik nach skandinavischem Vorbild**

3845 In einer modernen, gerechten Gesellschaft sollten Chancengleichheit und Selbstbestimmung
3846 für alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Identität selbstver-
3847 ständlich sein. Dass wir von diesem Ideal leider noch weit entfernt sind, zeigt sich ganz konk-
3848 ret im Gender-Care-Gap und dem Gender-Pay-Gap. Frauen sind nach wie vor häufiger von
3849 Altersarmut betroffen und in Führungspositionen unterrepräsentiert. Um diese Missstände
3850 unterstützen wir gezielte Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung und Vielfalt in allen
3851 Bereichen der Gesellschaft. Dazu gehören eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Be-
3852 ruf, die Bekämpfung finanzieller Ungerechtigkeiten und eine geschlechtergerechte Gesund-
3853 heitsversorgung.

3854 Die Stärkung der Rechte von queeren Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
3855 Jeder Mensch muss ganz unabhängig von dem Geschlecht oder der Sexualität die gleichen
3856 Rechte und Möglichkeiten haben. Nur so können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle
3857 Menschen ihre Potenziale voll entfalten können und die von ihrer Vielfalt profitiert.

- 3858 • Wir wollen die Erfüllung ausgewogener **Geschlechterquoten**.
- 3859 • Wir wollen den Anteil von **Frauen in Führungspositionen** erhöhen.
- 3860 • Wir wollen, dass eine **ausgeglichene Geschlechterparität in Parlamenten** und
3861 Volksvertretungen als gesellschaftliches Ziel gilt. Für das existierende Missverhältnis
3862 ist auch die Organisation des politischen Betriebs ausschlaggebend; daher fordern
3863 wir ein Umdenken im politischen Alltag. Es gilt eine familienfreundlichere Ausgestal-
3864 tung einzuleiten und zu überdenken, zu welchen Uhrzeiten Gremiensitzungen stattfin-
3865 den.
3866

3867 **Finanzielle Ungerechtigkeiten bekämpfen – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen**

3870 Die wirtschaftliche Gleichstellung der Geschlechter ist ein zentraler Grundsatz des SSW.
3871 Trotz sichtbarer Fortschritte in Bildung und Beruf sind Frauen nach wie vor mit strukturellen
3872 Benachteiligungen konfrontiert. Ökonomische Ungleichheiten manifestieren sich nicht nur in
3873 Gehaltsunterschieden, sondern auch in der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit und beruf-
3874 lichen Entwicklungschancen. Dies hat weitreichende Konsequenzen: Sie begrenzen individu-
3875 elle Entfaltungsmöglichkeiten, schmälern das volkswirtschaftliche Potenzial und unterstützen
3876 traditionelle Geschlechterrollen. Wir verstehen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als
3877 mehr als eine individuelle Herausforderung – sie ist ein gesellschaftliches Strukturproblem.
3878 Es geht um nichts Geringeres als die Frage, wie wir Arbeit, Carearbeit und persönliche Ent-
3879 wicklung so gestalten können, dass sie allen Geschlechtern die gleichen Chancen erlauben.
3880 Für den SSW sind flexible Arbeitsmodelle, eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien-
3881 und Erwerbsarbeit sowie Rahmenbedingungen, die Selbstverwirklichung jenseits traditionel-
3882 ler Geschlechternormen ermöglichen unabdingbar für eine moderne und inklusive Gesell-
3883 schaft.
3884

- 3885 • Wir wollen den immer noch bestehenden **Gender-Pay-Gap** schließen. Die EU-Richtli-
3886 nie zur Entgelttransparenz muss im nationalen Recht konsequent umgesetzt werden.
3887 Das Entgelttransparenzgesetz muss effektiver gestaltet werden durch verpflichtende
3888 Prüfungen der betrieblichen Gehaltsstrukturen mit zertifizierten Prüfverfahren und
3889 niedrigeren Hürden für die Durchsetzung des individuellen Auskunftsanspruches.
- 3890 • Wir wollen, dass es zusätzlich **zum Recht auf Teilzeitarbeit** ebenso das Recht gibt,
3891 reduzierte Arbeitszeiten wieder in Vollzeit umzuwandeln. Die derzeitige Rechtslage
3892 stellt insbesondere für viele Frauen auf dem Arbeitsmarkt ein echtes Problem dar und
3893 erhöht das Altersarmutsrisiko.
- 3894 • Wir wollen, dass die **Möglichkeit des Mandatssplittings** für Eltern ermöglicht wird.
3895 Auch Abgeordnete sollen ihren Job pausieren können, wenn sie ein Kind bekommen
3896 haben. Für diese Zeit übernimmt die nächste Person auf der Parteienliste das Man-
3897 dat.

- 3898 • Wir wollen den **Gender-Care-Gap** schließen. Dafür benötigt es Instrumente, um eine
- 3899 gerechte Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit möglich zu machen.
- 3900 • Wir wollen eine **gerechte Aufteilung der Elternzeit** für Mütter und Väter. Die Inan-
- 3901 spruchnahme der Elternzeit darf keinen negativen Einfluss auf die berufliche Weiter-
- 3902 entwicklung haben. Die Anzahl der Partnermonate muss erhöht werden. Generell
- 3903 sollte Deutschland sich an dem schwedischen Betreuungsmodell orientieren.
- 3904 • Wir wollen alle **diskriminierende Elemente der Steuergesetzgebung** abschaffen,
- 3905 die auf das Modell einer oder eines Vollerwerbstätigen setzen. Wir fordern ein Famili-
- 3906 ensplitting, damit es zu keiner finanziellen Abhängigkeit der Person kommt, die wenig
- 3907 oder gar nichts verdient. Steuerrechtlich muss es eine größere Rolle spielen, ob Kin-
- 3908 der in der Familie leben.
- 3909 • Wir wollen eine **familienfreundlichere Unternehmenskultur** schaffen, die es Eltern
- 3910 erleichtert Beruf und Familie zu vereinbaren. Teilzeitmodelle für Führungskräfte, das
- 3911 Recht auf Homeoffice und flexiblere Arbeitszeitmodelle können dabei helfen.
- 3912 • Wir wollen eine **geschlechtergerechte Haushaltsführung** im Bund. Investitionen
- 3913 und Fördergelder müssen nach geschlechtergerechten Kriterien vergeben werden. In
- 3914 bundespolitischen Entscheidungsprozessen müssen unterschiedliche Auswirkungen
- 3915 auf die Geschlechter berücksichtigt werden.
- 3916
- 3917

Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung

3918 Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit.

3919 Trotz medizinischer Fortschritte bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede in der Diag-

3920 nose, Behandlung und Prävention von Krankheiten zwischen den Geschlechtern. Diese Dis-

3921 krepanzen führen nicht nur zu vermeidbaren Kosten im Gesundheitswesen, sondern können

3922 auch schwerwiegende gesundheitliche Folgen für Frauen haben. Eine ganzheitliche Betrach-

3923 tung der Gesundheitsversorgung muss geschlechterspezifische Aspekte berücksichtigen, um

3924 eine optimale medizinische Versorgung für alle zu gewährleisten. Für den SSW spielt dabei

3925 auch das Recht der Frau auf Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper eine zentrale

3926 Rolle. Wir wollen bestehende Lücken in der Forschung und Versorgung schließen und ein

3927 Gesundheitssystem schaffen, das die Bedürfnisse aller Geschlechter gleichermaßen berück-

3928 sichtigt und respektiert.

3929

3930

- 3931 • Wir wollen die **Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs**. Frauen müs-
- 3932 sen die Wahlfreiheit über diese Entscheidungen und ihren eigenen Körper haben.
- 3933 Statt generell rechtsbrüchigen Schwangerschaftsabbrüchen, die nur unter bestimm-
- 3934 ten Umständen straffrei bleiben, wollen wir ein generelles Recht auf Schwanger-
- 3935 schäftsabbruch. Dies sollte sich an Erfahrungen aus anderen nordischen Staaten ori-
- 3936 entieren.
- 3937 • Wir wollen für einen **sicheren und diskriminierungsfreien Zugang** zu Schwanger-
- 3938 schäftsabbrüchen sorgen. Statt der Pflichtberatung wollen wir ein Beratungsangebot,
- 3939 das für alle freiwillig und unkompliziert verfügbar ist.
- 3940 • Wir wollen eine **Verbesserung der Quantität und Qualität** der medizinischen Ver-
- 3941 sorgung im Falle von Schwangerschaftsabbrüchen, eine echte Freiheit der Informati-
- 3942 onen und der Methodenwahl und wohnortnahe Versorgungsangebote.
- 3943 • Wir wollen, dass **geschlechterspezifische Unterschiede** in der Gesundheitsversor-
- 3944 gung mehr Beachtung finden. Es muss fester Bestandteil medizinischer Aus- und
- 3945 Weiterbildung sein.
- 3946 • Wir wollen, dass der **Gender-Data-Gap** durch bessere rechtliche Rahmenbedingun-
- 3947 gen und eine Intensivierung der Forschung geschlossen wird.
- 3948 • Wir wollen eine **Ausweitung des Mutterschutzes** nach Fehlgeburten. Wir wollen so
- 3949 ab der 13. Schwangerschaftswoche eine Regenerationszeit für die Frau nach einer
- 3950 Fehlgeburt innerhalb des gesetzlichen Schutzes sicherstellen.
- 3951
- 3952

3953 **Rechte von queeren Menschen und geschlechtliche Vielfalt stärken**

3954 Die Anerkennung und Stärkung der Rechte von queeren Menschen sowie die Förderung ge-
 3955 geschlechtlicher Vielfalt sind zentrale Anliegen des SSWs. Diese Themen gehören zu einer
 3956 modernen und inklusiven Gesellschaft. Trotz bedeutender Fortschritte in den letzten Jahr-
 3957 zehnten erfahren LSBTIQ*-Personen nach wie vor Diskriminierung und Benachteiligung in
 3958 vielen Lebensbereichen. Von rechtlichen Ungleichheiten über Barrieren im Gesundheitssys-
 3959 tem bis hin zu gesellschaftlicher Stigmatisierung und Gewalt – die Herausforderungen sind
 3960 vielfältig und erfordern ein umfassendes Engagement. Wir wollen die rechtliche und soziale
 3961 Gleichstellung voranzutreiben und Schutz vor Diskriminierung, eine Kultur der Akzeptanz
 3962 und Wertschätzung für alle Formen geschlechtlicher und sexueller Identität schaffen. Nur so
 3963 können wir eine Gesellschaft gestalten, in der jeder Mensch frei und selbstbestimmt leben
 3964 kann.

- 3965
- 3966 • Wir wollen Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „**sexuelle Identität**“ ergän-
 3967 zen.
 - 3968
 - 3969 • Wir wollen, dass Paare in **Fragen der Elternschaft** unabhängig von ihrer sexuellen
 3970 Orientierung gleichgestellt sind. Das Abstammungsrecht muss dahingehend diskrimi-
 3971 nierungsfrei reformiert werden.
 - 3972 • Wir wollen, dass die **Kosten von Kinderwunschbehandlungen** auch für verschie-
 3973 dengeschlechtliche Paare anteilig übernommen werden. Die Kostenregelung muss
 3974 unabhängig von der sexuellen Orientierung der Frau sein.
 - 3975 • Wir wollen ein **inklusives Gesundheitssystem**, dass auf die Bedürfnisse von quee-
 3976 ren Menschen vorbereitet ist. Diskriminierungen und Zugangsbarrieren in der Ge-
 3977 sundheitsversorgung und Prävention müssen abgebaut werden. Gendermedizin, die
 3978 geschlechterspezifische Unterschiede hervorhebt, muss fester Bestandteil der Aus-,
 3979 Fort- und Weiterbildung von medizinischen Berufen sein.
 - 3980 • Wir wollen die **Überarbeitung der geltenden Richtlinien** für gesetzlich krankenver-
 3981 sicherte trans*Personen im Sinne einer bedürfnisorientierten Gesundheitsversorgung.
 3982 Dazu gehört die Kostenübernahme geschlechtsangleichender Operationen, ange-
 3983 messene medikamentöse Versorgung und das Recht auf Beratung für transidente
 3984 Menschen.
 - 3985 • Wir wollen ein Bund-Länder-Programm gegen **LSBTIQ*-feindliche Gewalt**. Dieses
 3986 soll Präventionsmaßnahmen sowie Konzepte für die Fort- und Weiterbildung von Po-
 3987 lizei und Justiz und die Unterstützung von Opferhilfeeinrichtungen beinhalten.
 - 3988 • Wir wollen, dass **geschlechtliche und sexuelle Vielfalt** in allen Lebensbereichen
 3989 sichtbar wird, um deren Akzeptanz zu fördern.
 - 3990 • Wir wollen, dass eine **unabhängige Expert*innen-Kommission** eingesetzt wird, die
 3991 dem Bundes- tag einen Lagebericht über LSBTI*-feindliche Hasskriminalität vorlegt
 3992 und Handlungsempfehlungen ausspricht.

3993
 3994
 3995

3996

3997

3998

3999

4000

4001 **Bildungs- und Ausbildungspolitik muss gleiche Chancen** 4002 **für alle schaffen**

4003 Bildungspolitik als Schlüssel für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und
4004 wirtschaftliche Innovation. Angesichts des demografischen Wandels und der globalisieren-
4005 den Welt braucht Deutschland ein Bildungssystem, das niemanden zurücklässt und allen
4006 gleiche Chancen bietet – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder finanziellen Mitteln.
4007 Doch trotz seiner zentralen Bedeutung bleibt Bildung in Deutschland oft begrenzt in den
4008 Möglichkeiten einzelner Länder und Kommunen.

4009 Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund stärker Verantwortung übernimmt: für eine bessere
4010 Bildungsfinanzierung, einheitliche Mindeststandards und eine konsequente Förderung von
4011 Aus- und Weiterbildung. Unser Ziel ist ein gerechtes und modernes Bildungssystem, das
4012 Menschen in jeder Lebensphase die Chance bietet, ihre Potenziale zu entfalten und aktiv an
4013 der Gesellschaft teilzuhaben.

4014 • Wir wollen, dass der **Bund einen Bildungsfonds** einrichtet, um finanziell schwache
4015 Kommunen bei der Modernisierung von Schulen, der Digitalisierung und der Ausstat-
4016 tung zu unterstützen. Bildungschancen dürfen nicht von regionalen Haushaltslagen
4017 abhängen.

4018 • Wir wollen, dass der **Ausbau von Ganztagsangeboten** vorangetrieben werden, um
4019 den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Kin-
4020 der flächendeckend umzusetzen. Hierbei muss der Bund eine ausreichende Finan-
4021 zierung sichern.

4022 • Wir wollen **verbindliche Mindeststandards** für Lehrpläne, digitale Infrastruktur und
4023 Lehrkräfteausbildung, um Bildungsungleichheiten zwischen den Bundesländern zu
4024 reduzieren.

4025 • Wir wollen, dass der **Bund ein Programm zur Sicherstellung von Ausbildungs-**
4026 **plätzen** finanziert, damit jede*r Jugendliche eine berufliche Perspektive hat – unab-
4027 hängig von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Bundeslandes.

4028 • Wir wollen, dass **Bildung von der Krippe bis zur Hochschule** bundesweit kosten-
4029 frei ist. Dies schließt auch Weiterbildungsmöglichkeiten wie VHS-Kurse ein.

4030 • Wir wollen eine **Reform des BAföG-Systems** dazu gehört ein elternunabhängiges
4031 und altersunabhängiges BAföG nach skandinavischem Vorbild, damit alle Menschen
4032 unabhängig von finanziellen oder familiären Bedingungen Zugang zu Bildung erhal-
4033 ten.

4034 • Wir wollen eine **Aufwertung von Ausbildungsberufen**. Ausbildungsberufe im Hand-
4035 werk, der Pflege und anderen Branchen müssen durch höhere Vergütungen, bessere
4036 Arbeitsbedingungen und stärkere gesellschaftliche Anerkennung attraktiver gemacht
4037 werden.

4038 • Wir wollen, dass jeder **Jugendliche soll einen Ausbildungsplatz** erhalten. Dazu for-
4039 dern wir ein bundesweites Programm zur Sicherstellung von Ausbildungsplätzen, ins-
4040 besondere in Regionen mit Fachkräftemangel.

4041 • Wir wollen, dass der Bund eine **zentrale Einrichtung** aufbaut, die Schulen in allen
4042 Bundesländern mit moderner Technologie und digitalen Konzepten unterstützt.

- 4043 • Wir wollen, dass der Bund dazu beiträgt **demokratische Bildung** ab der 7. Klasse
4044 verpflichtend zu machen: Der Umgang mit und in unserer Demokratie soll ein zentra-
4045 ler Bestandteil des Unterrichts werden.
- 4046 • Wir wollen, dass der Bund die Maßnahmen eines **Nationalen Aktionsplans** „Bildung
4047 für nachhaltige Entwicklung“ im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN in der gesam-
4048 ten Bildungslandschaft konsequent umsetzt.
- 4049 • Wir wollen, dass Bildungsorganisationen, die durch Seminare oder außerschulische
4050 Projekte Wissen vermitteln und den **Austausch von Schülern** fördern, finanziell und
4051 strukturell vom Bund gestärkt werden, um die Horizonte der Schüler*innen auch au-
4052 ßerhalb des reinen Unterrichtsinhalts zu erweitern.
- 4053 • Wir wollen, dass Schüler*innen aus finanziell schwächeren Familien die Teilnahme
4054 an Schüleraustauschen und Lernprojekten von Bildungsorganisationen durch das
4055 **Einrichten eines Bundesfonds** ermöglicht wird. Kultureller Austausch und die Fot-
4056 bildung auch außerhalb der Schule dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.
- 4057 • Wir wollen, dass der Bund zusammen mit den Ländern **Schüleraustausch-Projekte**
4058 zwischen den Bundesländern plant und unterstützt, um Vorurteile zwischen den Län-
4059 dern abzubauen und die Vernetzung der Schüler*innen zu fördern.
- 4060 • Wir wollen, dass der Bund die Steigerung der **möglichen Schüleraustausche** mit
4061 unseren **EU-Partnerländern** prüft. Ein Schüleraustausch innerhalb der EU ist nicht
4062 nur ein Kultureller Austausch für unsere Schüler, die so eine bessere Vernetzung in
4063 und zur EU erhalten, sondern stärkt auch die Partnerschaft Deutschlands zu unseren
4064 Partnern.
- 4065
- 4066
- 4067
- 4068
- 4069
- 4070
- 4071
- 4072
- 4073
- 4074
- 4075
- 4076
- 4077
- 4078
- 4079
- 4080
- 4081
- 4082
- 4083
- 4084
- 4085
- 4086

4087 **Kulturpolitik ist kein Luxus**

- 4088 Der SSW versteht sich als Kulturpartei. Wir wollen die Kultur und ihre Bedeutung im öffentli-
 4089 chen Leben stärken und die kulturellen Impulse aus der dänischen Minderheit verstärkt als
 4090 Bereicherung in die Kulturlandschaft einbringen. Wir setzen uns dafür ein, die Büchereien zu
 4091 Kulturzentren weiterzuentwickeln, wie wir es aus Dänemark kennen.
- 4092 Erinnerungskultur verstehen wir als wichtigen Bestandteil der Kulturarbeit und wünschen uns
 4093 eine stärkere Aufarbeitung auch der kolonialen Geschichte Deutschlands sowie die Rekon-
 4094 struktion der Seefestung Friedrichsort als Denkmal und touristischen Anlaufpunkt, an dem
 4095 die deutsch-dänische Geschichte verdeutlicht und erlebbar werden kann. Weiterhin sollen
 4096 die dänische Geschichte Schleswig-Holsteins und die Verbindungen zu Skandinavien Be-
 4097 rücksichtigung finden.
- 4098 • Wir wollen eine **dauerhafte Förderung für die kulturelle Bildung**, um u. a. politische Bil-
 4099 dung und die Vermittlung von Medienkompetenz zu stärken. Der Bund muss nachhaltige und
 4100 dauerhafte Förderszenarien entwickeln.
 - 4101 • Wir wollen die **Infrastruktur der kulturellen Bildung** stärken, indem eine gesonderte För-
 4102 derung, z. B. für darstellende Künste, gesichert wird.
 - 4103 • Wir wollen **kulturelle Bildung** für alle Generationen, alle Lebensalter und alle Menschen in
 4104 Deutschland gewährleisten.
 - 4105 • Wir wollen eine **Erhöhung der Fördermöglichkeiten** über die Bundeszentrale für politi-
 4106 sche Bildung.
 - 4107 • Wir wollen die Vielfalt der **politischen Jugendbildung** fördern. Es muss mittelfristig die
 4108 Ausstattung für hybride Veranstaltungsformen bereitgestellt werden.
 - 4109 • Wir wollen die fortlaufende Finanzierung des **Bundesprogrammes „Jugend erinnert“**.
 4110 Gedenkstättenfahrten außerschulischer Träger, auch in Kooperation sollen gefördert werden.
 4111 Dazu wollen wir mehr grenzüberschreitende Austauschprogramme in Forschung und Bil-
 4112 dung, die historische Erkenntnisse wachsen lassen und Gedenkort in der Ausgestaltung er-
 4113 weitern können.
 - 4114 • Wir wollen die **Aufarbeitung der Kolonialgeschichte** verstärken und die Themen laufend
 4115 in die Lehrpläne und Curricula verankern.
 - 4116 • Wir wollen ein Förderprogramm zur transnationalen Aufarbeitung des kolonialen Erbes. Wir
 4117 setzen uns für eine **deutsch-dänische Aufarbeitung** der Kolonialgeschichte im Grenzland
 4118 ein.
 - 4119 • Wir wollen uns für die **Entwicklung dezentraler Lernorte**, Denkmäler und Mahnmale zur
 4120 Erinnerung an das koloniale Erbe im deutsch-dänischen Grenzland einsetzen.
 - 4121 • Wir wollen uns für Partnerschaften und Vernetzungen mit den Herkunftsgesellschaften
 4122 stark machen.
- 4123 Wir wollen uns für die **Sicherung der Kunst- und Meinungsfreiheit** in Europa einsetzen.
 4124 Die deutsche Bundesregierung muss die Einhaltung der EU-Grundrechtecharta immer wie-
 4125 der dort anmahnen, wo sie nicht eingehalten wird.
- 4126 • Wir wollen, dass der Bund sich für eine deutlich Erhöhung der **EU-Kulturfördermittel** ein-
 4127 setzt.
 - 4128 • Wir wollen **die künstlerischen Disziplinen fördern**, um Leitbilder für eine nachhaltige Ge-
 4129 sellschaft vorzudenken. Der Kulturverträglichkeitsprüfung muss ein höherer Stellenwert bei-
 4130 gemessen werden.
 - 4131 • Wir wollen die **friedensstiftende Wirkung von Kultur** hervorheben. Die UNESCO-Kon-
 4132 vention „Kulturelle Vielfalt“ muss maßgeblich für kulturpolitisches Wirken angewendet wer-
 4133 den.
 - 4134 • Wir wollen für eine **bessere Vernetzung** von europäischer und nationaler Zivilgesellschaft
 4135 den Dialog mit der Zivilgesellschaft stärken. Die Expertise nationaler zivilgesellschaftlicher
 4136 Organisationen muss in die Sichtbarkeit des strukturierten Dialogs eingebunden werden.
 - 4137 • Wir wollen, dass die **grenzüberschreitende Kulturarbeit** durch den Bund gefördert wird.
 4138 Grenzüberschreitende Kulturarbeit in den Regionen ist ein Motor für zukunftsweisende Ent-
 4139 wicklung und stärkt den Zusammenhalt und den Frieden.
 - 4140 • Wir wollen die **Einhaltung des Mindestlohns** in öffentlich geförderten Produktionen und
 4141 Förderungen.

- 4142 • Wir wollen uns für **Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur** stark machen. Öffentliche
4143 Fördergremien müssen paritätisch besetzt werden. Dieser Grundsatz muss von der Bundes-
4144 ebene her in allen Bereichen verankert werden.
- 4145 • Wir wollen die Absicherung von **selbständigen Künstler*innen und Kulturschaffenden**
4146 durch das SGB III. Die Regelungen für freiwillige Beiträge zur Arbeitslosenversicherung müs-
4147 sen konkreter gefasst werden, um den besonderen Erfordernissen selbständiger Tätigkeiten
4148 im Kulturbereich gerecht zu werden.
- 4149 • Wir wollen die stetige **Anpassung des Bundeszuschusses** für die Künstlersozialkasse.
4150 • Wir wollen bei der Kulturförderung ein besonderes Augenmerk auf ländliche Räume haben.
4151 „Kultur macht stark“ muss über 2022 hinaus mit Mitteln aufgestockt und das Programm für
4152 ländliche Räume der Bundesregierung ausreichend finanziert werden.
- 4153 • Wir wollen **soziokulturelle Zentren** weiter fördern. Es muss eine Hauptamtlichkeit für sozi-
4154 okulturelle Zentren sichergestellt werden. Die Zentren mit ihren Grundsätzen Respekt, Ak-
4155 zeptanz, Emanzipation und Empowerment nehmen Einfluss auf den Nahbereich der Bür-
4156 ger*innen.
- 4157 • Wir wollen die **Berufsverbände der Kreativen** unterstützen, um die Kreativwirtschaft und
4158 Co-Working vor allem in ländlichen Räumen weiter zu etablieren.
- 4159 • Wir wollen **Beratungsmöglichkeiten** in der Kultur und in den Kreativbereichen unterstüt-
4160 zen, die von Kulturschaffenden für Kulturschaffende aufbereitet werden. Zertifizierungshür-
4161 den müssen abgebaut werden, um Beratungsleistungen anbieten zu können.
- 4162 Wir wollen baukulturelle Leitbilder entwickeln und fördern. Diese müssen besondere Rück-
4163 sicht auf den Charakter und die Identität unserer Städte und Orte nehmen. Der Bund muss
4164 die Kommunen ausreichend unterstützen, z. B. durch die Finanzierung von Architekt*innen-
4165 beratungen, um regionale Vielfalt, örtliche Wiedererkennbarkeit und gemeinschaftliche Werte
4166 zu sichern.
- 4167 • Wir wollen uns für **öffentliche Räume** für Menschen einsetzen, die einen Mehrwert schaf-
4168 fen. Wir fordern gezielte Förderprogramme für die Umgestaltung von städtischen Brach- und
4169 Freiflächen, die sich positiv auf die Lebensqualität auswirken.
- 4170 • Wir wollen den Fortbestand von **regionalen und identitätsstiftenden Elementen** sichern
4171 und gleichzeitig Möglichkeiten schaffen, um neue bauliche Strukturen zu entwickeln, die
4172 auch aus der Sicht kommender Generationen betrachtet werden.
- 4173 • Wir wollen die **Bundesstiftung für Baukultur** ausreichend ausstatten, um baukulturelle
4174 Bildungsangebote in Baukulturzentren zu entwickeln, die sich an skandinavischen Modellen
4175 orientiert.
- 4176 • Wir wollen die Förderung von online Plattformen für **Kulturangebote** wie virtuelle Museum-
4177 sturen .
- 4178 • Wir wollen den Zugang zu **digitalisierten kulturellen** Inhalten für alle Gesellschaftsgrup-
4179 pen sicherstellen.
- 4180 • Wir wollen, dass das **kulturelle Erbe** digitalisiert und archiviert wird.
- 4181 • Wir wollen eine **aktive Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur fördern** und die Aufar-
4182 beitung des Nationalsozialismus weiter stärken. Die Gedenkstätten des Landes Schleswig-
4183 Holstein müssen weiterhin mit Investitionsmitteln aus dem Bund unterstützt werden.
- 4184
- 4185
- 4186
- 4187
- 4188
- 4189
- 4190
- 4191

4192

4193 **Der Bund muss Jugendpolitik stärker in Fokus nehmen**

4194 Die Lebenswirklichkeiten und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen sind im politischen
 4195 Raum unterrepräsentiert. Junge Menschen sind zwar häufig nicht zuletzt von Bundesgesetz-
 4196 ten direkt betroffen, haben aber gleichzeitig keine direkten Einflussmöglichkeiten auf diese.
 4197 Auch die Erfahrung der Corona-Pandemie hat klar gezeigt, dass die Lebenswelten junger
 4198 Menschen selbst in Krisensituationen zu selten bzw. in einem zu geringen Umfang mitge-
 4199 dacht werden. Viele junge Menschen fühlen sich von der Politik vergessen.

4200 Vor diesem Hintergrund ist es zwingend notwendig, kinder- und jugendpolitische Themen
 4201 stärker in den Fokus des politischen Handelns zu stellen und sowohl bestehende Teilhabe-
 4202 möglichkeiten wie Hilfsangebote bedarfsdeckend weiterzuentwickeln.

4203 Wir wollen, dass die Belange und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen konsequent in den
 4204 Fokus des politischen Handelns genommen werden. Infolge der Corona-Pandemie und vor
 4205 dem Hintergrund unterschiedlicher Krisen und Herausforderungen haben auch heute noch
 4206 viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhebliche Nachhol- und Versorgungsbe-
 4207 darfe. Gleichzeitig schrumpft ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung und ihre politische Teil-
 4208 habe ist längst nicht überall und auf allen Ebenen sichergestellt.

4209 • Wir wollen, dass die **Gruppe der Kinder und Jugendlichen** stärker bei der Strategie
 4210 zur Bekämpfung von Einsamkeit und Isolation mitgedacht und adressiert wird.

4211 • Wir wollen, dass die **gesundheitlichen Folgen** von Krisen für Kinder, Jugendliche
 4212 und deren Familien analysiert und diese durch gezielte Vernetzung bestehender
 4213 Strukturen und den Aufbau nötiger Infrastruktur abgefedert werden.

4214 • Wir wollen, dass **mentale Gesundheit** als zentraler Bestandteil der Jugendpolitik auf
 4215 Bundesebene verankert wird, um Prävention und Unterstützung für gefährdete Ju-
 4216 gendliche zu stärken.

4217 • Wir wollen die **Reform der Schuldenbremse**, um echte Generationengerechtigkeit
 4218 zu schaffen. Statt künftigen Generationen einen Trümmerhaufen aus Klimakrise und
 4219 maroder Infrastruktur zu hinterlassen, müssen wir heute in nachhaltigen Klimaschutz,
 4220 moderne Infrastruktur und zukunftsorientierte Forschung investieren. Gut geplante
 4221 Investitionen zahlen sich langfristig aus und verhindern noch höhere Kosten in der
 4222 Zukunft.

4223 • Wir wollen, dass der Bund ein bundesweit gültiges, kostenfreies **Jugendticket** für öf-
 4224 fentlichen Nah- und Fernverkehr zur Verfügung stellt. Ein kostenloser ÖPNV für junge
 4225 Menschen stärkt Chancengleichheit, entlastet Familien finanziell, ermöglicht Kindern
 4226 und Jugendlichen eine größere Unabhängigkeit und trägt gleichzeitig zu einer um-
 4227 weltfreundlicheren Verkehrswende bei.

4228 • Wir wollen **bezahlbaren Wohnraum**, insbesondere betroffen sind hierbei Schüler*in-
 4229 nen, Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende. In Dänemark sor-
 4230 gen staatlich geförderte Wohnheime und Mietzuschüsse dafür, dass junge Menschen
 4231 unabhängig von ihren Geldbeuteln, Zugang zu erschwinglichen Unterkünften haben.
 4232 Deutschland braucht ein ähnliches Modell: Der Bau von günstigen Wohnheimen,
 4233 nicht nur für Studenten, und die Einführung zielgerichteter Unterstützungsprogramme
 4234 sind notwendig, um junge Menschen finanziell zu entlasten, Unabhängigkeit von ih-
 4235 ren Familien zu ermöglichen, ihnen den Zugang zu ihrer Weiterbildung zu fördern und
 4236 ihnen außerdem soziale und gesellschaftliche Teilhabe und Engagement zu erleich-
 4237 tern.

4238 • Wir wollen, dass **Jugendliche früh politisch gebildet** werden, damit sie auch früh-
 4239 zeitig in politische Entscheidungen, die ihre Zukunft maßgeblich beeinflussen, einbe-
 4240 zogen werden können. Mit 16 übernehmen viele bereits Verantwortung in Schule,
 4241 Ausbildung oder Gesellschaft. Ein Wahlrecht ab 16 stärkt die Demokratie und fördert

4242 politische Teilhabe von Anfang an, während eine Absenkung des Wahlalters zur Bun-
 4243 destagswahl einen starken Anreiz für die für die entsprechend frühere Auseinander-
 4244 setzung mit Demokratie bietet.

4245

4246

4247 **Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen und stärker unterstützen**

4248 Unser übergeordnetes Ziel ist und bleibt, Kinder und Jugendliche vor Benachteiligung und
 4249 Ausgrenzung zu schützen und sicherzustellen, dass sie gesund und frei von Gewalt und Ar-
 4250 mut aufwachsen. Außerdem müssen alle wichtigen Entscheidungen, die Kinder und Jugend-
 4251 liche betreffen, gemeinsam mit ihnen und nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden.

4252 • Wir wollen, dass **Kinderechte im Grundgesetz** verankert werden. Wir fordern eine
 4253 eigenständige Formulierung unter den Artikel 6 im Grundgesetz. Diese soll den
 4254 Schutz von Kindern vor Gewalt und Ausbeutung, ihr Recht auf Förderung und Chan-
 4255 cengleichheit sowie ihr Recht auf Entwicklung festsetzen. Nur so können die Interes-
 4256 sen von Kindern rechtlich verbindlich und nachhaltig geschützt werden.

4257 • Wir wollen die Einführung eines **Bundesjugendrat**, der regelmäßig die Interessen
 4258 von Jugendlichen auf nationaler Ebene vertritt. Der Bundesjugendrat sollte als offizi-
 4259 elles Beratungsgremium für die Bundesregierung fungieren.

4260 • Wir wollen einen verbindlichen **Jugendcheck** des Bundes: In Zukunft soll eine ex-
 4261 terne Stelle alle Gesetzesvorhaben und Verordnungen des Bundes auf ihre Auswir-
 4262 kungen auf Jugendliche überprüfen. Eine solche Gesetzesfolgenabschätzung kann
 4263 zu mehr Jugendgerechtigkeit beitragen; sie ist wichtig, weil die Gruppe der Minder-
 4264 jährigen im politischen Raum unterrepräsentiert ist und keine direkten Einflussmög-
 4265 lichkeiten hat.

4266 • Wir wollen, dass der Bund dazu beiträgt die **demokratischen Mitbestimmungs-**
 4267 **rechte** der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alltag **stärken** – in
 4268 Schulen, Freizeiteinrichtungen und Hochschulen.

4269 • Wir wollen, dass die **Jugendfreiwilligendienste und der Bundesfreiwilligendienst**
 4270 für junge Menschen **attraktiver** werden. Darum setzen wir uns weiterhin für eine an-
 4271 gemessene Entlohnung, von der Jugendliche leben, eine einheitliche Anerkennungs-
 4272 praxis an den Universitäten und den vergünstigten Zugang zum ÖPNV sowie zu kul-
 4273 turellen Angeboten ein. Außerdem wollen wir die Freiwilligendienste für Menschen
 4274 mit Behinderungen öffnen, z. B. durch Möglichkeiten der Gebärdensprachförderung
 4275 für gehörlose Menschen.

4276 • Wir wollen die Attraktivität und die fairen Bedingungen für **Jugendfreiwilligen-**
 4277 **dienste und Bundesfreiwilligendienste** steigern. Darum setzen wir uns für eine Le-
 4278 benskosten deckende Entlohnung ein. Außerdem wollen wir eine einheitliche Aner-
 4279 kennung der Dienste an Berufs- und Hochschulen, z. B. durch Anrechnung von War-
 4280 tesemestern, Modulen oder Qualifikationen.

4281 • Wir wollen **Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr** und bei kulturellen Ange-
 4282 boten einführen, um die gesellschaftliche Teilhabe und Wertschätzung von Freiwilli-
 4283 gen zu fördern.

4284 • Wir wollen, dass **Freiwilligendienste** durch flächendeckende Maßnahmen wie Ge-
 4285 bärdensprache Förderung und barrierefreie Einsatzmöglichkeiten für Menschen mit
 4286 Behinderungen zugänglich werden.

- 4287 • Wir wollen, dass Bund die Verantwortung dafür über übernimmt für Kinder und Ju-
4288 gendliche, die **pandemiebedingte Defizite aufholen** müssen. Diese müssen pass-
4289 genau auf Kita- wie auf Schulkinder zugeschnitten sein und neben psychologischer
4290 Betreuung auch zusätzliche Sport-, Freizeit- und Ferienaktivitäten sowie Unterstüt-
4291 zung im Alltag und beim Aufholen von Lernrückständen umfassen.

- 4292 • Wir wollen, dass der Bund Programme finanziert um Jugendliche vor Cybermobbing,
4293 Datenmissbrauch und schädlichen Inhalten im Internet zu schützen und dass digitale
4294 Konzept flächendeckend in den Schulen vermittelt werden.

- 4295 • Wir wollen, dass **Schülerinnen und Jugendliche auch den Mindestlohn** bekom-
4296 men, denn ihre Arbeit ist nicht minder Wert.